

bpb:

Informationen

zur politischen Bildung / izpb

349 4/2021

Das politische System der USA



Inhalt



14



5



39

4 Die USA – eine Demokratie im Ringen um ihre Prinzipien

14 Konkurrenz und Kontrolle: horizontale Gewaltenteilung

- 16 *Power of the purse*: die Legislative
- 20 Zwischen Legislative und Exekutive: die Verwaltung
- 24 Macht und Ohnmacht der Exekutive
- 28 Sicherungsinstanz Judikative

32 Konkurrenz und Kontrolle: vertikale Gewaltenteilung

- 32 Die Geschichte des US-amerikanischen Föderalismus
- 35 Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Staaten

38 Konkurrenz und Kontrolle: temporale Macht durch Wahlen

- 38 Wettbewerbsverzerrungen bei Kongresswahlen
- 41 Präsidentschaftswahlen: die 50:50-Nation
- 45 Geteilte Regierung durch Zwischenwahlen
- 45 Wahlkämpfe: Finanzierung und Mobilisierung
- 46 Wanderung der Wählerschaft

50 Mittler zwischen Zivilgesellschaft und Politik

- 51 Schwache Parteien
- 52 Starke Interessengruppen
- 53 Think Tanks als Ideen- und Personalagenturen
- 54 Medien als vierte Gewalt?

Zu diesem Heft

Nach dem Wahlsieg Joe Bidens zum 46. US-Präsidenten im November 2020 hofften viele Menschen in und außerhalb der Vereinigten Staaten auf eine Versöhnung der beiden politischen Lager, die sich in den vergangenen Jahren in den USA gebildet haben und deren Spaltung weiter fortgeschritten ist. Die Realität ist aber eine andere: Das politische System, das lange von vielen bewundert wurde und als Vorbild diente, steht unter Stress.

Bereits die Verfassung von 1787 hielt die Versprechen nicht ein, die Thomas Jefferson 1776 in einem Entwurf der Unabhängigkeitserklärung zur Grundlage des neuen Staatswesens erklärte: „... dass alle Menschen gleich und unabhängig geschaffen sind, dass sie, weil sie gleich geschaffen sind, natürliche und unveräußerliche Rechte besitzen, zu denen die Erhaltung des Lebens und Freiheit und das Streben nach Glück gehören.“ Gemeint waren damals nur Weiße Männer, alle anderen – Schwarze, Indigene und Frauen – waren ausgeschlossen. Dies wirkt bis heute nach, wie nicht zuletzt die „Black Lives Matter“-Bewegung in den vergangenen Jahren gezeigt hat.

Die Gesellschaft ist laut den neuesten Zahlen des US-Census von 2020 noch vielfältiger geworden. Immer mehr gesellschaftliche Gruppen fordern Mitsprache ein und – um dies umsetzen zu können – letztendlich auch eine Reform des politischen Systems. Damit lösen sie Abwehr bei all denjenigen aus, die ihre Vormachtstellung gefährdet sehen. Sie versuchen diese Forderungen auf demokratisch legalen Wege abzublocken, etwa durch den Neuzuschnitt von Wahlkreisen, um der potenziellen Anhängerschaft des politischen Gegners den Zugang zur Wahl zu erschweren.

Das politische System der USA beruht auf *checks and balances*, auf Machtkonkurrenz und Machtkontrolle, sowohl horizontal wie vertikal und temporal. Damit die amerikanische Demokratie „funktioniert“, ist allerdings eine Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen unabdingbar. Zurzeit ist eher eine ideologische Verhärtung zu beobachten, Kompromisse scheinen kaum mehr aushandelbar. Dies mindert die Möglichkeiten, im Sinne des Gemeinwohls überparteilich zu regieren.

Ein Merkmal demokratischer Systeme ist die gewaltfreie Machtübertragung an eine neue Regierung. Der Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 durch radikalisierte Anhänger Donald Trumps, die dessen Niederlage nicht hinnehmen wollten, kann als deutliches Warnzeichen gelten.

Biden steht vor der schweren innenpolitischen Aufgabe, die Polarisierung in Politik, Gesellschaft, Medien und Kultur zu überwinden und die Gesellschaft zu einen. Wenig hilfreich ist die Spaltung innerhalb der Demokratischen Partei zwischen moderaten und progressiven Positionen. In der Republikanischen Partei scheint der Einfluss Trumps dagegen nahezu ungebrochen; selbst seine Rückkehr ins Weiße Haus kann nicht ausgeschlossen werden. Dies würde dann möglicherweise – so der neokonservative Autor und Politikberater Robert Kagan – „zumindest zeitweise die Abschaffung der amerikanischen Demokratie, wie wir sie kennen“ bedeuten.

Wie stabil das politische System der USA tatsächlich ist, dürfte sich bei der Präsidentschaftswahl 2024 zeigen.

Jutta Klaeren



54



63

60 Aktuelle Herausforderungen

- 60 Weiterhin mögliche Politikblockade
- 62 Mangelnde Sozialpolitik
- 68 Hohe Staatsverschuldung
- 69 Protektionistische Handelspolitik und Lastenteilung
- 69 Geo-ökonomische und -politische Rivalität mit China

- 72 Glossar
- 73 Quellen- und Literaturhinweise
- 74 Internetangebote
- 75 Der Autor
- 75 Impressum



In einer funktionierenden Demokratie erfolgen Machtwechsel gewaltfrei. Deshalb ist es ein Alarmzeichen, als enttäuschte Anhängerinnen und Anhänger des abgewählten US-Präsidenten Donald Trump am 6. Januar 2021 das Kapitol in Washington, D.C., stürmen, um die gesetzgebende Institution an der Bestätigung des Wahlsiegers Joe Biden zu hindern.

JOSEF BRAML

Die USA – eine Demokratie im Ringen um ihre Prinzipien

Die Verfassung von 1787 ist die Grundlage politischen Handelns in den USA. Ihre freiheitlichen Prinzipien haben Vorbildcharakter. Doch es wird zunehmend schwieriger, diesen hohen Anspruch zu erfüllen.

Der Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021, bei dem fünf Menschen starben, hat weltweit und auch in den USA selbst das Vertrauen in die Standhaftigkeit der US-amerikanischen Demokratie schwer erschüttert. Denn die Machtübergabe ging nicht, wie in Demokratien üblich, ohne Gewalt vonstatten. Radikale Anhängerinnen und Anhänger des abgewählten Präsidenten Donald Trump griffen den Sitz des Kongresses an, als dort der Wahlsieg des Demokraten Joe Biden bei

der Präsidentschaftswahl vom 3. November 2020 zertifiziert werden sollte. Nicht ohne Grund befürchtete selbst die militärische Führung des Landes, dass Trump seine Wahlniederlage mit einem Staatsstreich verhindern wollte: Hatte er doch zuvor bei einem öffentlichen Auftritt seinen unbelegten Vorwurf des massiven Wahlbetrugs wiederholt und seine Anhänger aufgefordert, zum Kapitol zu marschieren und „auf Teufel komm raus zu kämpfen“.

Kontroversen um die fortbestehende soziale Ungleichheit

Die Amtszeit Donald Trumps war eine Bewährungsprobe für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Vereinigten Staaten. Unter anderem eskalierten auch die von der Coronavirus-Pandemie nochmals in aller Schärfe freigelegten sozialen Ungleichheiten in den Auseinandersetzungen um den gewaltsamen Tod des Afroamerikaners George Floyd. Der nach wie vor allgegenwärtige Rassismus führte vorübergehend zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Anstatt dagegen anzugehen und zu deeskalieren, rief Präsident Trump zur Gewaltanwendung auf und bedrohte auch damit die US-amerikanische Demokratie.

Um die Präsidentschaftswahl erneut zu gewinnen, flirtete Trump mit jenem Rassismus, der die Geschichte der USA durchzieht und bis heute Todesopfer fordert. In seiner Rede vom 4. Juli 2020, dem Unabhängigkeitstag der Vereinigten Staaten, stigmatisierte der damalige Präsident Trump die in über 100 US-Städten gegen Ungerechtigkeit protestierenden Demonstranten als „böse“ Vertreter eines „neuen linksextremen Faschismus“, dessen ultimatives Ziel es sei, „das Ende Amerikas“ herbeizuführen. Trumps Verteufelung der anti-rassistischen Bürgerrechtsbewegung und der seit 2013 bestehenden *Black Lives Matter*-Bewegung geht einher mit seinem unnachgiebigen Festhalten an den Denkmälern und Symbolen der Konföderierten Südstaaten, die für den Erhalt der Sklaverei in den amerikanischen Bürgerkrieg gezogen und

unterlegen waren. In den Augen der Betroffenen stehen diese Denkmäler bis heute für die Rassenungleichheit in Amerika. „Wütende Mobs versuchen, Statuen unserer Gründer niederzureißen, unsere heiligsten Gedenkstätten zu verunstalten und eine Welle von Gewaltverbrechen in unseren Städten auszulösen“, warnte Trump seine um ihn versammelten Anhänger bei einer Kundgebung vor den monumentalen, in Stein gehauenen Porträts der vier bedeutendsten US-Präsidenten in Mount Rushmore.

Für viele Amerikanerinnen und Amerikaner, vor allem jene afroamerikanischer Herkunft, gilt nicht 1776, das Jahr, in dem die Gründerväter offiziell die Unabhängigkeit von Großbritannien erklärten, als Geburtsstunde der Nation. Eine selbstkritischere amerikanische Geschichtserzählung beginnt mit der „Erbsünde“ des Landes. Im August 2019, dem 400. Jahrestag des Beginns der amerikanischen Sklaverei, initiierte etwa das *New York Times Magazine* das „1619 Project“. Es entsprach damit einer Initiative, die Geschichte der Vereinigten Staaten neu zu schreiben, indem sie die Folgen der Sklaverei und die Beiträge Schwarzer Amerikanerinnen und Amerikaner in den Mittelpunkt der nationalen Erzählung stellt. Nach dieser Geschichtsauffassung erwuchs aus der Saat der Sklaverei und dem ihr zugrunde liegenden Rassismus der eigentliche Exzeptionalismus des „Landes der nicht so Freien“. Fast alles, was Amerika wirklich außergewöhnlich gemacht hat, ist nach Auffassung von Jake Silverstein, dem Chefredakteur des *New York Times Magazine*, auf Amerikas Ursünde zurückzuführen.

Sturm auf die amerikanische Demokratie

Von der Schreckensnacht des 6. Januars, in der zum ersten Mal in der Geschichte Amerikas das Kapitol in Washington von einem Mob gestürmt wurde, sah man [...] immer wieder die gleichen Bilder: Ein Mann mit Bart und Baseballkappe fläzt im Büro von Nancy Pelosi herum; ein etwas bescheuert, aber eigentlich nicht unsympathisch in die Kamera lachender Mann mit Bart und Pudelmütze trägt winkend wie ein irrer Saaldier das Rednerpult des Kongresses davon; ein Mann mit noch längerem Bart, freiem Oberkörper und einer Fantasy-Kombi aus Biberfellmütze und Hörnern [...] schwenkt grölend die amerikanische Flagge. Was war passiert?

Eine tobende Masse von Trump-Anhängern hatte die Absperungen des Kapitols überrannt, wenig später streifen die Eindringlinge etwas ratlos mit ihren Fahnen durch Hallen, Büros und Säle des Kongresses, machen Selfies und stellen Bilder nach, die sie aus Actionfilmen und Geschichtsbüchern kennen: Eroberungspose, Fahne aufstellen. Was sich in der großen Halle des Kapitols abspielte, sah aus wie eine Travestie dessen, was auf den dort hängenden Historienbildern zu sehen ist. Man darf den Vorfall nicht verharmlosen: Viele der radikalen Demonstranten waren bewaffnet, vier sind gestorben – drei an „medizinischen Vorfällen“, eine Frau an den Folgen eines Schusses, der von überforderten, panischen Sicherheitskräften abgegeben wurde. Und mit den symbolisch verheerenden Bildern, die das vielleicht berühmteste demokratische Bauwerk der Welt in den Händen von Rechtsradikalen, Verschwörungstheoretikern und einer Menge gutgläubiger, von Trump aufgehetzter Menschen zeigen, haben er und seine radikalsten Anhänger einen dunklen ikonographischen Trümmerhaufen

hinterlassen, der in autoritär geführten Staaten mit grimmiger Genugtuung als Beweis für eine wehrlose, im Chaos versinkende Gesellschaft des Westens gesehen wird.

Aber wenn das, wie es schrill und sensationistisch hieß, ein „Anschlag“ und ein „Aufstand“ war, dann war er von einer beruhigenden Planlosigkeit: Die Nationalgarde tauchte schnell auf, nach ein paar Stunden war der böse Spuk wieder vorbei. [...]

Niklas Maak, „Die amerikanische Nacht“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10. Januar 2021; © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv



Ein Eindringling trägt eine Kriegsflagge der Konföderierten, der im Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 unterlegenen, sklavenhaltenden Südstaaten, in das Allerheiligste des Kapitols, die Räume des Senats.

Race und „Rasse“ – zum Umgang mit einem problematischen Begriff

Ein Interview mit Jakob Tanner

[...] „Rasse“ ist heute ein weitgehend tabuisierter Begriff. [...] Sollte der Rassenbegriff strikt vermieden werden, oder brauchen wir ihn, um ihn dort auch zu benennen, wo er faktisch gemeint ist?

„Rassen“ wurden im 18. Jahrhundert zu einer Obsession der Wissenschaft. Die physische Anthropologie trieb das Projekt einer „Vermessung“ des Menschen voran, welches im 19. Jahrhundert perfektioniert wurde und bis weit ins 20. Jahrhundert hinein Rassentypologien empirisch plausibilisieren sollte. Das war ein transnationales Unternehmen, das viele Forschungsressourcen mobilisierte. Heute hat es seine Kreditibilität eingebüßt. Denn das Konzept der „Rasse“ ist längst kulturell gedreht worden: Es verbindet sich mit der Vorstellung einer homogenen Nation als Abstammungsgemeinschaft oder eines „Kulturkreises“ mit festen Werten und Gebräuchen. „Sage mir deine Herkunft, und ich sage dir, wer Du bist“, lautet die Maxime. Solche identitären Selbstversicherungsdiskurse schüren die Angst, dass die Welt durcheinandergeraten könnte, was Ordnung und „Reinheit“ gleichermaßen bedroht. Die ideale Welt wäre dann die, in der alle ein festes Zuhause unter ihresgleichen haben. Da können sie bleiben und sein, was sie sind. [...]

In den USA wurde die Problematik des Rassismus allerdings anders diskutiert.

Ja, in den USA verlief diese Geschichte anders als etwa in Deutschland. Die Sklaverei, die jahrhundertlange Ausbeutung schwarzer SklavInnen beziehungsweise von afroamerikanischen Arbeitskräften, denen Menschen- und Bürgerrechte vorenthalten wurden, hat dort die Rassenproblematik zu einem wichtigen Politikum gemacht. Das Ausblenden von race

wurde als Geschichtsverdrängung interpretiert. Der Soziologe und Bürgerrechtler W.E.B. Du Bois (1868–1963) [...] schrieb 1903: „The problem of the twentieth century is the problem of color line.“ Diese color line markierte das Rassenproblem in den USA. Anstatt die Schmelztiegel-Ideologie zu reproduzieren, forderte Du Bois eine Sichtbarmachung diskriminierender race-relations. Um das Problem der Rassensegregation und der Unterdrückung der AfroamerikanerInnen zu benennen, war der Begriff race unabdingbar. Doch darüber, welche politische Strategie die Emanzipation der Schwarzen voranbringen könnte, gab es sehr unterschiedliche Vorstellungen. [...]

Wie zeigen sich diese Unterschiede in der Geschichtswissenschaft und anderen Disziplinen?

Es ist interessant zu sehen, dass die US-amerikanische feministische Theorie der 1970er Jahre von der Trias Klasse, „Rasse“ und Geschlecht ausging. [...] [S]elbstverständlich blieb race weiterhin eine unverzichtbare Kategorie. Diese Selbstverständlichkeit, mit der „Rasse“ auf eine Stufe mit Geschlecht und Klasse gestellt wird, ist im deutschen Sprachraum nicht gegeben. [...] „Rasse“ fand im deutschen Sprachraum fast ausschließlich als historischer Eigenname, als Quellenbegriff Eingang in die historische Forschung; das gehäufte Auftreten des Begriffs war ein Indikator dafür, dass eine grundrechtlich fundierte Demokratie infrage gestellt wurde. [...]

Jakob Tanner ist Historiker und Professor emeritus für Geschichte der Neuzeit und Schweizer Geschichte am Historischen Seminar der Universität Zürich. [...]

Das Interview führte Christian Geulen im Herbst 2017 schriftlich.

Race und Rasse. Ein Interview mit Jakob Tanner, in: Naika Foroutan / Christian Geulen u. a. (Hg.), „Das Phantom ‚Rasse‘. Zur Geschichte und Wirkungsmacht von Rassismus“, Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln 2018, S. 35–44

Unverhältnismäßige Polizeigewalt gegen Afroamerikaner ruft 2020 landesweit wütende Proteste hervor. Der Zorn richtet sich besonders auf Denkmäler, die als Symbole für den Überlegenheitsanspruch der Weißen Führungsschicht gedeutet werden. Am 22. Juni 2020 erfolgt ein Angriff auf die Statue des ehemaligen US-Präsidenten Andrew Jackson in Washington, D.C.

Donald Trump nutzt die Proteste, um sich als patriotischer Anwalt von Recht und Ordnung darzustellen. Am 3. Juli 2020, am Abend vor dem Unabhängigkeitstag, präsentiert er sich am Mount Rushmore in South Dakota vor den in Stein gemeißelten Köpfen von US-Präsidenten, die seinerzeit als repräsentativ für Geburt, Wachstum, Entwicklung und Erhaltung der Nation angesehen wurden, als würdiger Nachfolger.



Die Critical Race Theory

[...] Im Januar 1980 erschien in der „Harvard Law Review“ ein Artikel, dessen sperriger Titel bald im eklatanten Widerspruch zu seiner Wirkung stehen sollte. Der Aufsatz trug die Überschrift „Brown v. Board of Education and the Interest-Convergence Dilemma“. In ihm stellte der Bürgerrechtsanwalt Derrick Bell die These auf, dass die wohl wegweisendste Entscheidung des Supreme Courts zugunsten schwarzer Amerikanerinnen und Amerikaner nicht etwa von dem Wunsch getrieben gewesen sei, diesen Gleichberechtigung zu verschaffen.

Vielmehr, so argumentierte Bell, habe das Gericht im Jahr 1954 vor allem deshalb die Rassentrennung an öffentlichen Schulen aufgehoben, weil es in jener Zeit im Interesse der weißen Mehrheitsgesellschaft gelegen habe. [...]

[...] [I]n dem 16-seitigen Aufsatz klingen alle Überlegungen an, die sein Werk ausmachen sollten: die Idee, dass Rassismus nicht nur in einzelnen Menschen steckt, sondern einen essenziellen Teil der amerikanischen Gesellschaft und ihrer politischen Institutionen bilde. Die These, dass Rasse ein Konstrukt sei, um weiße Dominanz zu sichern. Schließlich der Gedanke, dass Schwarze jeden Fortschritt gegen den erbitterten Widerstand eines weißen Machtkartells durchsetzen müssten.

Bell war der erste schwarze Professor an der Harvard Law School, und er machte die elitäre Fakultät zur Keimzelle einer Theorie, die westliche Gesellschaften tiefgreifend verändern sollte. Wenn heute Angestellte von Amazon oder Unilever von ihren Chefs dazu aufgefordert werden, über ihre „weißen Privilegien“ zu reflektieren; wenn an Universitäten „safe spaces“ für nicht weiße Studentinnen und Studenten eingerichtet werden; wenn in den USA darüber gestritten wird, dass nicht etwa die Verkündung der Unabhängigkeitserklärung am 4. Juli 1776 die Geburtsstunde der Nation war, sondern die Ankunft der ersten afrikanischen Sklaven im August 1619 in Virginia – dann entspringt dies dem Gedankengebäude der „Critical Race Theory“, zu deren maßgeblichen Architekten Bell gehörte und die inzwischen in viele akademische Disziplinen eingedrungen ist. [...]

Die Critical Race Theory entstand aus dem berechtigten Zorn darüber, dass die Welle der Gesetzgebung, die in den USA der Sechzigerjahre schwarzen Amerikanern Gleichberechtigung verschaffen sollte, in der Praxis so wenig änderte. Auf den ersten Blick war die Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons ein furioser Triumph der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung: Der Civil Rights Act von 1964 verbot die Diskriminierung von Schwarzen in Restaurants, Kinos oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Der Voting Rights Act von 1965 untersagte Analphabetismus-Tests, mit denen Schwarze von der Wahlurne ferngehalten wurden. Und der Fair Housing Act von 1968 schließlich sollte die Praxis des sogenannten Redlining beenden, mit der Afroamerikanern der Zugang zu Immobilienkrediten verwehrt wurde.

Aber all die Gesetze änderten nichts an der Tatsache, dass schwarze Amerikaner ärmer als weiße blieben, dafür aber deutlich häufiger im Gefängnis landeten. Heute ist ein Drittel aller Häftlinge in den USA schwarz, während der Anteil der Afroamerikaner an der Gesamtbevölkerung 13 Prozent beträgt. Das mittlere Vermögen eines weißen Haushalts in den USA liegt bei 188 000 Dollar und ist damit fast achtmal höher als das eines schwarzen.

Die Critical Race Theory ist eine zutiefst pessimistische Idee und unterscheidet sich fundamental von der Gedanken-

welt Martin Luther Kings, der immer noch der Säulenheilige der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung ist und seine berühmteste Rede am 28. August 1963 in Washington hielt – gut 100 Jahre nachdem Abraham Lincoln mit der Unterschrift unter die Emanzipationserklärung das Ende der Sklaverei in den USA eingeläutet hatte.

King sparte darin nicht mit Kritik an den bestehenden Verhältnissen. Aber die Rede war zugleich durchzogen von einer unerschütterlichen Zuversicht, dass die Institutionen der amerikanischen Demokratie in der Lage sein werden, die Unterdrückung der schwarzen US-Bürger zu beenden. Derrick Bell dagegen schrieb 1987 in seinem Buch „And We Are Not Saved“, es sei ein Trugbild, an Fortschritte bei der Gleichberechtigung zu glauben, weil „Weiße, bewusst oder unbewusst, alles in ihrer Macht Stehende tun, um ihre Vorherrschaft zu wahren und die Kontrolle zu behalten“. [...]

Zu den häufigsten Klagen über die Critical Race Theory gehört, dass sie kaum zu definieren und deshalb im Grunde wirkungslos sei. Nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt. In ihrem Standardwerk „Critical Race Theory“ beschreiben die beiden Juristen Richard Delgado und Jean Stefancic präzise ihre Kernthesen und die dahinter liegende Geisteshaltung. „Im Gegensatz zum traditionellen Diskurs über Bürgerrechte, der den schrittweisen Fortschritt betont, stellt die Critical Race Theory die liberale Ordnung ganz grundsätzlich infrage – inklusive des Gleichheitsgrundsatzes, des Abwägens rechtlicher Argumente, des Rationalismus der Aufklärung und des Prinzips, wonach jeder vor der Verfassung gleich ist.“ Mit anderen Worten: Sie versteht sich auch als Angriff auf zentrale Werte des Westens. [...]

(D)ie Critical Race Theory [...] wird an mehr als 200 amerikanischen Hochschulen gelehrt, und ihre Anhänger machen gar kein Geheimnis daraus, dass sie sich als Aktivisten und Wissenschaftler gleichermaßen verstehen. Die Critical Race Theory versuche, die Gesellschaft „nicht nur zu verstehen, sondern sie zu verändern“, schreibt Richard Delgado, eine ihrer führenden akademischen Stimmen.

Niemand hat ihre Verbreitung so vorangetrieben wie der Historiker Ibram X. Kendi, der zu einem der einflussreichsten Intellektuellen der USA aufgestiegen ist [...].

Das Neue und Revolutionäre an Kendis Buch „How to Be an Antiracist“ besteht in seiner These, dass sämtliche Ungleichheiten zwischen schwarzen und weißen Amerikanern notwendig und ausschließlich Ergebnis von Rassismus sind. Auch nur den Gedanken zuzulassen, dass es selbst verschuldete Probleme in der schwarzen Community geben könnte, betrachtet Kendi als Ketzerei. Als Barack Obama im Präsidentschaftswahlkampf 2008 beklagte, dass jedes zweite schwarze Kind in den USA ohne Vater aufwächst, und auf die verheerenden sozialen Folgen dieser Verantwortungslosigkeit hinwies, bezichtigte Kendi ihn des Rassismus. [...]

Der Aufstieg Kendis [...] ist nur mit dem speziellen geistigen Klima der Trump-Jahre zu erklären. Wenn man so will, ist der Historiker die illiberale Antwort auf einen autoritären Präsidenten. [...]

René Pfister, „Ein Hauch von Nordkorea“, in: DER SPIEGEL Nr. 25 vom 19. Juni 2021

Die Verfassung – Ideal und Weichenstellung

Obwohl es also immer wieder Stimmen gab, die das kritisch betrachten, genießen die US-amerikanische Verfassung und ihre Architekten, die sogenannten Gründerväter, darunter Benjamin Franklin, Alexander Hamilton, Thomas Jefferson und George Washington, bis heute in den USA meist große Wertschätzung. Dass die älteste bis heute gültige republikanische Staatsverfassung auch im 21. Jahrhundert mehr oder weniger unverändert besteht, liegt an ihrer elastischen Konstruktion. Die miteinander verbundenen Prinzipien der Volkssouveränität, der individuellen Menschenrechte und der Repräsentation gewährleisten immer noch die Statik des Verfassungsgerüsts von 1787.

Die antike Vorstellung vom Volk als Quelle von Regierungsmacht wurde mit dem neuzeitlichen Konzept individueller Menschenrechte verschränkt: In einer liberalen Demokratie stößt der Mehrheitswille des Volkes dort an Grenzen, wo er die Rechte von Minderheiten beschneidet – eine „Tyrannei der Mehrheit“ soll verhindert werden. Das Misstrauen gegenüber der breiten Masse wird in einem weiteren Konstruktionselement deutlich, der repräsentativen Demokratie: Insbesondere auf der Ebene des Bundesstaates sollte nicht das Volk selbst durch direktdemokratische Elemente entscheiden, sondern diejenigen, die es repräsentieren. Dahinter steht die Erwartung, dass vom Volk gewählte Vertreterinnen und Vertreter in ihrem Handeln weniger durch Leidenschaften, Affekte und persönliche Interessen geleitet sind, sondern eher rationale und weitsichtige Entscheidungen treffen können als eine direkte Volksregierung.

Die „Erfindung der Nation“, so der US-amerikanische Politikwissenschaftler Benedict Anderson in seinem 1988 auf Deutsch erschienenen gleichnamigen Buch, gründet denn auch – bezogen auf die USA – wesentlich auf der Emanzipation vom „Alten Kontinent“ Europa mit seinen Staatskirchen und Herrschern von Gottes Gnaden. Viele Europäerinnen und Europäer machten sich vor allem auch deshalb auf den weiten Weg nach Übersee, weil sie in ihrer Heimat wegen ihres Glaubens oder ihrer politischen Einstellung verfolgt worden waren. Gleichzeitig waren die Siedlerinnen und Siedler in der „Neuen Welt“ von Beginn an von dem Bewusstsein erfüllt, eine von Gott auserwählte Nation zu sein: Sie gestalteten „*God's own country*“. Diese Abkehr vom Staatskirchentum, verbunden mit dem Glauben an das eigene „Auserwähltsein“, kommt auch im

ersten Verfassungszusatz zum Ausdruck: Die Einrichtung einer staatstragenden Amtskirche wird untersagt sowie Religions- und Meinungsfreiheit gewährleistet.

Diese verfassungsrechtlich gewährte Freiheit schafft bis heute Raum für Pluralismus und ein ständiges Ringen um die legitime Position von Religion im Spannungsfeld zwischen privater und öffentlich-politischer Sphäre. So steht etwa das Schulgebet bis heute im Zentrum politischer Auseinandersetzungen, insbesondere seit das Oberste Gericht, der *Supreme Court*, 1985 im Fall *Wallace v. (v. = versus, lat. für gegen) Jaffree* entschied, dass in staatlichen Schulen sogar eine Minute der Stille zum freiwilligen Beten oder Meditieren gegen die *establishment clause* verstoße, die vor der Etablierung einer Staatsreligion schützen soll.

Geprägt von den Erfahrungen absolutistischer Herrschaft, insbesondere von den Praktiken der damaligen Kolonialmacht Großbritannien, und inspiriert durch aufklärerische Ideen der Philosophen John Locke und Montesquieu, wollten die Exilanten fernab ihrer Heimat eine „Neue Welt“ schaffen. In ihr sollte Herrschaft nicht wie auf dem „Alten Kontinent“ von oben, von Gottes Gnaden, legitimiert sein, sondern jegliche Macht von unten, vom Volke, und auf Zeit verliehen werden. Der Einzelne – wobei damals nur an den wohlhabenden Weißen Mann gedacht war – galt als Quelle der Volkssouveränität. Darüber hinaus sollte im Sinne einer liberalen Verfassung durch Prinzipien der Gewaltenteilung Missbrauch verhindert werden, um individuelle Grundrechte vor staatlicher Willkür zu schützen.

Die wichtigsten, im Weiteren als individuelle oder persönliche Freiheitsrechte bezeichneten *civil liberties* werden durch die ersten zehn Verfassungszusätze (engl. *amendments to the United States Constitution*) garantiert. Diese auch unter dem Begriff der *Bill of Rights* zusammengefassten Grundsätze wurden am 15. Dezember 1791 als Ganzes in die US-Verfassung aufgenommen. Nach dem Bürgerkrieg (1861–1865) kamen weitere Verfassungszusätze hinzu. Besonders bedeutsam unter ihnen ist der 14. Zusatz, der die individuellen Freiheitsrechte jeder Person – ungeachtet der Staatsbürgerschaft – schützt. Allerdings hat die verfassungsrechtliche Auslegung des *Supreme Court* gezeigt, dass einige der individuellen Freiheitsrechte ausschließlich US-Amerikanerinnen und -Amerikanern vorbehalten sind.

Der Gewaltenteilung haben die Verfassungsväter besondere Aufmerksamkeit gewidmet, denn das Grundprinzip der konkurrierenden, sich gegenseitig kontrollierenden Staatsgewalten (*checks and balances*) hat eine grundlegende Bedeutung für die Sicherung individueller Freiheitsrechte. Neben der horizontalen Gewaltenteilung in die gesetzgebende (Legislative), die ausführende (Exekutive) und die richterliche Gewalt (Judikative) wurde in der amerikanischen Verfassung auch eine vertikale Gewaltenteilung angelegt: Die Befugnisse zwischen den – bei der Gründung 13 – derzeit 50 Einzelstaaten und dem Bundesstaat wurden aufgeteilt. Mit horizontaler und vertikaler Gewaltenteilung sollte verhindert werden, dass die Rechte und Freiheiten des einzelnen Bürgers und jene der Einzelstaaten über Gebühr eingeschränkt werden.

Rassismus als bleibende Erblast

Gleichwohl wurden die Rechte der Einzelstaaten, die *states' rights*, mit Billigung des Obersten Gerichtes auch dazu missbraucht, um bis ins 20. Jahrhundert in den Südstaaten der USA die Rassendiskriminierung aufrechtzuerhalten. Der *Supreme Court* begründete und rechtfertigte die Rassentrennung und -diskriminierung in den USA durch sein Urteil im Fall *Plessy v.*

Mit ihren zehn Zusatzartikeln zur Verfassung der USA sichert die Bill of Rights den Mitgliedern einer freien und demokratischen Gesellschaft unveräußerliche Grundrechte zu – ein Ideal, an dem sich die Realität seither messen lassen musste.



Ferguson am 18. Mai 1896. Mit dieser Grundsatzentscheidung wurde die im 13. und 14. Verfassungszusatz garantierte Freiheit und Gleichstellung aller Bürger de facto ausgesetzt. Die Bundesstaaten, zumal im Süden der USA, erhielten damit die höchststrichterliche Erlaubnis, die „Rassen“ nach Gutdünken zu trennen. Der öffentliche Raum, etwa Schulen, Restaurants und Hotels, war nunmehr richterlich verordnet Schwarz-Weiß. „Getrennt, aber gleich“ – mit dieser Formel betrog ein höchststrichterliches Urteil Schwarze in den USA um ihre Gleichstellung – für weitere sechs Jahrzehnte.

Erst in den 1950er- und 1960er-Jahren gelang es der Bürgerrechtsbewegung, dem *civil rights movement*, die Rassentrennung und -diskriminierung zum Teil zu überwinden. So erklärte der *Supreme Court* 1954 im Fall *Brown v. Board of Education* die Rassentrennung an staatlich finanzierten Schulen für unzulässig. Der *Voting Rights Act* von 1965 ermöglichte schließlich auch der afroamerikanischen Bevölkerung verbesserte Rechte zur politischen Teilhabe. Mit dem von Präsident Lyndon B. Johnson (1963–1969) am 6. August 1965 unterzeichneten Gesetz sollte sichergestellt werden, dass der afroamerikanischen Minderheit gleiche Voraussetzungen gegeben werden, um sich an den Wahlen zu beteiligen. Dazu wurden diskriminierende Praktiken wie Analphabetismus-Tests als Voraussetzung zur Wählerregistrierung verboten und die verantwortlichen Einzelstaaten unter Aufsicht des Bundesjustizministeriums gestellt.

Rassendiskriminierung ist jedoch bis heute ein politisch brisantes Thema geblieben. Paradoxerweise könnte sie in der Amtszeit des ersten afroamerikanischen Präsidenten Barack Obama (2009–2017) sogar wieder verschärft worden sein. So urteilte am 25. Juni 2013 das Oberste Gericht im Fall *Shelby County v. Holder* mit einer denkbar knappen Mehrheit von fünf gegen vier Stimmen, dass im „Lichte gegenwärtiger Bedingungen“, insbesondere aufgrund der verbesserten politischen Beteiligung von Minderheiten, eine elementare Bestimmung (Sektion 4) des *Voting Rights Act* überholt und damit verfassungswidrig sei.

Hätten die bei Wahlen mit Diskriminierungspraktiken historisch vorbelasteten Südstaaten bis zu diesem Zeitpunkt der Bundesaufsicht unterstanden, so sind die Gesetzgeber seitdem aufgefordert, neue, an die heutige Zeit angepasste Kriterien zu finden, die weiterhin eine bundesstaatliche Aufsicht der von den Einzelstaaten organisierten Wahlen rechtfertigen würden. Da im extrem polarisierten Politikbetrieb Washingtons, zumal in dieser heiklen Frage, auf absehbare Zeit keine Einigung erzielt werden kann, haben die Einzelstaaten bis auf Weiteres freie Hand, wenn sie Minderheiten bei Wahlen wieder benachteiligen wollen. Ohne Aufsichtsrecht Washingtons müssen Schwarze Wählerinnen und Wähler nun wieder damit rechnen, durch Auflagen der Einzelstaaten, insbesondere im Süden des Landes, bei Wahlen diskriminiert zu werden, wenn sie etwa nicht die nötigen Papiere zur Wählerregistrierung vorweisen können oder die Zeit für die Stimmabgabe oder die Möglichkeit der Briefwahl eingeschränkt wird.

Dass es zu keinen größeren Ausschreitungen kam, als der Meilenstein der Emanzipation durch ein Urteil des Obersten Gerichts ausgehebelt wurde, lag wohl unter anderem daran, dass der erste afroamerikanische Präsident Barack Obama und sein enger Vertrauter, der Schwarze Justizminister Eric Holder, mehrfach mäßigend auf die Schwarze Gemeinschaft einwirkten. Doch selbst in Obamas Amtszeit wurden Proteste von der Polizei, teilweise unter Einsatz von Waffengewalt, niedergeschlagen – etwa als im Sommer 2014 der Schwarze Jugendli-



57 Jahre liegen zwischen den Kundgebungen in Washington, D.C., die beide die Einhaltung der von der Verfassung garantierten Rechte und Freiheiten einfordern: oben 1963 die Bürgerrechtsbewegung unter Führung von Martin Luther King, unten 2020 die Black Lives Matter-Bewegung gegen Polizeigewalt.

che Michael Brown in Ferguson von einem Weißen Polizisten erschossen wurde und Tausende im Bundesstaat Missouri dagegen auf die Straße gingen.

Die Demonstrationen sorgten immerhin dafür, dass die Bewegung „Black Lives Matter“ (engl. für: Schwarze Leben zählen) – ins Leben gerufen bereits 2013 mit dem Freispruch von George Zimmerman nach dem Todesfall des afroamerikanischen Teenagers Trayvon Martin – auch international Bekanntheit erlangte. So forderte unter anderem der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, die Verantwortlichen in den USA auf, „sicherzustellen, dass die Freiheit friedlicher Versammlungen und die Meinungsfreiheit geschützt werden“ und US-Sicherheitsbeamte „amerikanische und internationale Standards im Umgang mit Demonstranten einhalten“.

„All men are created equal“ – ein Verfassungsgebot und seine Auslegung

Am 17. Mai 1954 entschied das Oberste Gericht im Fall *Brown v. Board of Education*, dass nach Hautfarbe getrennte Schulen „von Natur aus ungleich“ sind und dem Gleichheitsgrundsatz des 14. Zusatzartikels der Verfassung widersprechen. Mit diesem wegweisenden Urteil revidierten die Obersten Richter auch die bislang vorherrschende Rechtsauslegung gemäß der „*separate but equal*“-Doktrin. Sie war 1896 im Fall *Plessy v. Ferguson* etabliert worden, um Rassentrennung zu rechtfertigen, solange es „getrennte, aber gleichwertige“ Einrichtungen für afroamerikanische und weiße Schüler gab. Landesweit, vor allem in den Südstaaten, waren jedoch bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts die nach Hautfarbe getrennten Schulen alles andere als gleichwertig eingerichtet. Die ursprüngliche Klägerin, Esther Brown, kritisierte die schlimmen Zustände, mit denen afroamerikanische Kinder in ihrer Heimatstadt South Park im Bundesstaat Kansas alltäglich zu kämpfen hatten. Ihre auf die Städte Wichita und Topeka ausgeweitete Klage wurde unterstützt von der bereits 1909 gegründeten *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP). Mit der erfolgreichen Sammelklage, der sich weitere Familien anschlossen (unter anderem Oliver Brown, nach dem der Fall benannt wurde), konnte schließlich die Rassentrennung an US-amerikanischen Schulen aufgehoben werden.

Am 2. Juli 1964 unterzeichnete Präsident Lyndon B. Johnson in Anwesenheit des Bürgerrechtlers Martin Luther King den *Civil Rights Act*, mit dem die Diskriminierung der afroamerikanischen Bevölkerung bei Wahlen und in öffentlichen Einrichtungen wie Restaurants, Hotels oder Bussen abgeschafft werden sollte. Bereits sein Vorgänger John F. Kennedy hatte auf die immer heftiger werdenden öffentlichen Proteste der Afroamerikaner reagiert. In seiner Ansprache vom 11. Juni 1963 hatte er seine Landsleute und die Gesetzgeber aufgefordert, der Diskriminierung ein Ende zu bereiten. Es war dann aber die Regierungsmannschaft seines Nachfolgers Johnson, der es gelang,

das heftig umstrittene Gesetz durch den Kongress zu manövrieren. Gleich in seiner ersten Ansprache an die versammelten Abgeordneten und Senatoren am 27. November 1963 äußerte Präsident Johnson, dass kein noch so eloquenter Nachruf den wenige Tage zuvor, am 22. November 1963, ermordeten Präsidenten gleichermaßen ehren könne wie die schnellstmögliche Verabschiedung des Bürgerrechtsgesetzes, für das Kennedy so lange gekämpft habe. Mit dem *Civil Rights Act* konnte zwar die Zweiklassengesellschaft in öffentlichen Räumen mehr oder weniger beseitigt werden, aber nicht die Diskriminierung der Afroamerikaner bei den Wahlen.

Mit dem von Präsident Johnson am 6. August 1965 unterzeichneten *Voting Rights Act* sollte einmal mehr sichergestellt werden, dass der afroamerikanischen Minderheit gleiche Voraussetzungen gegeben werden, um sich an den Wahlen zu beteiligen. Dazu wurden diskriminierende Praktiken wie Alphabetismus-Tests als Voraussetzung zur Wählerregistrierung verboten und die verantwortlichen Einzelstaaten unter Aufsicht des Bundesjustizministeriums gestellt.

Am 25. Juni 2013 urteilte das Oberste Gericht im Fall *Shelby County v. Holder* mit einer denkbar knappen Mehrheit von fünf gegen vier Stimmen, dass im „Lichte gegenwärtiger Bedingungen“, insbesondere aufgrund der verbesserten politischen Beteiligung von Minderheiten, eine elementare Bestimmung (Sektion 4) des *Voting Rights Act* überholt und damit verfassungswidrig sei. Bisher unterstanden die bei Wahlen mit Diskriminierungspraktiken historisch vorbelasteten Südstaaten der Bundesaufsicht. Die Gesetzgeber sind nun aufgefordert, neue, an die heutige Zeit angepasste Kriterien zu finden, die weiterhin eine bundesstaatliche Aufsicht der von den Einzelstaaten organisierten Wahlen rechtfertigen würden.

Josef Braml



Am 2. Juli 1964 unterzeichnet US-Präsident Lyndon B. Johnson den *Civil Rights Act* im Beisein des Predigers und Bürgerrechtlers Martin Luther King. Das Gesetz verbietet Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder nationaler Herkunft und ermächtigt den Bund, in den Einzelstaaten entsprechend einzugreifen. Es gilt als eines der bedeutendsten Gesetze zur rechtlichen Gleichstellung von Afroamerikanern in den Vereinigten Staaten.

Zwischen Abschottung und Weltverbesserung

Stellt man das bis heute nicht aufgearbeitete Unrecht der Sklaverei und den weiterhin institutionell verankerten Rassismus in den USA gedanklich zur Seite und fokussiert sich auf die Anfänge der europäischen Besiedlung in der Neuen Welt, so trifft man bereits auf das Ansinnen der frühen Siedlerinnen und Siedler, mit dem „amerikanischen Experiment“ die Welt zu verbessern.

Allerdings bewegte sich das Leitbild US-amerikanischer Außenpolitik im Laufe ihrer Geschichte kontinuierlich zwischen Absonderung von der Welt und missionarischem Drang zur Weltverbesserung. Der selbstverständene Ausnahmecharakter der USA, der sogenannte Exzeptionalismus, manifestierte sich dementsprechend in unterschiedlicher Weise: Zum einen wollte die „fast auserwählte“ Nation („almost chosen“, so Abraham Lincoln), die „city upon a hill“ (so der puritanische Pionier John Winthrop 1630 in Anspielung auf das eng mit Gott verbundene biblische Jerusalem) selbstgenügsam der Welt als leuchtendes Vorbild dienen. Zum anderen wollte sie die Welt aber auch aktiv verändern, sei es mit diplomatischen oder militärischen Mitteln, sei es durch Vorgehen im Alleingang oder mit Unterstützung anderer Staaten.

Sicherheit statt Freiheit? Demokratische Ideale unter Druck

Traumatisch und folgenreich für die USA waren die islamistischen Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das *World Trade Center* in New York und das US-Verteidigungsministerium (*Pentagon*) bei Washington. Die anschließenden Bemühungen von US-Präsident George W. Bush (2001–2009), mehr Sicherheit auf Kosten der Freiheit zu erlangen und die Welt mit militärischen Mitteln zu demokratisieren, führten allerdings zu einem merklichen Qualitätsverlust der US-amerikanischen Demokratie.

Im „Globalen Krieg gegen den Terrorismus“ setzten US-Präsident Bush und seine Exekutive militärische und juristische Mittel ein, um zunächst mit der von den westlichen Alliierten unterstützten *Operation Enduring Freedom* die in Afghanistan vermuteten Al-Kaida-Drahtzieher der Anschläge und ihre Taliban-Unterstützer zu bekämpfen. Dem späteren, im Frühjahr 2003 erklärten völkerrechtswidrigen Präventivkrieg gegen den Irak

entsprach eine analoge Umdeutung des Rechts im Inneren. Juristische Mittel galten fortan nicht mehr nur der Strafverfolgung, sondern als Waffen, als weitere „Pfeile im Köcher“ der Exekutive, um möglichen künftigen Attentaten vorzubeugen.

Die vermeintlichen Sicherheitsvorkehrungen der USA umfassten ein breites Spektrum. Sie reichten von rechtsstaatlich und strafrechtlich begründeten Maßnahmen bis hin zur völkerrechtswidrigen Entführung von Terrorverdächtigen, die von den USA ohne Gerichtsverfahren in Geheimgefängnissen befreundeter autokratischer Länder inhaftiert wurden. Dort kamen noch viel härtere Foltermethoden, sogenannte *enhanced interrogations*, in Anwendung als das von US-Sicherheitsbehörden selbst praktizierte *waterboarding*, die Foltermethode des simulierten Ertränkens.

Auf dem von den USA kontrollierten Stützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba wurde sogar eine rechtsfreie Zone geschaffen; die dort inhaftierten sogenannten ungesetzlichen Kombattanten (*unlawful combatants*, dt. unrechtmäßige Kämpfer) galten als vogelfrei. Internationale Kritik und vor allem das Oberste Gericht der USA sorgten zwar dafür, dass 2005 mit dem *Detainee Treatment Act* zumindest die Folterpraxis unter amerikanischer Hoheit eingestellt wurde.

Doch hinderte der Kongress George W. Bushs Nachfolger Barack Obama daran, das Gefangenenlager auf Guantánamo aufzulösen und die Inhaftierten in den geordneten zivilen oder militärischen Strafvollzug in den USA zu überführen. Auch unter Obamas Oberbefehl fielen zahlreiche Terrorverdächtige gezielten Tötungen durch Drohnenangriffe zum Opfer. Bis heute, also auch unter Präsident Joe Bidens Oberbefehl, werden dabei viele unschuldige Zivilisten als sogenannte Kollateralschäden in Kauf genommen. Diese Verfehlungen beeinträchtigen die Glaubwürdigkeit der westlichen Führungsmacht USA.

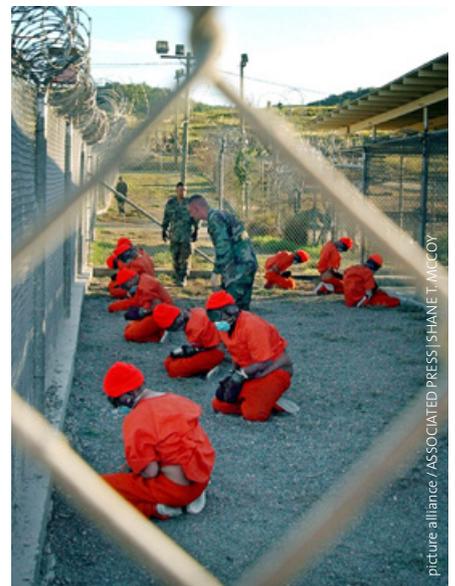
Nach den Terrorangriffen auf die USA am 11. September 2001 (l.) schwört Präsident George W. Bush am 4. Februar 2002 auf der Elgin Air Force Base in Florida seine Streitkräfte und die Öffentlichkeit auf entschlossene Gegenwehr ein (M.). Menschenrechtsverstöße wie im Internierungslager für „ungesetzliche Kämpfer“ auf dem US-Marinestützpunkt Guantánamo Bay, Kuba, beschädigen allerdings das Ansehen der US-Demokratie (r.).



REUTERS/Sean Adair-Files



picture-alliance/dpa | Luke Frazza



picture-alliance/ASSOCIATED PRESS | SHANET MCCOY



Mit der Präsidentschaft Barack Obamas verbinden sich viele Hoffnungen auf Wandel. Innenpolitisch erwarten sich vor allem Minderheiten Impulse für mehr Chancengleichheit, außenpolitisch glauben viele an eine Rückbesinnung auf Rechtsstaatlichkeit und menschenrechtliche Ideale.

Dabei hatte der Amtsantritt Barack Obamas und seines Vizepräsidenten Joe Biden zunächst bei vielen Hoffnung auf einen Kurswechsel geweckt. „Change we can believe in“ und „Yes, we can“ hatten ihre Wahlkampfparolen gelautet. Am 20. Januar 2009, in seiner Amtsantrittsrede, bekundete Obama: „Wir verweigern uns gegen die irreführende Wahlmöglichkeit zwischen unserer Sicherheit und unseren Idealen.“ Der Hoffnungsträger versprach, der von den Gründervätern verfassten Charta zur Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten wieder neuen Glanz zu verleihen. „Diese Ideale erleuchten immer noch die Welt, und wir geben sie nicht preis, nur weil es zweckdienlich erscheint“, so Obama in seiner Ansprache.

Doch dem Verfassungsjuristen Obama ist es in seiner achtjährigen Amtszeit nicht gelungen, die inneren Kollateralschäden des „Globalen Krieges gegen den Terrorismus“ und den internationalen Ansehensverlust der einstigen liberalen Vorbilddemokratie zu beheben und den nationalen Sicherheitsstaat wieder zurückzubauen.

Es sollte sich herausstellen, dass nicht einmal die parlamentarischen Aufsichtsorgane, die den Machtmissbrauch der Geheimdienste verhindern sollten, vor den Spähangriffen und den Manipulationen, etwa der *Central Intelligence Agency* (CIA), dem Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten, sicher waren. Selbst die Senatorin Dianne Feinstein, die die Arbeit der US-Ge-

heimdienste stets wohlwollend unterstützt hatte, wurde ein Opfer der Attacken der CIA, als der von ihr geleitete Ausschuss die Wirksamkeit von Folterpraktiken der Sicherheitsdienste prüfte. Feinstein stellte die für eine liberale Demokratie grundlegende Frage, ob die Aktivitäten der CIA künftig vom Kongress überprüft werden könnten oder „ob unsere Arbeit vereitelt werden kann durch jene, die wir beaufsichtigen“.

Nachdem der damalige CIA-Direktor John Brennan zunächst damit gedroht hatte, auch noch die zentrale Sicherheitsbehörde der Vereinigten Staaten, das *Federal Bureau of Investigation* (FBI), auf die Senatsmitarbeiter anzusetzen, um deren angeblich kriminelle Handlungen zu untersuchen, musste er im Sommer 2014 zugeben, dass die Computer der Senatsmitarbeiter von seiner Behörde gehackt wurden und Dokumente, unter anderem ein CIA-interner Untersuchungsbericht über Folter, verschwunden waren.

Eigentlich ist der Präsident verantwortlich dafür, was in „seiner“ Exekutive geschieht. Offen blieb, ob Barack Obama davon gewusst hatte oder nicht. In beiden Fällen ergibt sich ein beunruhigendes Bild für den Zustand der amerikanischen Demokratie – und ihrer grundlegenden Sicherung durch Gewaltenteilung.

Konkurrenz und Kontrolle der Machthabenden: checks and balances

Um Machtmissbrauch zu verhindern, haben die Architekten der US-amerikanischen Verfassung mehrere Kontrolldimensionen verankert:

- Erstens verleiht der Souverän, das heißt heute die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger, die Macht an ihre Repräsentanten nur auf Zeit (temporale Machtkontrolle), damit diese ihnen Rechenschaft schuldig bleiben (siehe S. 38 ff.).
- Zweitens verlangt die föderale Struktur, die Machtbefugnisse der den Bürgerinnen und Bürgern näherstehenden Einzelstaaten mit jenen des Gesamtstaates in Einklang zu bringen (vertikale Machtkontrolle). Dies musste nicht zuletzt auf den Schlachtfeldern des Bürgerkrieges (1861–1865) und in bis heute andauernden höchstrichterlichen Auseinandersetzungen ausgefochten werden (siehe S. 32 ff.).
- Drittens gibt es sowohl auf einzelstaatlicher Ebene als auch auf der Ebene des Gesamtstaates eine horizontale Machtkontrolle durch die Teilung der Gewalten in die gesetzgebende (Legislative), die ausführende (Exekutive) und die richterliche Gewalt (Judikative) (siehe S. 14 ff.).



Im Globalen Kampf gegen den Terror wird auch unter Obama allein auf militärische Mittel gesetzt. Am 1. Mai 2011 verfolgen der Präsident und sein Sicherheitsteam den tödlichen Einsatz gegen den Drahtzieher der Terroranschläge von 2001, Osama Bin Laden.

Vom Rechtsstaat zum Sicherheitsstaat? Die Langzeitfolgen von 9/11

[...] Das Verhalten Washingtons im Krieg gegen den Terror hat das Bild Amerikas schon lange massiv beschädigt, nicht zuletzt in der muslimischen Welt, im Nahen Osten, in Afghanistan, in Pakistan, wo viele das Gefühl hatten, das Recht der Amerikaner sei kein Ausdruck universeller Menschenrechte, sondern bloß das Recht einer Weltmacht auf Rachefeldzug. Immerhin haben die USA seitdem einige der schlimmsten Exzesse abgestellt oder halbwegs aufgearbeitet.

Aber viele weitreichende Folgen des 11. September 2001 haben sich nicht durch Zeitablauf oder den Amtsantritt des nächsten oder übernächsten Präsidenten erledigt. Die Exekutive, die nach den Terroranschlägen massiv an Befugnissen zur Gefahrenabwehr hinzugewonnen hat, wirkt noch immer besitzen davon, immer mehr zu wissen, immer mehr zu durchleuchten. Sie missachtet im Schutze umfassender Geheimhaltung oft genug ihre eigenen Regeln und schafft sich damit immer neue Spielräume, notfalls jenseits von Recht und Verfassung. Konkret zeigt sich dies zum Beispiel am schier grenzenlosen Sammeln von Daten, an der umstrittenen Praxis gezielter Tötungen, aber auch an einer wachsenden Abschottung gegenüber der Öffentlichkeit. Die oft gestellte Diagnose, der Rechtsstaat habe sich zum Sicherheitsstaat gewandelt, gilt noch immer – das ist das wahre Erbe des Terrors in New York und Washington vor 20 Jahren.

Die Macht der auf Prävention geeichten Exekutive zeigt sich besonders an den staatlichen Befugnissen zur Überwachung. Nach dem 11. September 2001 gewährte der US-Kongress in einer Mischung aus Schock, Panik und Zorn der Regierung umfassende Kontrollmöglichkeiten durch den „USA Patriot Act“. Wie weit die Regierung Bush diesen ohnehin sehr weitreichenden Auftrag auslegte, schockierte später selbst jene, die das Sicherheitsgesetz mit verfasst hatten. Dass die National Security Agency die Metadaten aller Telefonate sämtlicher US-Bürger sammelte, weiß die Öffentlichkeit überhaupt nur, weil der Whistleblower Edward Snowden das Programm im Jahr 2013 publik machte.

[...] Ein Gesetz namens „Freedom Act“ aus dem Jahr 2015 verfügte daraufhin, dass die National Security Agency die Telefon-Metadaten nicht mehr selbst sammeln durfte, sondern bei den Telefonfirmen abfragen musste. Es war ein Symbol: Zum ersten Mal seit 2001 stimmten überparteiliche Mehrheiten im Parlament dafür, den Sicherheitsapparat einzudämmen, statt ihn immer noch mehr auszuweiten.

Allerdings war dies mehr Korrektur, als Reform. Denn auch danach blieb noch immer sehr viel von dem, was unter Präsident Bush gewuchert war. So darf die NSA weiterhin ohne Anfangsverdacht und ohne richterliche Erlaubnis E-Mails, Kurznachrichten und Telefongespräche bei Internet- und Telekommunikationskonzernen abgreifen, wenn an der Kommunikation Ausländer beteiligt sind. Der Kongress hat diese Vorschrift erst im Jahr 2018 um weitere sechs Jahre verlängert. [...]

[...] Wie sich herausgestellt hat, verstößt die Bundespolizei FBI zudem regelmäßig und weitreichend gegen die Vorschriften und durchsucht unerlaubt die E-Mails von US-Bürgern, die zuvor von der NSA eingesammelt wurden. Trotz solcher Verstöße hat ein Sondergericht diese Befugnisse für das FBI erst kürzlich wieder verlängert. [...]

Im Drohnenkrieg zeigt sich ein ähnliches Bild. Die gezielten Tötungen von Terrorverdächtigen abseits von Kriegsgebieten,

die unter Bush rasch an Bedeutung gewannen, wurden seither immer mehr ausgeweitet. Das unabhängige Bureau of Investigative Journalism geht für die Zeit von 2004 bis 2020 in Afghanistan, Somalia, Pakistan und Jemen von insgesamt Tausenden Toten aus, darunter Hunderte von unbeteiligten Zivilisten und Kindern. Die US-Regierung gibt deutlich niedrigere Zahlen an, wenn sie denn überhaupt Zahlen angibt. Obama erließ zwar einige bürokratischen Regeln, aber im Kern blieb es dabei, dass der Staat das Kriegsrecht praktisch auf die ganze Welt ausweitete und damit mutmaßliche Terroristen auch in den entferntesten Winkeln der Erde gleichsam mit der Fernbedienug töten konnte.

Nur wenige Jahre später schaffte Nachfolger Donald Trump das bisschen Transparenz, das Obama der Öffentlichkeit zugestanden hatte, auch noch ab [...] Amerikas Drohnenkrieg, der zu einem zentralen Werkzeug im Kampf gegen den Terror geworden ist, bleibt damit eine schwer durchschaubare, für Willkür anfällige Operation. Viele Menschen in Krisengebieten, die allermeisten davon Muslime, empfinden die Drohneneinsätze als blanke Tyrannei, vor der sie weder das eigene Haus – und noch weniger das Recht – schützen kann.

Außer Kontrolle geraten ist auch die Geheimniskrämerei der Regierung. Nach 9/11 geriet diese Unsitte in Washington zu einer Besessenheit: Abgeschottet von der Öffentlichkeit machte die Exekutive, was sie wollte und umging damit das Parlament. Dabei nutzte sie weitreichende Befugnisse des Präsidenten oder berief sich auf vertrauliche Rechtsgutachten, die diverse Exzesse rechtfertigen sollten. Wiedereinführung der Folter, elektronische Datensammelwut oder Drohnenschläge wucherten lange im Verborgenen. Vieles wurde nur durch In-diskretionen von Chelsea (damals Bradley) Manning, Edward Snowden und zahlreicher Quellen von Journalisten bekannt. Schon unter Präsident Obama wurden jene aus dem Apparat, die Geheimnisse verrieten, mit großer Härte verfolgt, wobei Obama am Ende immerhin Manning begnadigte. Dem WikiLeaks-Gründer Julian Assange dagegen widerfuhr keine Milde. [...] Diese unverhältnismäßige Härte sollte zweifellos so zu verstehen sein, dass Aufklärer Staatsfeinde sind.

Ein bleibender Angriff auf das Recht ist es auch, für Gefangene im Krieg gegen den Terror die ordentlichen Gerichte auszuschalten. Ramsi bin al-Schibb und seine mutmaßlichen Komplizen warten in Guantánamo noch immer auf ihren Prozess, weil das Vorverfahren nicht vorankommt. Es liegt an den Problemen mit dieser eigens geschaffenen Form der Militärgerichtsbarkeit, deren Abläufe nicht erprobt und völlig strittig sind. Es liegt an Problemen rund um die Geheimhaltung von Beweisen. Erschwert wird das Verfahren auch durch die Traumatisierung der Gefangenen, denen von der CIA Aussagen unter Folter abgepresst wurden.

Manche Juristen in Guantánamo sagen voraus, dass es nie zum eigentlichen Prozess kommen wird. Es wäre dann eine Art Patt: Die Verdächtigen würden dann zwar nie zum Tode verurteilt, blieben aber dauerhaft inhaftiert. Ewige Haft ohne Urteil – dass dies auch 20 Jahre nach den Anschlägen eine reale Möglichkeit ist, zeigt, wie nachhaltig der 11. September 2001 den Rechtsstaat verändert hat.

Nicolas Richter, „Ewiger Ausnahmezustand“, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. August 2021

Konkurrenz und Kontrolle: horizontale Gewaltenteilung

Das politische System der USA kennzeichnet auf einzel- wie gesamtstaatlicher Ebene eine horizontale Machtkontrolle. Legislative, Exekutive und Judikative konkurrieren und kontrollieren einander.

US-Präsident Joe Biden hält am 28. April 2021 seine erste Rede zur Lage der Nation vor dem gesamten US-Kongress, bestehend aus Senat und Repräsentantenhaus. Flankiert wird er dabei von Kamala Harris (l.), die in ihrer Funktion als Vizepräsidentin auch die Präsidentschaft des Senates übernimmt, und der Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi.



Der zentrale Unterschied zwischen dem US-amerikanischen (präsidentiellen) System der *checks and balances* und parlamentarischen Regierungssystemen wie dem der Bundesrepublik Deutschland liegt in der unterschiedlichen Beziehung zwischen Legislative und Exekutive begründet. Anders als der US-Präsident, der durch einen landesweiten Wahlakt persönlich gewählt wird und damit eine eigene Legitimation beanspruchen kann, wird die deutsche Kanzlerin oder der deutsche Kanzler mittelbar von der Mehrheit im Bundestag, dem deutschen Parlament, gewählt. Auch in der politischen Auseinandersetzung muss die Spitze der deutschen Exekutive darauf vertrauen können, dass ihre politischen Initiativen von ihrer Fraktion bzw. Koalition im Bundestag mitgetragen werden. Die Stabilität sowohl der Regierung, also der Exekutive, als auch jene der Parlamentsmehrheit, also der Legislative, hängt von einer engen und vertrauensvollen Kommunikationsbeziehung zwischen beiden ab. Diese „Gewaltenverschränkung“ charakterisiert parlamentarische Regierungssysteme.

Legislative und Exekutive sind im politischen System der USA nicht nur durch verschiedene Wahlakte stärker voneinander „getrennt“. Das System der *checks and balances* ist darüber hinaus dadurch gekennzeichnet, dass die politischen Gewalten miteinander konkurrieren und sich gegenseitig kontrollieren. Der US-amerikanische Kongress übernimmt somit nicht automatisch die politische Agenda der Exekutive/des Präsidenten, selbst wenn im Fall des *unified government* das Weiße Haus (Sitz des Präsidenten) und *Capitol Hill* (Sitz des Kongresses) von der gleichen Partei „regiert“ werden. Noch weniger ist dies der Fall, wenn bei einem *divided government* Präsident und Kongress von unterschiedlichen Parteien „kontrolliert“ werden.

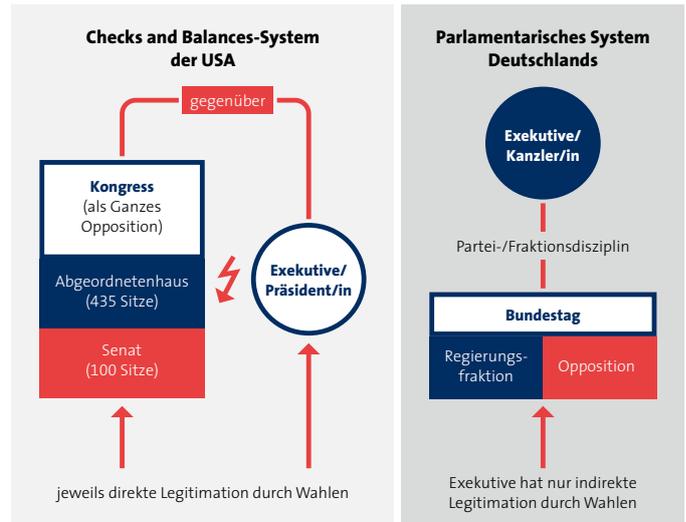
Während im US-System die Legislative als Ganzes mit der Exekutive um Machtbefugnisse konkurriert, ist „Opposition“ im parlamentarischen System auf die Minderheit im Parlament beschränkt, die nicht die Regierung trägt. Insbesondere für die Regierungspartei/-koalition sind Partei- bzw. Fraktionsdisziplin grundlegend erforderlich, um die Funktionsfähigkeit der eigenen Regierung, ja des parlamentarischen Regierungssystems insgesamt zu gewährleisten. Da Exekutive und Parlamentsmehrheit in einer politischen Schicksalsgemeinschaft verbunden sind, haben einzelne Abgeordnete ein Eigeninte-

Strukturmerkmale parlamentarischer und präsidentieller Regierungssysteme

Merkmal	parlamentarisch (z. B. Deutschland)	präsidentiell (z. B. USA)
Legitimation	nur Parlament direkt gewählt	Präsident und Parlament mit jeweils eigener Legitimation
Organisation der Gewaltenkontrolle	Gewaltenverschränkung	Trennung von Regierung und Parlament
politische Abberufbarkeit der Regierung	ja	nein (nur verfassungsrechtlich, impeachment)
Parlamentsauflösungsrecht der Exekutive	ja	nein
Regierungsamt und Parlamentsmandat	vereinbar	unvereinbar
Partei- und Fraktionsdisziplin	stark	schwach

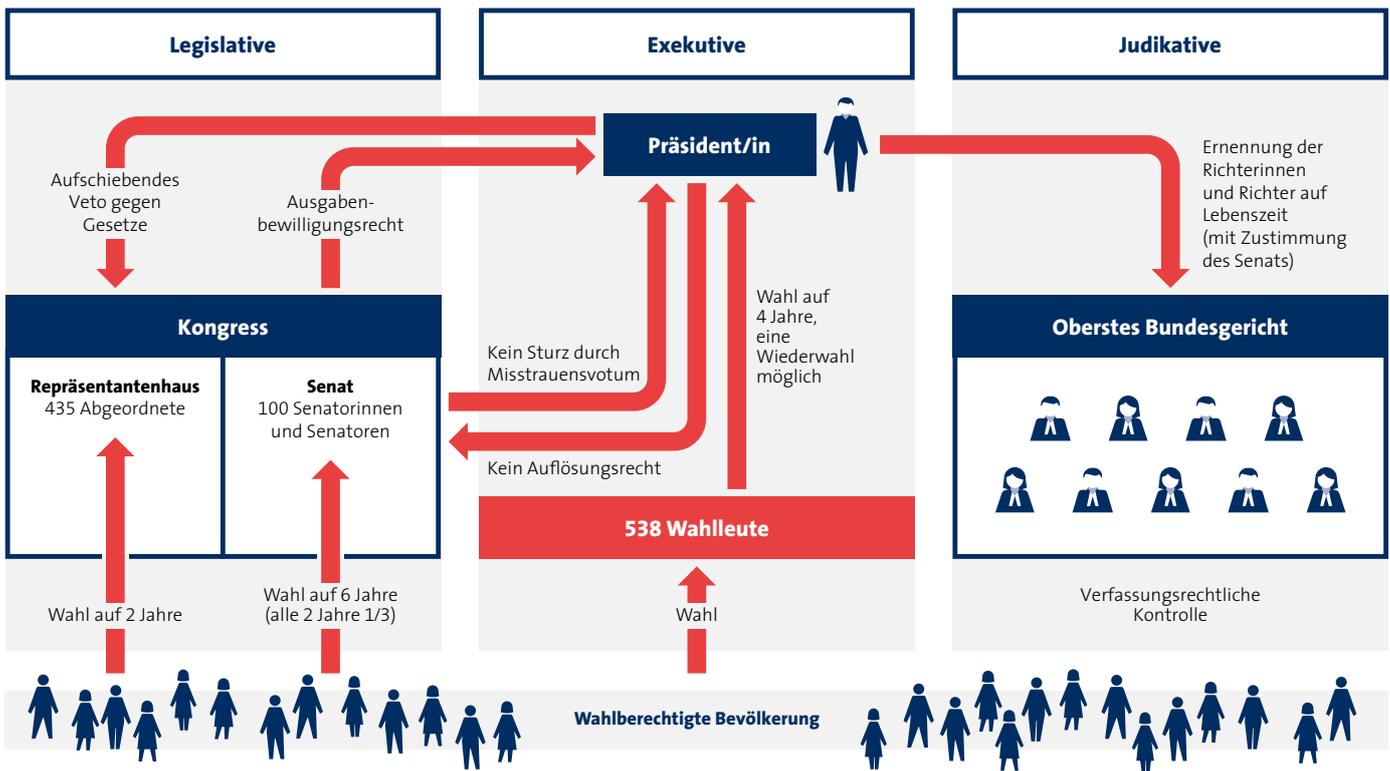
Zusammenstellung nach Walter Bagehot, The English Constitution, Ithaca (1867) 1966; Ernst Fraenkel, Das amerikanische Regierungssystem, Köln/Opladen 1960; Winfried Steffani, Parlamentarische und präsidentielle Demokratie: Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien, Opladen 1979

Vergleich unterschiedlicher politischer Systeme



Josef Braml

Das Verfassungssystem der USA



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 854 511

resse, bei wichtigen Abstimmungen nicht von der Parteilinie abzuweichen und sich der Fraktionsdisziplin zu fügen. Wahlverfahren, Parteienfinanzierung, Kandidatenrekutierung und die hohe Arbeitsteilung im Parlament geben weitere Anreize für parteidiszipliniertes Verhalten.

Dagegen ist in den USA die politische Zukunft einzelner Abgeordneter bzw. Senatorinnen und Senatoren weitgehend unabhängig von der des Präsidenten; ihre (Wieder-)Wahlchancen hängen vorrangig vom Rückhalt im eigenen Wahlkreis bzw. Einzelstaat ab. Aufgrund des Wahlsystems und der

Politikfinanzierung sind sie als „politische Einzelunternehmer“ (*political entrepreneurs*) in den USA primär selbst für ihre Wiederwahl verantwortlich und haften gegebenenfalls auch persönlich für ihr Abstimmungsverhalten im Kongress, weil sie gegenüber Interessengruppen und Wählerschaft nicht die Notwendigkeit zur Befolgung einer Parteidisziplin geltend machen können. Den US-Parteien fehlen in der legislativen Auseinandersetzung Ressourcen und Sanktionsmechanismen, um den Gesetzgebungsprozess im Sinne einer Parteidisziplin zu gestalten.

Power of the purse: die Legislative

Die Legislative und ihre Befugnisse sind in der US-Verfassung – noch vor dem Präsidenten und dessen Aufgaben – an erster Stelle angeführt. Artikel I, Absatz 1 bestimmt: „Die gesetzgebende Gewalt ruht im Kongress der Vereinigten Staaten, der aus einem Senat und einem Abgeordnetenhaus besteht.“ Im Sinne der Verfassungsväter, dargelegt 1788 von James Madison in den *Federalist Papers*, Nr. 63, galt die Senatskammer seinerzeit schon als „gemäßigte und angesehene Körperschaft von Bürgern“ (*temperate and respectable body of citizens*), die die Verfassungsväter als nötig ansahen, um etwaige von ihnen befürchteten „regelwidrige Leidenschaften“ (*irregular passions*) der Abgeordneten der zweiten Kammer zu zügeln.

Senat und Repräsentantenhaus ...

Der Statusunterschied zwischen beiden ist enorm: Ein Senator vertritt einen ganzen Bundesstaat, sein Bekanntheitsgrad ist dementsprechend viel größer. Seine längere Amtszeit von sechs Jahren und Exklusivrechte in der Gesetzgebung (zum Beispiel die Blockademöglichkeit des *filibuster* (siehe S. 19)), mithilfe derer er den ganzen Gesetzgebungsprozess aufhalten kann, verleihen ihm ein größeres Machtpotenzial.

Dagegen repräsentiert ein Abgeordneter nur eine sehr viel kleinere Teileinheit eines Bundesstaates; er muss sich alle zwei Jahre zur Wahl stellen und ist über seinen Wahlkreis hinaus nur wenigen bekannt, es sei denn, er hat eine Führungsposition inne. Mehr noch als im Abgeordnetenhaus in der Hierarchie aufzusteigen, träumen die meisten Abgeordneten insgeheim davon, irgendwann auch einmal Senator zu werden. Hingegen gab es in der Parlamentsgeschichte der USA noch keinen Senator, der nach seinem Ausscheiden aus dem „Oberhaus“ (Senat) für das „Unterhaus“ (Repräsentanten-/Abgeordnetenhaus) kandidierte.

Ihre unterschiedlichen konstitutionellen Eigenschaften begünstigen die Konkurrenz zwischen den beiden Kammern und bedingen damit eine weitere Form der Gewaltenkontrolle. Ein langjähriger Insider bringt die Rivalität zwischen Repräsentantenhaus (*House of Representatives*) und Senat (*Senate*) auf den Punkt: Für Christopher Matthews, den ehemaligen Stabschef des langjährigen Sprechers des Abgeordnetenhauses, Tip O’Neill, existiert eine Art unsichtbare Trennwand zwischen beiden Kammern. Senatorinnen und Senatoren könnten Jahre auf dem Kapitol-Hügel zubringen, ohne je die andere Seite des Kapitols betreten zu haben – wenn es nicht die Reden des Präsidenten zur Lage der Nation (*State of the Union*) gäbe, zu der sich Senatorinnen und Senatoren und Abgeordnete im Plenum des größeren Abgeordnetenhauses versammeln. Es gäbe keinen anderen wirklich wichtigen Grund, als Senator hinüber zum Abgeordnetenhaus zu gehen. Andererseits würde es ein Abgeordneter aus Angst vor einer Demütigung nie wagen, die ehrwürdigen Hallen des Senats zu betreten.

Doch die Verfassung zwingt beide zur Zusammenarbeit. Damit eine Gesetzesvorlage (*bill*) dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt werden kann, muss sie in beiden Kammern in identischer Form verabschiedet werden. Der dafür notwendige intensive Austausch findet häufig über den Mitarbeiterstab (*congressional staff*) der Senatorinnen und Senatoren sowie Abgeordneten statt; in vielen Fällen auch erst später, in einem ad hoc für eine bestimmte Gesetzesvorlage einberufenen Gremium: Im Vermittlungsausschuss (*conference committee*) verhandeln dann die von den Parteiführungen beider Kammern bestimmten Vertreterinnen und Vertreter in kleinerer Runde, um einen Kompromiss zu finden.

Die permanenten Hauptausschüsse im Kongress

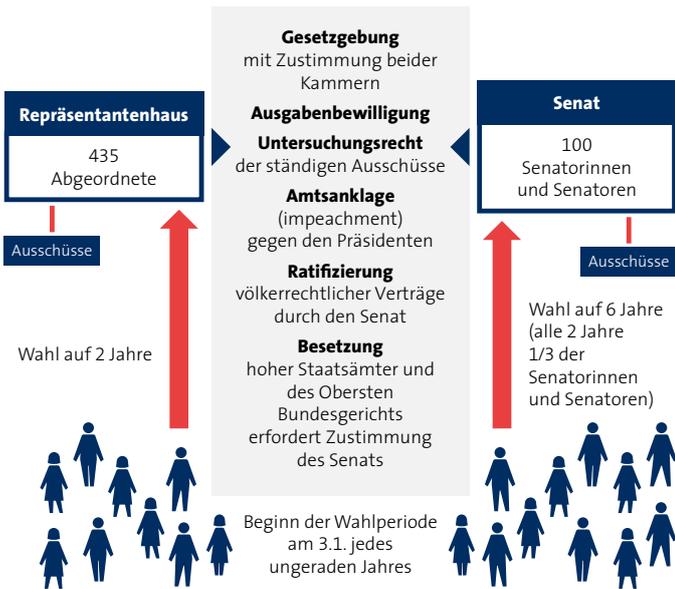
Ausschüsse und ihre Vorsitzenden (chairmen) spielen eine wichtige Rolle in der Gesetzgebung der USA. Ausschüsse (committees) und deren Unterausschüsse (subcommittees) entlasten die Plenararbeit: Die meisten Gesetzesinitiativen bleiben bereits in einem der zahlreichen committees oder subcommittees hängen. Nur wenige Vorlagen schaffen es – meist nachdem sie durch Änderungsanträge (amendments) maßgeblich verändert wurden – ins Plenum der jeweiligen Kammer, das heißt auf den House Floor oder den Senate Floor zur Abstimmung.

House	Senate
Ständige Ausschüsse	
Agriculture	Agriculture, Nutrition, and Forestry
Appropriations	Appropriations
Armed Services	Armed Services
Budget	Budget
Education and Labor	Banking, Housing, and Urban Affairs
Energy and Commerce	Budget
Ethics	Commerce, Science, and Transportation
Financial Services	Energy and Natural Resources
Foreign Affairs	Environment and Public Works
Homeland Security	Finance
House Administration	Foreign Relations
Judiciary	Health, Education, Labor, and Pensions
Natural Resources	Homeland Security and Governmental Affairs
Oversight and Reform	Indian Affairs
Rules	Judiciary
Science, Space, and Technology	Rules and Administration
Small Business	Small Business and Entrepreneurship
Transportation and Infrastructure	Veterans' Affairs
Veterans' Affairs	
Ways and Means	
Sonder-, Untersuchungs- und andere Ausschüsse	
House Permanent Select Committee on Intelligence	
Select Committee on Economic Disparity and Fairness in Growth	Aging (Special)
Select Committee on the Climate Crisis	Ethics (Select)
Select Committee on the Modernization of Congress	Indian Affairs
Select Committee to Investigate the January 6th Attack on the United States Capitol	Intelligence (Select)
gemeinsame Ausschüsse	
Joint Committee on Printing	
Joint Committee on Taxation	
Joint Committee on the Library	
Joint Economic Committee	

www.house.gov/committees
www.senate.gov/committees

Der Kongress

Aufgaben und Befugnisse



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 854 525

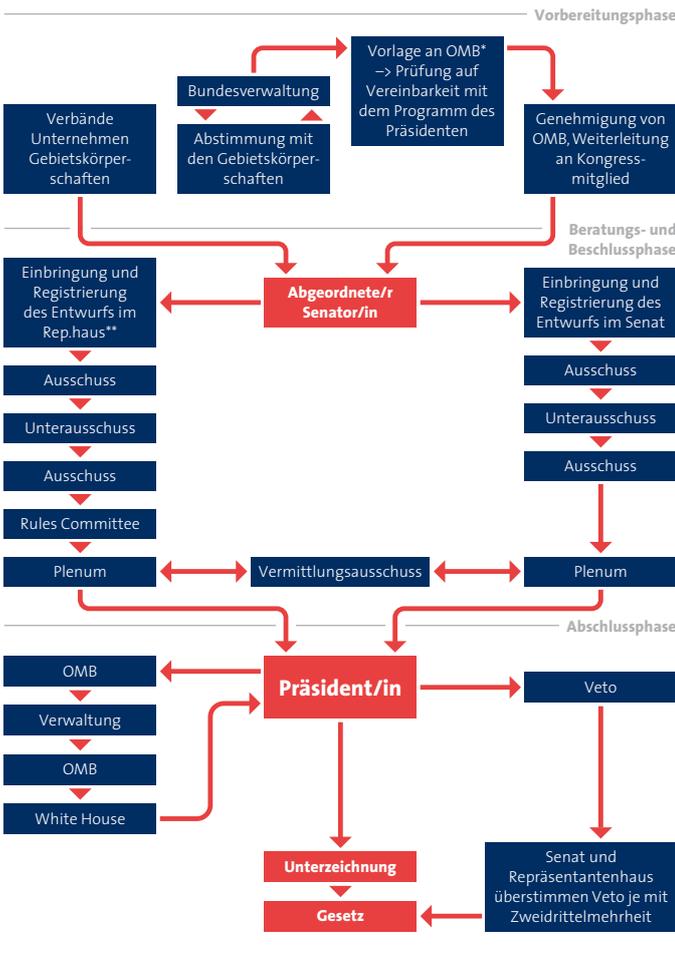
... bilden den Kongress

Der Kongress ist das zentrale Verfassungsorgan bei der Gesetzgebung – auch wenn die beiden anderen politischen Gewalten mitwirken: der *Supreme Court* durch die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und der Präsident durch sein Vetorecht. Der Präsident hat zwar selbst kein Initiativrecht und kann nur mittelbar über gleichgesinnte Abgeordnete sowie Senatorinnen und Senatoren Gesetzesvorlagen auf den Weg bringen. Er hat jedoch das „letzte“ Wort: Damit eine Vorlage (*bill*) zum Gesetz (*law*) wird, ist diese von ihm zu unterzeichnen. Er kann auch auf den laufenden Gesetzgebungsprozess Einfluss nehmen, indem er sein suspensives (aufschiebendes) Veto ausspricht oder damit droht. Denn sein Einspruch kann nur von jeweils einer Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern des Kongresses überstimmt werden – was sehr selten möglich ist.

Hingegen hat auch die Legislative Möglichkeiten, die ausführende Gewalt zu kontrollieren, sprich *oversight* auszuüben: Bei schweren Verfehlungen, sogenannten *high crimes and misdemeanors*, kann der Senat (nach Aufnahme eines Verfahrens durch das Abgeordnetenhaus) sogar den Präsidenten seines Amtes entheben (*impeachment*). Völkerrechtlich bindende Vertragsunterzeichnungen des Präsidenten gelten erst, wenn sie vom Senat ratifiziert worden sind. Der Senat muss ferner präsidentiellen Personalernennungen für höhere Ämter wie Richter, Botschafter, Minister und weitere Spitzenbeamte zustimmen.

Zwar kann der Präsident den Rat und die Zustimmung (*advice and consent*) des Senats umgehen, indem er Kandidierende außerhalb der Sitzungsperiode, das heißt über ein *recess appointment*, ernennt. Doch deren Amtszeiten enden dann mit der jeweiligen Legislaturperiode, und sie bekommen bei ihrer Amtsausübung den Unmut der Senatorinnen und Senatoren zu spüren. Denn das wirksamste politische Kontrollmittel ist die Macht der Geldbörse (*power of the purse*), das heißt, der Kongress muss bzw. darf die Haushaltsmittel insbesondere

Der Gesetzgebungsprozess



* OMB = Office of Management and Budget

** Gesetzesentwürfe werden entweder in beiden Kammern gleichzeitig eingebracht oder nach Verabschiedung im Plenum der einen Kammer in die andere verwiesen.

Christoph M. Haas, Winfried Steffani und Wolfgang Welz, Der Gesetzgebungsprozess, in: Wolfgang Jäger, Christoph M. Haas und Wolfgang Welz (Hg.), Regierungssystem der USA, 3. Aufl., De Gruyter Oldenbourg Verlag Berlin/München/Wien 2007, S. 185–204, hier S. 188

Donald Trump ist in der US-amerikanischen Geschichte der erste Präsident, gegen den zwei Amtsenthebungsverfahren liefen. Im Vorfeld des 1. Verfahrens werden am 9. Dezember 2019 Daniel Goldman, der Leiter der Ermittlungen für die Demokraten im Geheimdienstauschuss des Repräsentantenhauses (I), und Steve Castor, Anwalt der Republikaner, vor einer Anhörung beim Justizausschuss des Hauses in Washington, D.C., eingeschworen.



Kongressmitarbeiter und externe Expertise

Die Arbeit der Abgeordneten und Senatoren wäre ohne das Zutun ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (*congressional staff*) nicht denkbar. Für einen Abgeordneten arbeiten im Schnitt 15 bis 20 Mitarbeiter; manche Senatoren haben gar einen Stab von über 100 Fachkräften. Insbesondere die *staffer* im Senat verfügen über enorme informelle Machtbefugnisse. Sie wurden von dem Politikwissenschaftler Michael J. Malbin 1980 deshalb auch schon als „Volksvertreter ohne Mandat“ (*unelected representatives*) bezeichnet. Abgeordnete und Senatoren beschäftigen Personal in ihrem Wahlkreis und in Washington. Doch selbst in ihren Parlamentsbüros sind neben der legislativen Arbeit viele Helferinnen und Helfer in der Wahlkreisarbeit (*case work*) tätig.

Case Worker: Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihrem Senator oder Abgeordneten, dass er sich auch um ihre persönlichen Anliegen kümmert. Die für die *case work* eingeteilten Mitarbeiter helfen etwa bei Problemen mit Rentenbescheiden, Krankenversicherungen, Studienplätzen oder Steuerangelegenheiten.

Legislative Staff: Die legislativen Mitarbeiter bereiten ihren Abgeordneten oder Senator inhaltlich auf Ausschuss- oder Plenumsitzungen vor, schreiben Reden und Pressemitteilungen, verfassen Vorlagen und Änderungsanträge im Gesetzgebungsprozess, bereiten Statements und Fragen für öffentliche Anhörungen vor. Um die Interessenlage vor wichtigen Abstimmungen einschätzen zu können, treffen sie sich mit Regierungsvertretern, Unternehmern, Lobbyisten und Repräsentanten zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Professional Staff: Die Vorsitzenden der Ausschüsse und Unterausschüsse, die von der Regierungspartei bestimmt werden,

sowie deren Stellvertreter (*ranking members*) von der Minderheitspartei verfügen darüber hinaus über erfahrene, meist ältere Fachleute, die sogenannten *professional staffer*, die die inhaltliche Arbeit in den Ausschüssen koordinieren sowie externe Sachverständige, Interessengruppen und Regierungsvertreter zu den öffentlichen Anhörungen (*hearings*) einladen.

Wissenschaftliche Dienste: Um sich gegen die umfangreiche Expertise des Weißen Hauses und der Regierungsbürokratie zu rüsten, können Senatoren, Abgeordnete und deren Mitarbeiterstab auf sehr professionelle wissenschaftliche Hilfsdienste wie den *Congressional Research Service* (CRS), das *Government Accountability Office* (GAO), eine Art Rechnungshof des Kongresses, oder in Haushaltsfragen auf das *Congressional Budget Office* (CBO) zugreifen.

Externe Ideen- und Personalagenturen: Schließlich leisten auch Expertinnen und Experten politikorientierter Forschungsinstitute, sogenannter Think Tanks, und Professoren an Universitäten Politikberatung. Insbesondere die vom amerikanischen Politikwissenschaftler Kent Weaver so genannten advokatischen Think Tanks (*advocacy tanks*), die Partei für bestimmte Partikularinteressen oder ein politisches Lager ergreifen, kultivieren seit den 1980er-Jahren intensive Personalkontakte mit Kongressmitgliedern, pflegen gar eine Personaldatenbank und leisten tatkräftige Unterstützung bei der Rekrutierung. Viele Think Tanker haben praktische Erfahrung im Kongress gesammelt; umgekehrt arbeiten auf dem *Capitol Hill* zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zuvor in einem Think Tank beschäftigt waren.

Josef Braml



picture alliance / Jürgen Schwenzenbecher
Jürgen Schwenzenbecher



picture alliance / Jürgen Schwenzenbecher
Jürgen Schwenzenbecher

Zwei der wichtigsten US-Institutionen mit Sitz in Washington, D.C.: Das Kapitol (oben) ist Sitz des US-Kongresses. Im Südflügel tagt das Repräsentantenhaus (im Foto rechts), im Nordflügel ist der Senat untergebracht. Das Weiße Haus (unten) ist seit 1800 Amts- und Regierungssitz des US-Präsidenten. Im Westflügel, dem sogenannten West Wing, befinden sich sein Büro, das Oval Office, und seine Privaträume.

auch jene für Exekutivorgane bewilligen. Nicht nur bei der alljährlichen Haushaltsbewilligung, sondern ebenso bei budgetrelevanten Gesetzen geht es auch um die institutionelle Kraftprobe zwischen dem Weißen Haus und *Capitol Hill*, dem Sitz des Parlaments.

Die unterschiedlichen Wahlzyklen des Präsidenten und des Kongresses ermöglichen unter Umständen eine weitere Facette der Machtkontrolle, nämlich eine „geteilte Regierung“. Die Regierungskonstellation des *divided government* liegt dann vor, wenn die Partei, die den Amtsinhaber im Weißen Haus stellt, nicht über Mehrheiten im Kongress verfügt. Während der Präsident im Falle eines *unified government* (Amtsinhaber und Kongressmehrheit gehören derselben Partei an) im Sprecher des Abgeordnetenhauses (*speaker of the house*) einen Verbündeten hat, der ihm hilft, Mehrheiten für seine politischen Initiativen zu organisieren, ist dieser im Falle des *divided government* sein schärfster Widersacher.

Zwar verfügt der Sprecher des Abgeordnetenhauses wegen der fehlenden Partei- und Fraktionsdisziplin nicht über die

Die Demokratin Nancy Pelosi leistet am 3. Januar 2021 ihren Amtseid als Sprecherin des 117. Repräsentantenhauses vor dessen Mitgliedern. Zuvor war Pelosi bereits die Sprecherin des 116. Repräsentantenhauses gewesen.



enormen Sanktionsmittel, die ein Fraktionschef in einem parlamentarischen Regierungssystem wie in Deutschland hat. Der US-Präsident kann sich mit entsprechenden Hilfen für die Wahlkreise oder Einzelstaaten der unworbenen Abgeordneten bzw. Senatorinnen und Senatoren sogar Kongressmitglieder der anderen Partei „kaufen“.

Doch hat auch der *speaker* Mittel zur Verfügung, um die Mehrheit seiner Parteifreunde auf Linie zu halten: Er kann die für Interessengruppen und deren Zuwendungen besonders attraktiven Vorsitzenden von Ausschüssen und Unterausschüssen bestimmen, er kann über einen Verfahrensausschuss, das *rules committee*, regeln, ob und in welchen Ausschüssen bzw. Unterausschüssen ein Gesetz behandelt wird, und er kann festlegen, inwieweit Änderungsanträge (*amendments*) zulässig sind und welche Prozeduren dabei zu erfolgen haben. Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses gibt dem Sprecher also wirksame Machtinstrumente an die Hand.

Erheblich schwieriger ist es, den Senat zu führen. In dieser Kammer kann ein einziger Senator mit Dauerreden, einem sogenannten *filibuster*, den Geschäftsbetrieb aufhalten – solange ihm nicht eine qualifizierte Dreifünftelmehrheit von mindestens 60 Senatorinnen und Senatoren den Mund verbietet. „*To invoke cloture*“ lautet das Manöver, um ein *filibuster* abzuwenden. Seitdem die Demokraten im November 2013 mit ihrer einfachen Mehrheit kurzerhand die Geschäftsordnung des Senats veränderten – sich für die von den Repu-

blikanern wegen der weitreichenden Konsequenzen für die zukünftige Kooperation so genannte „nukleare Option“ entschieden –, können Blockademanöver bei Personalbenennungen nunmehr bereits mit einer einfachen Mehrheit aufgehoben werden. Im April 2017 nutzten die Republikaner dann wiederum ihre Senatsmehrheit, um die Kontrollmöglichkeit des *filibuster* auch bei Nominierungen für das Oberste Gericht auszuhebeln.

Ausgenommen bleibt jedoch das normale Gesetzgebungsverfahren. Hier sind weiterhin 60 Stimmen nötig, um eine Blockade aufzuheben. Deshalb gilt es im Senat, Anreize zu geben, um möglichst alle 100 Senatorinnen und Senatoren zufriedenzustellen. Die Ausübung von Druck würde hingegen wenig bewirken.

Der Präsident kann also wenig Macht auf die Senatorinnen und Senatoren ausüben, von denen nicht wenige eine Kandidatur für das Präsidentenamt erwägen. Der amtierende Präsident Joe Biden war selbst langjähriger Senator, bevor er nach mehreren Anläufen erfolgreich für die Präsidentschaft kandidierte. Anders als die Legislative in parlamentarischen Regierungssystemen hat der Kongress im politischen System der Vereinigten Staaten allgemein eine sehr starke, institutionell fundierte Machtstellung gegenüber der Exekutive – insbesondere auch durch seine Aufsicht (*oversight*) und Organisationsgewalt gegenüber der Administration, also dem Verwaltungsapparat des Präsidenten.

Zwischen Legislative und Exekutive: die Verwaltung

Im Kontrast zur überschaubaren und hierarchisch organisierten deutschen Ministerialbürokratie erscheint die US-Behördenstruktur als unübersichtlicher Wildwuchs von Organisationseinheiten. Während der deutsche Kanzler an der Spitze des Kabinetts steht, ihm damit auch die Ministerien und deren Bürokratie untergeordnet sind, hat der US-Präsident viel größere Schwierigkeiten, seine Exekutive zu leiten. Enorme Anstrengungen, um die eigene Linie in einem Interessengeflecht rivalisierender Ministerien und Regierungsstellen durchzusetzen, gehören zum mühsamen Tagesgeschäft des sogenannten Chefs der Bundesverwaltung.

Kompetenzgerangel und Reformversuche

Die einzelnen Behörden wurden oftmals ad hoc, aus politischen Anlässen oder zur Krisenbewältigung gegründet und nicht etwa in das bestehende Organigramm eingegliedert, sondern hinzugefügt. Die daraus entstandene fragmentierte Struktur ist gewollt, denn sie bietet Außenstehenden, nicht zuletzt auch den Kongressausschüssen, vielfältige Möglichkeiten der Einflussnahme.

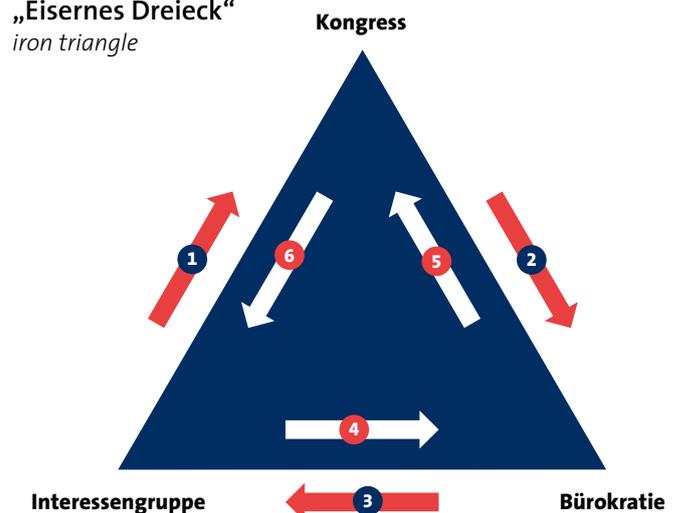
Die US-Verwaltung ist geprägt durch intensives Kompetenzgerangel zwischen Exekutive und Legislative, wenn es darum geht, wichtige Positionen zu besetzen, die Behörden finanziell auszustatten sowie deren Aufgaben vorzugeben bzw. zu kontrollieren. Zwar liegt die exekutive Gewalt beim Präsidenten. Laut Verfassung (Artikel III, Absatz 1) muss er dafür sorgen, dass die Gesetze „gewissenhaft“ vollzogen werden. Er kann zudem unter anderem die Führungsspitzen der Ministerien (*departments*) und Bundesbehörden (*federal agencies*) nominieren.

Doch müssen diese von der Legislative, namentlich vom Senat, gebilligt werden. Dem Kongress obliegt auch die Organisationsgewalt, sprich die Befugnis, die Bundesbehörden zu errichten und zu finanzieren. Die *power of the purse* führt seit jeher zu (informellen) Absprachen zwischen den Geldgebern im Kongress und den Empfängern in der Verwaltung. Insbesondere die für die Finanzierung verantwortlichen Abgeordneten bzw. Senatorinnen und Senatoren zuständiger Kongressausschüsse bewachen mit Argusaugen ihre Einflussbereiche, die auch helfen, ihre Wiederwahl zu sichern. Denn ihr politisches Schicksal hängt letztlich davon ab, wie sehr sie die Partikularinteressen in ihren Wahlkreisen bzw. Einzelstaaten bedienen können, und insbesondere jene der ihnen nahestehenden Interessengruppen, die ihre immer teurer werdenden Wahlkämpfe finanzieren.

Mittlerweile haben sich zu den Vertretern von Partikularinteressen, Kongressausschüssen und der Exekutive auch noch Experten von Think Tanks, das heißt politikorientierte und häufig auch interessengebundene Forschungsinstitute, Universitäten und Journalisten gesellt. Ihre etwas lockeren themenspezifischen Verbindungen wurden 1978 vom US-amerikanischen Politikwissenschaftler Hugh Hecló „*issue networks*“ genannt: Mittels dieser „Themennetzwerke“ versuchen sie mit vereinten Kräften bestimmte Interessen und politische Ideen durchzusetzen, weshalb sie vom US-Politikwissenschaftler Paul Sabatier 1993 als „Tendenzkoalitionen“ (*advocacy coalitions*) bezeichnet wurden.

Aufgrund dieser Interessensgeflechte sind bislang alle Vorhaben misslungen, den Verwaltungsapparat merklich zu verkleinern. So scheiterte Anfang der 1970er-Jahre Präsident

„Eisernes Dreieck“
iron triangle



- 1 Wahlkampffinanzierung und Information
- 2 Finanzierung und politische Unterstützung
- 3 Regierungsaufträge und lockere Regulierung/Deregulierung
- 4 Lobbyarbeit, um Unterstützung des Kongresses zu mobilisieren
- 5 Wohltaten für Wahlkreise und Einzelstaaten
- 6 Zugang und wohlwollende Gesetzgebung/Aufsicht

Quelle: Gordon Adams, *The Iron Triangle: The Politics of Defense Contracting*, Council on Economic Priorities, New York 1981

Richard Nixon (1969–1974) mit seinem Versuch, durch einen radikalen Umbau „anti-präsidentiale Nischen“ in der Exekutive zu eliminieren. Mit seinem Dezentralisierungsprogramm des „*New Federalism*“ wollte eine Dekade später Präsident Ronald Reagan (1981–1989) das „*big government*“ in Washington verkleinern – ohne nachhaltigen Erfolg.

Auch Joe Biden war bereits als Präsident Barack Obamas Vize bemüht, den Regierungsapparat schlanker und effizienter zu machen. Im Januar 2012 ersuchte Präsident Obama den Kongress, die handelspolitischen Aufgaben von sechs Regierungseinheiten, darunter des Handelsministeriums und des Büros des Handelsbeauftragten, in einer neuen Behörde zusammenzufassen. Doch die symbiotischen Dreiecksbeziehungen, das „eiserne Dreieck“, zwischen den betroffenen Einheiten der Exekutive, der Wirtschafts- und Handelslobby und den federführenden Ausschüssen im Kongress, haben auch Obamas ehrgeizige Neuorganisation vereitelt.

Besonders zielstrebig ging der ehemalige Leiter der rechts-populistischen Website *Breitbart News* Stephen „Steve“ Bannon während seiner Zeit als Donald Trumps Chefstrategie von Januar bis August 2017 vor. Zuvor hatte er bereits den „Rückbau des Verwaltungsstaates“ (*deconstruction of the administrative state*) angekündigt. Dazu wurde vom Weißen Haus so etwas wie ein Schattenkabinett eingerichtet und vertraute Mitarbeiter wurden eingesetzt, die auf höchster Ebene in die Arbeitsabläufe der Ministerien eingebunden waren. Sie waren aber nicht dem jeweiligen Minister, sondern nur einem Aufsichtsadministrator weisungsgebunden, zunächst dem damaligen stellvertretenden Stabschef im Weißen Haus, Rick Dearborn.

Der Präsident und sein Stab

Dass Trumps Regierungsmaschine nicht reibungs- und geräuschlos lief, belegte Bob Woodward in seinem Buch „*Fear*“ (deutsch: *Furcht: Trump im Weißen Haus*, 2018): Demnach arbeiteten selbst hochrangige Kabinettsangehörige, etwa der damalige Stabschef im Weißen Haus, John Kelly, sowie Verteidigungsminister James Mattis, gegen die „Neigungen“ des

Präsidenten, um Schlimmeres zu verhüten. Trump sah sich von vermeintlichen „Verrätern“ und „Spionen“ umgeben. Ende Mai 2018 verlangte er vom Justizministerium eine Untersuchung, ob der Geheimdienst FBI oder das Ministerium selbst sein Wahlkampfteam „aus politischen Gründen infiltriert oder überwacht“ hätten.

Trumps Misstrauen wurde noch größer, als ein Unbekannter – unter dem Pseudonym „Anonymous“ – in einem Gastbeitrag in der *New York Times* am 5. September 2018 schrieb: „Ich bin Teil des Widerstands innerhalb der Regierung Trump. Ich arbeite für den Präsidenten, aber gleichgesinnte Kollegen und ich haben gelobt, Teile seiner Agenda und seine schlimmsten Neigungen zu vereiteln.“

Schnell war bei Trumps Anhängern von einer Verschwörung die Rede – Mutmaßungen, die Trump selbst öffentlichkeitswirksam beförderte. Er sprach den eigenen Geheimdiensten öffentlich sein Misstrauen aus, bezeichnete sie als „*deep state*“, als unkontrollierten Staat im Staate mit der Absicht, ihm das Handwerk zu legen, weil er zum Wohle seiner Bewegung gegen das Washingtoner Establishment und die Bürokratie vorgehe.

Jeder Präsident, nicht nur der durch seine Verhaltensweisen besonders auffällige Donald Trump, war bislang gut beraten, einen eigenen, nur ihm gegenüber loyalen Beraterstab um sich

zu scharen. Denn nur so konnte er in einem institutionell angelegten Geflecht widerstreitender Interessen seine politische Linie durchsetzen – nicht zuletzt auch gegenüber der Verwaltung „seiner“ Exekutive. Denn die Auseinandersetzungen in den Reihen der Exekutive sind nicht minder heftig. Auf der einen Seite versuchen die „Männer und Frauen des Präsidenten“, das *presidential government*, die Politikinitiativen des Weißen Hauses voranzutreiben. Auf der anderen Seite bremst sie das *permanent government* immer wieder aus.

Die relativ autonomen Ministerien und Behörden versuchen unabhängig vom jeweiligen Präsidenten und von der jeweiligen parteipolitischen Konstellation ihre eigenen institutionellen Besitzstände zu wahren. Dabei berücksichtigen sie die Absichten der ihnen nahestehenden Kongressausschüsse und die Anliegen der von ihnen repräsentierten Interessengruppen. Hinzu kommen noch jene unabhängigen Behörden (*independent agencies*), deren Leiter bzw. Leiterinnen der Präsident zwar nominieren kann, wofür er aber wiederum die Zustimmung des Senats benötigt. Die *independent regulatory agencies*, die häufig auch als *independent regulatory commissions* bezeichnet werden, sind überdies ausschließlich dem Kongress verantwortlich. Die meisten von ihnen werden massiv von Interessengruppen beeinflusst. Die von Regulierungen Betroffenen regulieren sich mehr oder weniger selbst. *Regulation by the*



Am 5. Oktober 2017 spricht Trump während eines Treffens hochrangiger Militärführer im Weißen Haus zur Presse und wird dabei von seinem Verteidigungsminister James Mattis (l.) und dem Stabschef des Weißen Hauses John Kelly (r.) flankiert.



Die *New York Times* veröffentlicht am 6. September 2018 den anonymen Gastbeitrag „The Quiet Resistance Inside the Trump Administration“ (dt.: Der stille Widerstand in der Trump-Regierung), der von einem geheimen Widerstand innerhalb der US-Regierung gegen den damaligen US-Präsidenten Donald Trump spricht. Ziel sei es gewesen, „Schlimmeres“ zu verhindern.

15 Ministerien

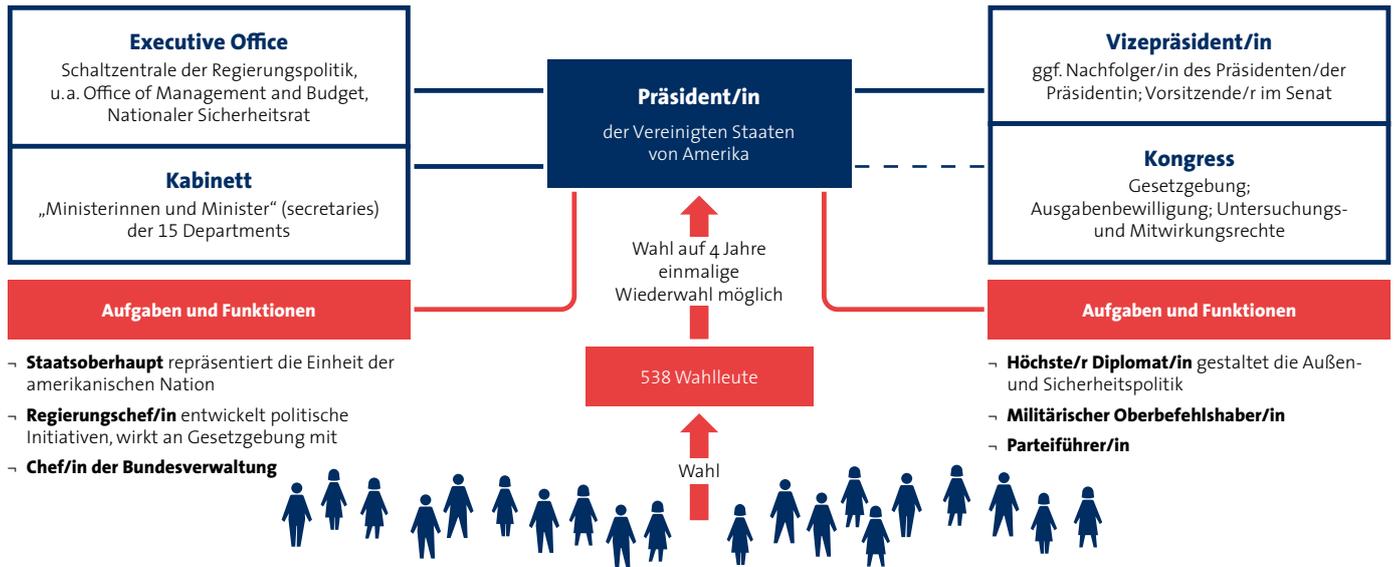
executive departments; Stand: November 2021

Im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland spielt im politischen System der USA das Kabinett keine wichtige Rolle. Die Minister heißen in den USA bezeichnerweise „Sekretäre“ (Secretaries) des Präsidenten, etwa der Außenminister Secretary of State. So gilt auch bei diesem prominenten Amt als grundlegendes Prinzip: Der Präsident ist der „Koch“, der Außenminister der „Kellner“. Die engsten persönlichen Berater des Präsidenten sind einflussreicher als seine Minister, die er oftmals auch aus wahltaktischen und politischen Erwägungen ernennen muss. In der Regel vertreten Minister auch die Interessen ihrer Häuser (departments), die wiederum von einflussreichen Senatoren oder Abgeordneten finanziell abhängig sind.

Department of Agriculture (Landwirtschaftsministerium)	www.usda.gov
Department of Commerce (Handelsministerium)	www.commerce.gov
Department of Defense (Verteidigungsministerium)	www.defense.gov
Department of Education (Bildungsministerium)	www.ed.gov
Department of Energy (Energieministerium)	www.energy.gov
Department of Health and Human Services (Gesundheitsministerium)	www.hhs.gov
Department of Homeland Security (Heimatschutzministerium)	www.dhs.gov
Department of Housing and Urban Development (Bauministerium)	www.hud.gov
Department of Justice (Justizministerium)	www.usdoj.gov
Department of Labor (Arbeitsministerium)	www.dol.gov
Department of State (Außenministerium)	www.state.gov
Department of the Interior (Innenministerium)	www.doi.gov
Department of the Treasury (Finanzministerium)	www.treasury.gov
Department of Transportation (Verkehrsministerium)	www.dot.gov
Department of Veterans Affairs (Kriegsveteranenministerium)	www.va.gov

www.whitehouse.gov/administration/cabinet/

Aufgaben und Funktionen des US-Präsidenten



© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 854 545

The President's Team

13 federal agencies des Executive Office of the President (Stand: November 2021)	
Council of Economic Advisers (Wirtschaftspolitik)	Office of Intergovernmental Affairs (innerstaatliche Angelegenheiten)
Council on Environmental Quality (Umweltschutzmaßnahmen)	Office of Management and Budget (Haushaltsaufstellung und Kontrolle)
Domestic Policy Council (Innenpolitik)	Office of National Drug Control Policy (Drogenkontrollpolitik)
Gender Policy Council (Gleichstellung der Geschlechter)	Office of Public Engagement (öffentliche Kommunikation)
National Economic Council (nationale Wirtschaftspolitik)	Office of Science and Technology Policy (Wissenschafts- und Technologiepolitik)
National Security Council (Außen- und Sicherheitspolitik)	Office of the United States Trade Representative (Handelspolitik)
	National Space Council (Nationaler Weltraumrat)

The White House, Website: www.whitehouse.gov/administration/executive-office-of-the-president

Impeachment

Amtsanklage gegen den US-Präsidenten

§

Verfassung der Vereinigten Staaten Artikel II, Abschnitt 4:

„Der Präsident, der Vizepräsident und alle Zivilbeamten der Vereinigten Staaten werden ihres Amtes enthoben, wenn sie wegen Verrats, Bestechung oder anderer Verbrechen und Vergehen unter Anklage gestellt und für schuldig befunden worden sind.“

Das Repräsentantenhaus

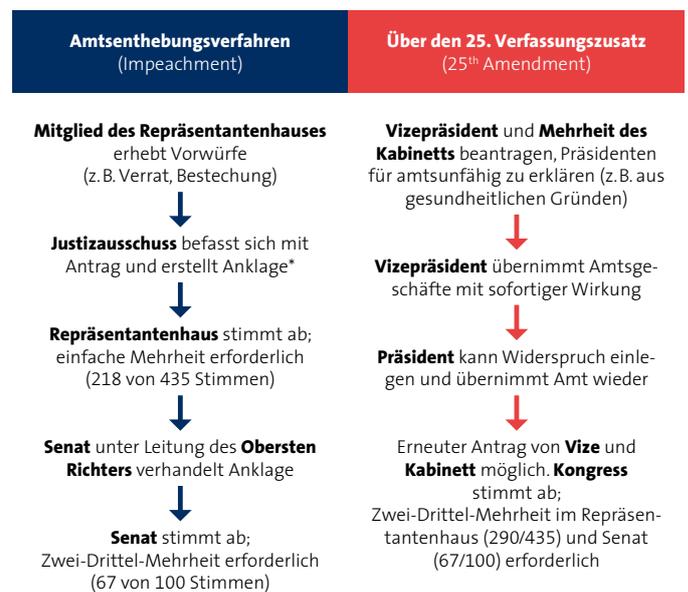
hat das alleinige Recht, Amtsanklage gegen den Präsidenten zu erheben. Es beschließt mit einfacher Mehrheit über die Einleitung eines Impeachment-Verfahrens.

Der Senat

ist zuständig für die Durchführung des Verfahrens. Bei einer Anklage gegen den Präsidenten tagt der Senat unter Vorsitz des Obersten Bundesrichters (Chief Justice). Für eine Verurteilung ist eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Senatoren erforderlich. Sie hat die sofortige Amtsenthebung zur Folge.

© Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 854 529

So können US-Präsidenten des Amtes enthoben werden



* kann auch direkt ins Repräsentantenhaus eingebracht werden

© picture alliance / dpa-infografik 101893; Quelle: US-Verfassung, dpa

regulated lautet das Prinzip, das dem Präsidenten kaum Einwirkungsmöglichkeiten lässt.

Die persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Präsidenten – die er ohne Zustimmung des Senats frei auswählen kann – sind seine engsten Vertrauten in den Machtkämpfen, die mit dem Begriff *bureaucratic politics* verharmlosend umschrieben werden. Die Getreuen und einflussreichsten Berater des Präsidenten sind im *White House Office* zu finden. Sie genießen auch ein „exekutives Privileg“ (*executive privilege*), das heißt, sie sind der Legislative keine Rechenschaft schuldig und dürfen vor Kongressausschüssen nicht verhört werden.

Die anderen, dem Präsidenten ebenso nahestehenden Leiterinnen und Leiter der Einheiten (*federal agencies*) des *Executive Office of the President* müssen jedoch vom Senat abgesegnet werden und auch nach ihrer Bestätigung der Legislative laufend Rede und Antwort stehen. Ebenso wie bei diesen Personalentscheidungen muss der Präsident auch bei der Besetzung der Ministerämter die Machtkalküle der „anderen politischen Gewalt“, sprich die Interessen des Kongresses, berücksichtigen.

Revolving Doors

Die große Fülle politischer Berufungen in die Ministerien und Behörden geht nicht nur auf Kosten des öffentlichen Dienstes (*civil service*); sie ist zeitraubend und erschwert nach Wahlen den Übergang von einer Regierungsmannschaft zur nächsten. Mit jedem neuen Präsidenten wechseln in den USA etwa 7000 Fachleute ihre Position: entweder von außen nach innen oder, im Falle der ausscheidenden Administration, von innen nach außen. In diesem Drehtürsystem der *revolving doors*, des ständigen *in-and-out*, spielen neben Interessengruppen auch Think Tanks eine wichtige Rolle als „Ideenagenturen“, so der Politologe Winand Gellner 1995.

Dementsprechend politisch ist das Selbstverständnis im Verwaltungsapparat. Während die meisten auf Lebenszeit dienenden deutschen Beamtinnen und Beamten sich für ihr Fortkommen nicht politisch engagieren müssen und sich auf ihre Aufgabenbereiche und nächste „Verwendung“ konzentrieren können, arbeitet die US-amerikanische Bürokratie im Zentrum der Auseinandersetzung um den politischen Machterhalt. Das Gros der oft nur für eine Amtszeit beschäftigten Verwaltungseliten beteiligt sich mehr oder weniger sichtbar an der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung.

Diese *policy maker* sind indes keine inkompetenten Partei-gänger, sondern ausgewiesene Expertinnen und Experten mit politischer Orientierung. Ihre Fachkenntnisse haben sie zumeist über mehrere Jahre in verschiedenen Arbeitsbereichen erworben, sei es in der Exekutive, der Legislative, einem Think Tank, einer Universität oder einem Privatunternehmen. Sie wechseln häufig ihre Arbeitgeber, bleiben aber ihrem Themenschwerpunkt (*issue*) treu. Damit sind sie auch in ihrem *issue network* gut vernetzt, was wiederum ihren nächsten Arbeitsplatz sichern hilft.

Diese „Wanderarbeiter“ haben mittlerweile die auf Lebenszeit Beschäftigten des *civil service* verdrängt. Zwar genießen auch einige US-amerikanische Staatsbedienstete noch Privilegien wie eine mehr oder weniger sichere Anstellung. Schlechte Bezahlung und mangelnde Aufstiegschancen haben aber zur Demoralisierung und permanenten Krise des *civil service* geführt. Nicht zuletzt spiegelt das geringe Ansehen des Staatsdienstes auch die historisch begründete, institutionell begünstigte und politisch verstärkte Skepsis großer Teile der US-Bevölkerung gegenüber dem Staat und dessen Machtapparat wider.



Die Ministerinnen und Minister der Biden-Administration treffen sich am 20. Juli 2021 mit Präsident Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris zu einer Kabinettsitzung im Weißen Haus in Washington, D.C..

Von der Politik in die Interessenvertretung: Der Republikaner Jim DeMint (r.) wurde nach seiner Zeit als Senator Präsident des konservativen Think Tanks Heritage Foundation. Am 14. November 2018 trifft er vor einem Treffen mit dem damaligen Präsidenten Donald Trump im Weißen Haus auf die Republikanischen Senatoren Mike Lee (l.) und Chuck Grassley (M.r.) sowie den ehemaligen Generalstaatsanwalt von Virginia Ken Cuccinelli (M.l.).

Macht und Ohnmacht der Exekutive

Geprägt durch die historische Erfahrung mit den Monarchien der „Alten Welt“ wollten die Verfassungsväter die Machtbefugnisse des Präsidenten beschneiden. Doch die Bedrohung durch das Königreich Großbritannien und die Persönlichkeit des ersten amerikanischen Präsidenten George Washington (1789–1797) sorgten dafür, dass das Amt mit mehr Handlungsspielraum, also zusätzlichen Machtbefugnissen gegenüber dem Kongress und gegenüber den Einzelstaaten, ausgestattet wurde.

Washington, ehemaliger Oberbefehlshaber der Kontinentalarmee der 13 nordamerikanischen Kolonien im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg (1775–1783) gegen die britische Kolonialmacht, beanspruchte als Präsident und Hüter der neu gewonnenen „*independence*“ vom Mutterland auch im Inneren größere Gestaltungsmacht.

Diese wuchs im Laufe der weiteren Geschichte: In Reaktion auf nationale Krisen, wie die Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren, den Zweiten Weltkrieg in den 1940er-Jahren und die Anschläge vom 11. September 2001, wurden die Bundeskompetenzen, vor allem jene des Präsidenten, erheblich erweitert. Als Staatsoberhaupt, Regierungschef, Chef der Bundesverwaltung, höchster Diplomat, militärischer Oberbefehlshaber und Parteiführer kann der Präsident heute umfangreiche, in der Verfassung garantierte Aufgaben und Funktionen beanspruchen.

Dennoch ist im politischen System der *checks and balances* seine Macht beschränkt. Je nach Politikbereich verfügt der Präsident über unterschiedliche Machtbefugnisse: Während diese in der Sicherheitspolitik besonders ausgeprägt sind, sodass selbst das Oberste Gericht die mangelnde Gewaltenteilung seitens der Legislative beklagte, sind dem Präsidenten in allen anderen Politikfeldern, etwa in der Wirtschafts-, Handels-, Umwelt- und Energiepolitik, durch den Kongress oftmals die Hände gebunden.

Der US-Präsident kann selbst keine Gesetzesvorlagen einbringen und benötigt bei Initiativen gleichgesinnte Abgeordnete

bzw. Senatorinnen und Senatoren. Im Gesetzgebungsprozess ist er daher laufend gefordert (und gelegentlich überfordert), im Kongress für die Zustimmung zu seiner Politik zu werben – also je nach Politikinitiative unterschiedliche und zumeist parteiübergreifende Ad-hoc-Koalitionen zu schmieden.

Zwar verfügt der seit Januar 2021 amtierende Präsident Joe Biden über 36 Jahre Erfahrung sowie persönliche Arbeitsbeziehungen im Senat und ist für seine Fähigkeit zu parteiübergreifender Zusammenarbeit bekannt. Aber seine legislativen Kooperationserfolge sind lange her – sie fielen in eine Zeit, in der Konsensfindung noch möglich war und von den Wählerinnen und Wählern und Interessengruppen honoriert wurde. Mittlerweile jedoch gefährdet die Polarisierung der beiden politischen Lager die legislative Zusammenarbeit und Funktionsfähigkeit des politischen Systems. Eine von Partikularinteressen forcierte republikanische Blockade seiner Gesetzgebungsagenda könnte Präsident Biden weiterhin zwingen, mittels exekutiver Anordnungen in Form von Dekreten – also ohne die längerfristige Verbindlichkeit der Gesetzgebung – zu regieren. So handhabten es bereits seine beiden Vorgänger Barack Obama und Donald Trump.

Der Präsident muss politische Führung (*leadership*) demonstrieren. Wenn er nicht mehr mit Angeboten locken kann, dann muss er umso mehr öffentlichen Druck ausüben. Präsident Theodore Roosevelt (1901–1909) prägte den Begriff der „*bully pulpit*“, das Bild der „hervorragenden“ (*bully*) Redeplattform einer Kanzel (*pulpit*), welche die Präsidentschaft seiner Ansicht nach bot, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Seine exponierte Stellung als einziger landesweit gewählter Politiker kann der Präsident dazu nutzen, um über die klassischen Massenmedien und die neuen sozialen Medien die Wählerbasis der Kongressmitglieder für seine Agenda zu mobilisieren, damit die (qualifizierte) Mehrheit der Abgeordneten sowie Senatorinnen und Senatoren seiner Politik folgt. Das ist dennoch nicht einfach, da diese eine institutionelle Identität als Mitglieder des Kongresses haben, sich der „anderen Staatsgewalt“ (*the other branch of government*) zugehörig fühlen und mit der Exekutive um Macht konkurrieren.

US-Präsidenten der vergangenen 90 Jahre



Franklin D. Roosevelt
1933–1945

Harry S. Truman
1945–1953

Dwight D. Eisenhower
1953–1961

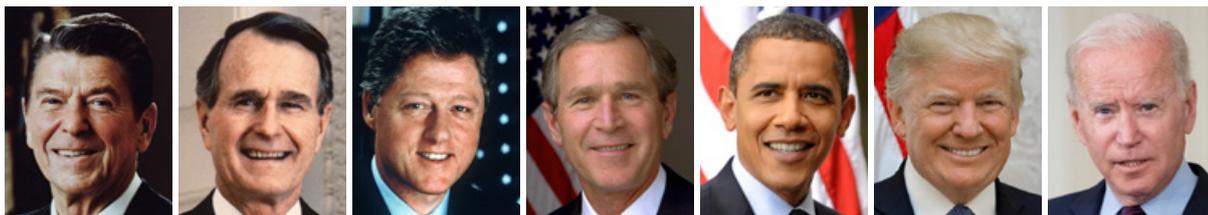
John F. Kennedy
1961–1963

Lyndon B. Johnson
1963–1969

Richard Nixon
1969–1974

Gerald Ford
1974–1977

Jimmy Carter
1977–1981



Ronald Reagan
1981–1989

George Bush
1989–1993

Bill Clinton
1993–2001

George W. Bush
2001–2009

Barack Obama
2009–2017

Donald Trump
2017–2021

Joe Biden
seit 2021

picture-alliance / Everett Collection | Copyright © CSU Archives / Everett Collection; picture-alliance / HIP | Keystone Archives; picture-alliance / Everett Collection; picture alliance / ASSOCIATED PRESS; picture-alliance / dpa | Schulmann-Sach; picture alliance / Courtesy Everett Collection; picture alliance / CPA Media Co. Ltd | David Hume Kennerley; picture alliance / Sammy Minkoff | Sammy Minkoff; picture alliance / Photo12 / Ann Ronan Picture Library; picture-alliance / akg-images; picture-alliance / dpa | Consolidated McNeely; picture-alliance / Everett Collection; picture-alliance / dpa / epa Michael Reynolds; picture alliance / abaca | CNP/ABACA; picture alliance / ZUMAPRESS.com | Erin Scott / White House

Dominanz des Präsidenten in der Sicherheitspolitik

Die Sorge der Legislative um die institutionelle Machtbalance tritt jedoch in den Hintergrund, wenn Gefahr droht. In Krisen- und Kriegszeiten steht der Präsident als Oberster Befehlshaber im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Ihm kommt die Rolle des Schutzpatrons zu. Der patriotische Sammlungseffekt des *rally around the flag* (deutsch: Versammeln um die Fahne) bedeutet einen immensen Machtgewinn und Vertrauensvorsprung für den Präsidenten und die Exekutive. Nicht zuletzt symbolisiert das Präsidentenamt die nationale Einheit und gilt das Weiße Haus als Ort der Orientierung in Krisenzeiten. Präsidenten konnten nationale Krisen immer wieder dazu nutzen, die Struktur des Regierungsapparats und der Verwaltung grundlegend zu verändern, indem sie exekutive Kompetenzbereiche auf nationaler Ebene gebündelt und oftmals auch erweitert haben.

So mündete die „Große Depression“ der 1930er-Jahre in den Sozialstaat, der von Präsident Franklin D. Roosevelt (1933–1945) geprägt wurde. Im Zuge der militärischen und sicherheitsdienstlichen Aufrüstung im Zweiten Weltkrieg erhielt die Bundesregierung umfangreiche Sicherheitsaufgaben. Im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion etablierte sich eine Interessen-

verbindung zwischen Militär, Rüstungsindustrie und politischen Eliten. In seiner Abschiedsrede im Januar 1961 warnte Präsident Dwight D. Eisenhower (1953–1961), der einst selbst Generalstabschef der Armee war, vor diesem „militärisch-industriellen Komplex“.

Der Kalte Krieg und seine Nebenkriegsschauplätze, etwa in Vietnam, gingen auch im Inneren einher mit einer „imperialen Präsidentschaft“, so der Buchtitel des US-Historikers und Beraters zweier US-Präsidenten, Arthur Schlesinger Jr., 1973: Das Regierungshandeln der Kriegspräsidenten Lyndon B. Johnson (1963–1969) und Richard Nixon (1969–1974) war wenig transparent und im Falle Nixons höchst kriminell. Ihm drohte ein Amtsenthebungsverfahren (*impeachment*) wegen „schwerster Verbrechen und Amtsvergehen“ (*high crimes and misdemeanors*). Denn seine Machenschaften hatten das System der *checks and balances* aus dem Gleichgewicht gebracht. Um in der *Watergate*-Affäre einer formalen Amtsenthebung zu entgehen, trat Nixon schließlich am 9. August 1974 zurück. Danach schlug das Pendel wieder in die andere Richtung: In Reaktion auf die Grenzüberschreitungen der Exekutive beanspruchte der Kongress mehr Machtbefugnisse.

Die Watergate-Affäre

Am frühen Morgen des 17. Juni 1972 verhaftete die Polizei fünf Männer, die offenkundig versucht hatten, in die Büros der nationalen Parteizentrale der Demokraten im Washingtoner Watergate Hotel einzubrechen. Was der Pressesprecher des republikanischen Präsidenten Nixon auf Anfrage als „drittclassigen Einbruch“ bezeichnete, führte zwei Jahre später – und erstmals in der amerikanischen Geschichte – zum Rücktritt eines amerikanischen Präsidenten.

Dass die politischen Hintergründe des Watergate-Einbruchs ans Tageslicht kamen, ist in erster Linie zwei Journalisten der *Washington Post*, Bob Woodward und Carl Bernstein, zu verdanken. Sie enthüllten – mit Hilfe eines Informanten namens „Deep Throat“, der sich erst 2005 zu erkennen gab (es handelte sich um den Stellvertretenden Direktor des FBI, W. Mark Felt) – nach und nach, dass der Präsident selbst von dem Einbruch wusste und dessen Vertuschung befohlen hatte.

Angesichts der Kritik seiner politischen Gegner hatte Nixon, der von Natur aus ein unsicherer und misstrauischer Mensch war, einen geheimniskrämerischen Führungsstil entwickelt und einen autoritären Apparat aufgebaut, der die Macht des vermeintlich von der Presse und den Demokraten „belagerten“ Weißen Hauses konsequent ausbaute. Die Paranoia des Präsidenten reichte so weit, dass er eine geheime Spezialeinheit aufbaute, die sogenannten „Klempner“, die Feindlisten erstellten, subversive Gerüchte in die Welt setzten und politische Gegner – wie die Demokraten im Watergate Hotel – ausspionierten und abhörten.

Als die illegalen Aktivitäten im Prozess gegen die Watergate-Einbrecher an die Öffentlichkeit drangen, profilierte sich der Präsident zunächst als Saubermann, während er einen seiner Vasallen nach dem anderen „opferte“. Die Situation spitzte sich zu, als Nixons ehrgeiziger Mitarbeiter John Dean, der anfangs loyal hinter dem Präsidenten gestanden hatte, öffentlich erklärte, Nixon habe die Vertuschung selbst initiiert. Anfangs dementierte der Präsident die Behauptung Deans. Zum wahren Unglückstag für den Präsidenten wurde dann freilich je-

ner Freitag, der 13. Juli 1973, an dem öffentlich bekannt wurde, dass es Tonbandaufzeichnungen aller Gespräche gab, die im Weißen Haus geführt wurden. Zwar konnte Nixon die von einem Sonderermittler geforderte Freigabe der Tonbänder über ein Jahr lang hinauszögern. Seine Glaubwürdigkeit hatte der Präsident jedoch bereits verloren, als er im sogenannten Samstagabend-Massaker vom Oktober 1973 den Justizminister und dessen Stellvertreter entließ, weil diese sich geweigert hatten, den für Nixon so unbequemen Sonderermittler seines Amtes zu entheben. Selbst als im Sommer 1974 mit der Herausgabe der Tonbänder der endgültige Beweis für seine Verwicklung in die Watergate-Affäre vorlag, zog Nixon die politischen Konsequenzen nur zögerlich. Um einer formalen Amtsenthebung zu entgehen, trat der Präsident am 9. August 1974 schließlich zurück. Damit hatte das Watergate-Spektakel, das für viele Amerikaner zur Unterhaltungsserie mit Shakespeare'scher Dramatik geworden war, ein Ende gefunden.

Christof Mauch, *Die 101 wichtigsten Fragen – Amerikanische Geschichte*, C.H. Beck Verlag, München 2008, S. 116f.



Die Watergate-Affäre wurde ihm zum Verhängnis: Am 8. August 1974 erklärt US-Präsident Richard M. Nixon seinen Rücktritt live im Fernsehen.

Die Bush/Ashcroft-Doktrin ...

Justizminister John Ashcroft brachte das Rechtsverständnis der Bush-Regierung im Dezember 2001 vor dem Justizausschuss des Senats deutlich zum Ausdruck: „Herr Vorsitzender, Mitglieder des Ausschusses, wir befinden uns im Krieg gegen einen Feind, der individuelle Rechte ebenso missbraucht wie Passagierflugzeuge: als Waffen zum Töten von Amerikanern. Wir haben darauf reagiert, indem wir den Auftrag des Justizministeriums neu definiert haben. Unsere Nation und ihre Bürger gegen terroristische Angriffe zu verteidigen, ist nunmehr unsere erste und vorrangige Aufgabe.“

... und ihre Probleme

An den einzelnen Bereichen, in denen die Problematik der Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte vor allem auch internationale Aufmerksamkeit erregte, lässt sich erkennen, dass die Verantwortlichen zwischen zwei Klassen von Rechtsträgern unterschieden: zwischen amerikanischen Bürgern und „Nicht-Amerikanern“. Ungeachtet der verfassungsrechtlichen „*due process*“– bzw. „*equal protection*“-Bestimmungen, in denen vom Schutz der individuellen Freiheitsrechte „jeder Person“ (*any person*) die Rede ist, genossen die sich in den USA aufhaltenden Ausländerinnen und Ausländer nach Auffassung der Bush-Administration grundsätzlich nicht den gleichen Rechtsschutz wie die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger der Vereinigten Staaten. Wenn sie als mutmaßliche Terroristen eingestuft wurden, hatten sie zudem auch noch diesen „minderen Anspruch“ verwirkt. Sie wurden gar als *Outlaws* (Gesetzlose) behandelt, wenn sie sich nicht auf dem souveränen Staatsgebiet der Vereinigten Staaten befanden – wie die gefangenen Taliban- und Al-Qaida-Kämpfer auf dem US-Marinestützpunkt in Guantánamo Bay, Kuba. Unter den jahrelang Inhaftierten befanden sich auch viele, die irrtümlich festgenommen wurden. Die Entscheidung, wer welche Rechte „verdiente“, wurde a priori von der Exekutive getroffen. Die Bush-Administration versuchte dabei auch, sich der Kontrolle juristischer und parlamentarischer Instanzen zu entziehen.

Josef Braml

Die Verunsicherung nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und der von der Regierung George W. Bush so genannte Globale Krieg gegen den Terrorismus eröffneten einmal mehr Möglichkeiten, die Gestaltungsmacht des Präsidenten und der unter seiner Führung handelnden Exekutive auszuweiten. Schon unmittelbar nach Amtsantritt hatten Präsident George W. Bush, Vizepräsident Richard (Dick) Cheney und ihre Gefolgsleute deutlich gemacht, dass sie die Position der Exekutive auf Kosten der Machtbefugnisse der Legislative zu stärken beabsichtigten.

Diese offensive Strategie des Weißen Hauses, den vor allem in der Amtszeit des Vorgängers Bill Clinton (1993–2001) erstarkten Kongress wieder in eine untergeordnete Rolle zu drängen, erhielt mit den Terroranschlägen von New York und Washington ihre Legitimation – denn die US-amerikanische

Bevölkerung war mehrheitlich überzeugt, dass dies angesichts der nationalen Bedrohung rechtens, ja notwendig sei. Im Globalen Krieg gegen den Terrorismus konnte der Präsident nunmehr die dominante Rolle des Oberbefehlshabers der Streitkräfte spielen. Aber auch in der nationalen Diskussion gelang es George W. Bush, seine Diskurshegemonie zu etablieren und sich als Schutzpatron zu geben, der die traumatisierte Nation vor weiteren Angriffen bewahrt.

Unter dem Primat der Sicherheit konnte Präsident Bush auch innerhalb der Exekutiven Organisationsstrukturen aufbrechen und Kompetenzen neu verteilen. Zahlreichen Ministerien wurden Ressourcen und Aufgabenbereiche entzogen und dem 2002 neu geschaffenen Heimatschutzministerium, dem *Department of Homeland Security* (DHS), zugewiesen. Eine Vielzahl von Einheiten aus anderen Ministerien wurde in dieses neue Heimatschutzministerium integriert, zwei Dutzend Bundesbehörden mit seinerzeit etwa 180 000 Bediensteten und einem jährlichen Budget von 40 Milliarden Dollar darin zusammengefasst. In Fragen der inneren Sicherheit ist das *Department of Homeland Security* seitdem auf horizontaler Regierungsebene federführend bei der Zusammenarbeit mit anderen Ministerien. Es ist zudem bei der vertikalen Koordination die zentrale Ansprechstelle für Behörden auf einzelstaatlicher und lokaler Ebene. Seine Schaffung ist Teil des umfangreichsten Umbaus, dem die Regierungsorganisation der Vereinigten Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges unterzogen wurde.

Der 11. September und seine Folgen

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 führten den USA zudem vor Augen, dass ihre Geheimdienste versagt hatten. Dieser nationale Schock erleichterte es dem Kriegspräsidenten Bush, die Struktur der Nachrichtendienste zu verändern, um den Informationsfluss innerhalb der sogenannten *intelligence community* zu bündeln. Vor den Anschlägen waren die diversen Einheiten für ihre Geheimniskrämerei bekannt: Sie taten sich schwer damit, Informationen auszutauschen, auch weil sie miteinander um die knappen finanziellen Ressourcen konkurrierten. Doch die Geldknappheit endete ebenfalls mit einem Schlag: Nach den Terroranschlägen wurden die Mittelzuweisungen für die neu aufgestellten Teileinheiten massiv aufgestockt.

Dem ehemaligen technischen Mitarbeiter der US-amerikanischen Geheimdienste Edward Snowden und seinen über die Medien verbreiteten Informationen ist es zu verdanken, dass die Öffentlichkeit im Jahr 2013 nicht nur vom Ausmaß der weltweiten Überwachungs- und Spionagepraktiken erfuhr, die auch vor der Ausspähung befreundeter Regierungen nicht Halt machten.

Darüber hinaus eröffneten sich Einblicke in die neue Struktur, die Aufgaben- und Finanzzuweisungen der einzelnen Einheiten. Von den 52,6 Milliarden Dollar, die im Haushaltsjahr 2013 für die *intelligence community* veranschlagt wurden, erhielten die *Central Intelligence Agency* (CIA), die *National Security Agency* (NSA) und das *National Reconnaissance Office* (NRO) mit mehr als zwei Dritteln des Gesamtbudgets den Löwenanteil. Von den über 107 000 Mitarbeitenden des insgesamt 16 Bundesbehörden (*agencies*) umfassenden Gesamtapparats waren etwa 20 Prozent in militärischen Funktionen tätig (etwa zwei Drittel davon bei der NSA), der Großteil war jedoch mit „zivilen“ Aufgaben betraut.

Die Nachrichtendienste wurden von der Regierung George W. Bush nicht nur finanziell aufgerüstet, sondern auch ermächtigt, ihre Arbeit mit mehr Nachdruck zu verrichten. Nach Medi-



Der 11. September und seine Folgen: Der damalige US-Präsident George W. Bush erfährt am Morgen des 11. September 2001 von seinem Stabschef Andrew Card (l.) vom Terroranschlag auf das New Yorker World Trade Center. Bush besucht zu diesem Zeitpunkt eine Grundschule in Florida.

Am 26. Oktober 2001 unterschreibt der Präsident umringt von verschiedenen Republikanischen Senatoren den USA Patriot Act, der unter anderem die Überwachung der digitalen Kommunikation von mutmaßlichen Terroristen erlaubt.

enberichten haben in der Amtszeit George W. Bushs Mitarbeitende der CIA im Globalen Krieg gegen den Terrorismus unter anderem die Foltermethode des simulierten Ertränkens, das sogenannte *waterboarding*, praktiziert oder mutmaßliche Terroristen festgenommen bzw. entführt und in befreundete autoritäre Staaten geflogen, wo noch weit robustere Verhörmethoden angewendet werden. Damit verstießen die USA unter anderem gegen die Folterkonvention der Vereinten Nationen.

Im Rahmen des Globalen Krieges gegen den Terrorismus wurde Recht neu interpretiert – im nationalen wie internationalen Rahmen. Mit dem Angriffskrieg gegen den Irak und den auch von der nachfolgenden Obama-Regierung als Folter eingestuft Praktiken bei Verhören wurde Völkerrecht gebrochen. Um den inneren politischen Frieden zu wahren, scheute Präsident Obama jedoch davor zurück, die federführenden Mitarbeitenden der Bush-Administration juristisch zur Verantwortung zu ziehen. In Obamas Amtszeit wurden auch viele von der Vorgängerregierung eingeleitete Strategieände-

rungen weitergeführt. Die folgenden Regierungen unter dem Oberbefehl Obamas, Trumps und Bidens haben den Globalen Krieg gegen den Terrorismus mit weniger militärischem Aufwand und damit auch geringeren politischen wie ökonomischen Kosten, dafür aber mit größerem Einsatz von Drohnen, sogenannten unbemannten Luftfahrzeugen (*unmanned aerial vehicles, UAV*), und geheimdienstlichen Mitteln weitergeführt.

Um nach dem wenig ruhmreichen Abzug der US-Truppen aus Afghanistan – vor allem auch gegenüber seinen Landsleuten – wieder mehr Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, wird US-Präsident Biden den Globalen Krieg gegen den Terrorismus mit Drohnen fortführen. Ferngesteuerte unbemannte Flugsysteme können zur Aufklärung und Überwachung eingesetzt werden. Mit Raketen bestückt können diese Drohnen bei Bedarf auch für gezielte Tötungen verwendet werden. Drohnen haben den Vorteil für die Weltmacht, dass sie weniger kosten, auch politisch, weil weniger Gefahr für die eigenen „Soldaten“ besteht.

Die USA werden sich künftig noch weniger um zerfallende Staaten wie Afghanistan und die davon ausgehenden Sicherheitsbedrohungen (auch für Europa) interessieren, sondern wieder mehr auf starke Staaten wie China fokussieren. Biden begründete seinen Abzug aus Afghanistan damit, die zunehmend knapper werdenden Ressourcen in der Region Asien-Pazifik zu bündeln, um dort der aufsteigenden Macht China zu begegnen, das in Ostasien Amerikas Hegemonie herausfordert.

Solange der Krieg gegen den Terrorismus andauert – und sich die USA zudem wieder von „revisionistischen Mächten“ wie Russland und China bedroht sehen –, wird wohl die römische Maxime „*inter arma silent leges*“ (Unter Waffen schweigen die Gesetze. Cicero, Rede für Milo) auch im politischen System der Vereinigten Staaten weiterhin gelten. Diese Ansicht vertrat auch William Rehnquist, bis zu seinem Tode Anfang September 2005 *Chief Justice* (Oberster Richter) des *Supreme Court*. In einer eingehenden Analyse mit dem Titel „*All the Laws but One: Civil Liberties in Wartime*“ warnte er bereits 1998 vor der Gefahr, dass der Oberste Befehlshaber in Kriegszeiten durch zusätzliche Machtbefugnisse dazu verleitet wird, den konstitutionellen Rahmen zu überdehnen.



Der ehemalige CIA-Mitarbeiter und Whistleblower Edward Snowden nimmt digital an einer Diskussion des Europarates zu den Themen Massenüberwachung, Menschenrechtsverletzungen und der Verfolgung von Whistleblowern teil. Snowden deckte 2013 die Massenüberwachung durch die NSA auf und lebt seitdem im Exil.



Am 29. August 2021 überführt die US-Armee in Dover, Delaware, die sterblichen Überreste der Soldatin Nicole Gee, die zuvor bei einem Anschlag in Afghanistan ums Leben gekommen war. Anwesend sind auch US-Präsident Joe Biden, First Lady Jill Biden und Verteidigungsminister Lloyd Austin.

Sicherungsinstanz Judikative

Die Ernennung von Richterinnen und Richtern des *Supreme Court* ist ein hochpolitischer Akt. Vor allem das Oberste Gericht entscheidet darüber, wieviel Macht der Präsident hat und welche Grenzen ihm der Kongress setzen darf. Sie bestimmen die Kräfteverhältnisse im US-System der *checks and balances*, der konkurrierenden und sich damit gegenseitig kontrollierenden politischen Gewalten. Jede Neubesetzung von Richterämtern am *Supreme Court* kann die Mehrheitsverhältnisse des Gremiums verändern und damit auch grundlegende, für die Qualität der amerikanischen Demokratie ausschlaggebende Entscheidungen prägen. So konnten die Obersten Richter eine der größten Verfassungskrisen der jüngsten US-amerikanischen Geschichte entschärfen, indem sie im Fall *Bush v. Gore* am 12. Dezember 2000 den Ausgang der heftig umstrittenen Präsidentschaftswahl zugunsten des Republikaners George W. Bush entschieden. Trotz dieser fundamentalen Eingriffsrechte genießt der *Supreme Court* in der US-Bevölkerung höchste Autorität. Seine Zustimmungsraten übertreffen die Werte der anderen politischen Gewalten, namentlich des Kongresses und des Präsidenten.

Die neun Richter des Supreme Courts (u.I., am 23. April 2021) werden vom US-Präsidenten auf Lebenszeit ernannt: (v.l.n.r.) Samuel Alito (Bush jr.-R), Brett Kavanaugh (Trump-R), Clarence Thomas (Bush sen.-R), Elena Kagan (Obama-D), der Vorsitzende John Roberts (Bush jr.-R), Neil Gorsuch (Trump-R), Stephen Breyer (Clinton-D), Amy Coney Barrett (Trump-R) and Sonia Sotomayor (Obama-D).

An der Fassade des prunkvollen Supreme Court-Gebäudes in Washington, D.C., prangt die Inschrift „Equal Justice Under Law“ (dt.: Vor dem Gesetz sind alle gleich).

Stolz präsentiert der damalige US-Präsident Donald Trump am 26. Oktober 2020 die frisch ernannte konservative Supreme Court-Richterin Amy Coney Barrett.



Das Gerichtssystem der USA

In der Justiz der USA herrscht ebenso das Prinzip der Gewaltenteilung – zwischen der Bundesgerichtsbarkeit und der Jurisdiktion der Einzelstaaten, die parallel existieren. Daneben gibt es auch noch die außerhalb der Judikative urteilenden Militärgerichte (Military Courts).

Die **Bundesgerichtsbarkeit** besteht aus drei Instanzen: auf der untersten Ebene richten 94 District (Trial) Courts, darüber stehen 13 Berufungsgerichte (Appellate Courts), deren Urteile wiederum vom Obersten Gericht (Supreme Court) revidiert werden.

Der **Supreme Court** besteht aus neun Richterinnen und Richtern, die auf Lebenszeit berufen werden. Sie werden vom Präsidenten ernannt und müssen von der Legislative, namentlich vom Senat, gebilligt werden.

Die **Gerichte der Einzelstaaten** sind hauptsächlich für Zivil- und Strafsachen zuständig.

Jeder Einzelstaat hat sein eigenes, mehrstufig aufgebautes Gerichtssystem und seine eigenen Strafzumessungen. So gilt in einigen Staaten noch die Todesstrafe, während sie in anderen bereits abgeschafft wurde. Auch die Berufung der Richterinnen und Richter ist unterschiedlich: Je nach Bundesstaat werden sie entweder direkt vom Volk gewählt oder politisch, das heißt von der jeweiligen Exekutive und Legislative, ernannt.

Josef Braml

Gleichwohl sind auch die Rechtsprechungen des Obersten Gerichts nicht in Stein gemeißelt. Im Laufe der Entwicklung der USA von einer Agrar- über eine Industrie- hin zu einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft mussten die Richterinnen und Richter immer wieder neue Realitäten mit den (interpretierbaren) Verfassungsgrundsätzen in Einklang bringen. Doch die Interpretationsfähigkeit des Verfassungstextes ist bis heute umstritten.

Während die einen den Text der Verfassung nur gemäß der „ursprünglichen Absicht“ (*original intent*) ihrer Väter auslegen wollen, sehen die anderen im Verfassungstext ein „lebendes Dokument“ (*living document*). Dementsprechend fordern erstere juristische Zurückhaltung (*judicial restraint*) und verurteilen den Standpunkt der zweiten Gruppe, die weite rechtliche Auslegung, als Aktionismus (*judicial activism*).

Wegen dieses Auslegungsspielraums kann jede Richterschaft entscheidend sein, vor allem für Unternehmen und Wirtschaftsverbände, die keine Regulierungen ihrer Geschäftsgebaren wollen. Zuletzt wurde am 26. und 27. Oktober 2020 die erzkonservative Amy Coney Barrett als Nachfolgerin der am 18. September 2020 verstorbenen liberalen Richterin Ruth Bader Ginsburg vereidigt. Alle drei der von US-Präsident Trump nominierten Richter, also auch Neil Gorsuch und Brett Kavanaugh, sind eindeutig dem Lager der „Originalisten“ zuzuordnen. Sie plädieren dementsprechend für juristische Zurückhaltung – auch im Sinne der Wirtschaftsverbände und Interessenvertreter, die Trump und dessen Richternominierungen massiv unterstützten.

Alle als konservativ geltenden sechs Richter des neunköpfigen *Supreme Court* sind Mitglied der *Federalist Society*, einer mächtigen wertkonservativen und in Wirtschaftsfragen staatskritischen Interessenvereinigung, die mit Argusaugen darauf achtet, dass keinesfalls im Wege der Rechtsfortbildung neue Regulierungen geschaffen werden, die dem Wortlaut der geschriebenen Verfassung ursprünglich nicht zu entnehmen waren.

Wie bereits Trumps vorherige Besetzungen stand auch der Name Amy Coney Barrett auf einer Liste von zwei Dutzend Kandidatinnen und Kandidaten, die die *Federalist Society* Trump schon vor dessen Wahl zum Präsidenten anbot. Trump ließ sich auf diesen Deal ein: Er versprach, als Präsident nur Kandidaten dieser Liste für das höchste Richteramt zu benennen und erhielt dafür die Unterstützung der *Federalist Society* und ihrer finanzkräftigen Geldgeber – und nicht zuletzt auch den für seinen Wahlsieg ebenso ausschlaggebenden Segen der wertkonservativen Christlich Rechten.

Mit der Entscheidung des Obersten Gerichts zur Abtreibung (*Roe v. Wade*, 1973) wurden viele Gläubige politisiert. Die Liberalisierung des Abtreibungsrechts gilt als Geburtsstunde der politischen Bewegung der Christlich Rechten, konservativer evangelikaler und katholischer Interessengruppen und ihrer Wählerschaft, die sich seither im Sinne einer „moralischen Mehrheit“ verstärkt für die Republikaner engagieren. Sogenannte moralische Themen (*moral issues*) wie Abtreibung spalten nicht nur die Bevölkerung in Befürworter und Gegner, sondern beschäftigen seit Jahrzehnten die Politik und die diversen Instanzen im US-amerikanischen Justizsystem.

In der Jurisprudenz herrscht das Prinzip der vertikalen Gewaltenteilung – zwischen der Gerichtsbarkeit des Bundes und der Einzelstaaten, die parallel existieren. Ohnehin konkurrieren die Staaten mit dem Bund um Kompetenzen – das sind historisch angelegte, permanente Auseinandersetzungen, die im Laufe der US-amerikanischen Verfassungsgeschichte auch den *Supreme Court* immer wieder zu Grundsatzentscheidungen genötigt haben.

Am 1. November 2021 berät das Oberste Gericht in Washington, D.C. über ein neues und strenges Abtreibungsgesetz aus Texas. Vor dem Supreme Court treffen Demonstrierende der „Pro-Life“- und der „Pro-Choice“-Bewegung aufeinander, die einen für (o.), die anderen gegen (u.) das Gesetz.



Die amerikanischen Rechtsquellen

Häufig werden nur das geschriebene Recht und das Richterrecht als Quellen des amerikanischen Rechts unterschieden. [...]

Das sog. „constitutional law“ umfasst [...] nach amerikanischem Verständnis nicht nur die in der Verfassung niedergelegten Normen, sondern auch deren jeweilige Interpretation durch den Supreme Court.

Unterhalb des „constitutional law“ ist das sog. „statutory law“ anzusiedeln, das die durch die gesetzgebenden Körperschaften beschlossenen Normen inkl. ihrer Auslegung durch die Gerichte umfasst.

Nochmals eine Stufe niedriger steht das sog. „administrative law“, das weder dem „constitutional“ noch dem „statutory law“ entgegenlaufen darf und das als Ausfüllung der Lücken des „statutory law“ durch administrative Organe umschrieben werden kann.

Letztlich ist das aus England importierte „common law“ zu nennen. Das „common law“ ist durch Gerichte gesetztes Recht,

das in Streitfällen bei einem Fehlen gesetzlicher Normen entwickelt wird und das die spätere Rechtsprechung bei gleichgelagerten Fällen präjudiziert. Da das „common law“ in seinem Rang hinter das geschriebene Recht zurücktritt, ist es leicht einsichtig, dass dieses Recht durch die vermehrten Aktivitäten der Legislativorgane im modernen Staate allmählich seine frühere Bedeutung verliert. Hierüber darf allerdings nicht vergessen werden, dass entscheidende Grundsätze des amerikanischen Rechts auf das englische „common law“ zurückgehen, [...] z.B. die berühmte „due process of law“-Klausel, die die wichtigsten Verfahrensgrundsätze festschreibt und die – abgesichert im V. und XIV. Amendment der US-Verfassung – u.a. Eingriffe in Leben, Freiheit und Eigentum „without due process of law“ verbietet.

Emil Hübner / Ursula Münch, Das politische System der USA. Eine Einführung, 7., überarbeitete und aktualisierte Auflage, © Verlag C.H. Beck, München 2013, S. 158

Nominierungen für den Supreme Court

Für Nominierungen an den Supreme Court kann der Justizausschuss im Senat die schriftliche Stellungnahme der beiden Senatoren aus dem Staat einholen, aus dem auch der Kandidat oder die Kandidatin stammt. Wegen der blauen Briefbögen, auf denen die Gutachten geschrieben werden, ist dieses Verfahren auch unter der Bezeichnung blue slip bekannt. Faktisch liegt damit das Schicksal eines Kandidaten in der Hand zweier Senatoren, die eine Anhörung von vornherein verhindern können. In diesem Netzwerk von politischen Abhängigkeiten offenbart sich das Potenzial für politisch motivierte Ernennungen. Selten wird jene Art von Personal ohne eine Abstimmung mit Kongressabgeordneten bestimmt. Das gilt umso mehr, wenn Abgeordnete oder Senatoren eine für den Präsidenten wichtige Rolle im Kongress einnehmen. Die Personalauswahl für die Bundesgerichte trägt deshalb durchaus Züge einer Patronagepolitik.

Die typische Strategie für die Personalauswahl, insbesondere für ein Amt am Supreme Court, zielt nicht darauf ab, einzelne Entscheidungen zu beeinflussen, sondern den Grundstein für eine langfristig angelegte Doktrin zu legen. Die Auswahl von Richtern wird häufig als die am stärksten politisierte Durchdringung der Judikative durch eine andere politische Gewalt wahrgenommen. [...] Dies zeigten die kontrovers geführten Diskussionen um Trumps Supreme Court Besetzungen.

Allerdings ist die Geschichte des Supreme Court reich an Beispielen, die eine Kluft zwischen den Erwartungen der Präsidenten und den Urteilen der Richter belegen. Präsident Eisenhower nominierte beispielsweise den Richter Earl Warren zum Chief Justice, der in der Folge mit seiner unerwartet liberalen Rechtsprechung maßgeblich an der amerikanischen Sozialpolitik der 1950/60er-Jahre beteiligt war – sehr zum Missfallen Eisenhowers. Ähnlich unglücklich über ihre Entscheidung waren auch Truman in Bezug auf Tom C. Clark und Theodore Roosevelt mit Oliver Wendell Holmes. Auch die von Obama ernannte Richterin Elena Kagan sprach sich nur in etwa der Hälfte ihrer Entscheidungen für Obamas Positionen aus.

Laut Verfassung muss der Senat allen Kandidaten zustimmen, bevor deren Berufung rechtskräftig wird. Dafür befasst sich zunächst der Justizausschuss mit deren Anhörungen. In der Regel dauert dies mehrere Wochen. Während dieser Zeit bieten sich viele Gelegenheiten für Interessengruppen, die Senatoren zu briefen oder öffentlichkeitswirksame Kampagnen für oder gegen Kandidaten zu führen. Wenige Benennungen wurden dabei so kontrovers und medial begleitet wie jene von Justice Kavanaugh und Justice Coney Barrett.

Nach den Anhörungen spricht der Justizausschuss eine Empfehlung an den gesamten Senat aus. Bei der Abstimmung reicht eine einfache Mehrheit, um Kandidaten zu bestätigen. In parteipolitisch polarisierten Zeiten ist diese „einfache Mehrheit“ mitunter nur noch schwer zu erreichen. Nominierungen werden daher im Voraus sehr gründlich vorbereitet und die Kandidaten bis in die letzten Details ihrer Vergangenheit durchleuchtet. [...]

Eine seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs fest verankerte Praxis im Ernennungsprozess ist die Empfehlung der American Bar Association. Sie gibt Empfehlungen als „very qualified“, „qualified“ und „not qualified“ heraus. In der Vergangenheit galt es für Kandidaten mit der Bewertung „not qualified“ als ziemlich aussichtslos, für ein hohes Richteramt benannt zu werden. Präsident Trump allerdings hat von allen Präsidenten die meisten Richter nominiert, die als „not qualified“ bewertet wurden. [...]

Die Qualifikation von Richtern wird vor allem dann zum entscheidenden Kriterium, wenn sie politisch vergleichsweise gemäßigt sind. Moderate, hoch qualifizierte Richter haben für die opponierende Partei kaum eine Angriffsfläche. [...] Den Empfehlungen der American Bar Association folgen freilich nicht alle Präsidenten. Dennoch ist diese Bewertung ein beachtlicher Grund, wie mit einer Nominierung umgegangen wird. Die Verfassungsrichterin Coney Barrett wurde beispielsweise mit „very qualified“ bewertet. [...]

Michael T. Oswald, Das Regierungssystem der USA, 3., akt. und erw. Auflage, Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden 2021, S.171 f.

Kein Zwang zur Konsensfindung

[...] In wichtigen Fragen, vor allem in hochpolitischen Fragen des Verfassungsrechts, ergehen immer wieder Fünf-zu-vier-Entscheidungen, bei denen sich zwei innergerichtliche Fraktionen, eine liberale und eine konservative, gegenüberstehen. Viele der wichtigsten Entscheidungen der beiden zurückliegenden Jahrzehnte wurden von einer Mehrheit von fünf Richtern getroffen, die ihr Amt sämtlich einem der Republikanischen Partei angehörenden Präsidenten verdankten. [...]

Die Fraktionierung des Gerichts zeigt sich auch in der Figur des Richters, der ideologisch eine mittlere Position einnimmt und sich mal auf diese, mal auf jene Seite stellt. In den Vereinigten Staaten nennt man ihn den „swing voter“, den pendelnd Stimmenden. [...] Das eigentlich Bemerkenswerte an der Figur des „swing voters“ ist nicht, dass er seine Stimme in wechselnden Gruppierungen abgibt. Das sollte eigentlich der Normalfall sein. Bemerkenswert ist die Existenz der ideologischen Blöcke, die es erlauben, innerhalb des Kollegiums ein zwischen den Blöcken oszillierendes Mitglied überhaupt als solches zu identifizieren.

[...] Dass Richter sich mit dem Ziel, die richtige Antwort auf eine verfassungsrechtliche Frage zu finden, in eine Situation offener, gleichberechtigter Diskussion begeben, [...] findet [...] beim Supreme Court nicht statt. Eine Beratung, die den Namen verdient, gibt es dort nicht. Nachdem man einen Fall mündlich verhandelt hat, dauert die vertrauliche Besprechung („conference“) im Richterzimmer in der Regel eine halbe Stunde. Dabei spricht als Erster der Vorsitzende [...]. Es folgen die anderen Richter in der Reihenfolge des Dienstalters. [...] Jeder, der sich äußert, gibt [...] gleich auch seine Stimme ab. Kein Richter außer dem letzten in der Reihe hat also die Argumente aller seiner Kollegen gehört, bevor er abstimmt, und spätestens dieser letzte muss sich darauf einstellen, dass sein Beitrag nicht mehr wirklich auf Interesse stößt, es sei denn, nach dem bisherigen Gang der Abstimmung stünde es vier zu vier, so dass seine Stimme den Ausschlag gibt. In der Regel ist mit dieser einen Runde die gemeinsame Erörterung des Falles beendet.

Anschließend wird bestimmt, wer für die Richtermehrheit, die sich herausgestellt hat, den Entscheidungsentwurf schreibt. Ist der Vorsitzende Teil dieser Mehrheit, liegt die Auswahl des Entscheidungsverfassers bei ihm. Wenn nicht, fällt sie dem Dienstältesten unter den in der Mehrheit befindlichen Richtern zu. Dieser Modus der Aufgabenzuteilung verschafft nicht nur dem Vorsitzenden einen größeren Einfluss auf die Entscheidung, als ihn die anderen Richter haben. Sie begünstigt auch ein – je nach Konstellation vorläufiges oder endgültiges – strategisches Stimmverhalten, das der Sicherung dieses Einflusses oder dem eigenen Zugriff auf die Verfasserschaft dient.

Hinter den Kulissen findet später noch allerhand informeller Austausch statt, teilweise auf dem Weg über die Mitarbeiter der Richter, die mit ihrer Tätigkeit sämtlich mehr Geld verdienen als die Richter, für die sie arbeiten. Dieses Geld stammt größtenteils nicht aus öffentlicher Kasse, sondern von Anwaltskanzleien. Sie werfen dafür, dass die vielversprechenden jungen Leute mit den interessanten Insiderkenntnissen nach ihrem einen Gerichtsjahr bei ihnen anheuern, fürstliche Bonuszahlungen aus. [...]

Der informelle Austausch, der sich an die Konferenz der Richter anschließt, hat so wenig wie das Konferenzgeschehen selbst den Charakter einer Beratung. Es handelt sich um Kommunika-

tion, in der zwischen einzelnen Richtern und ihrem Assistenzpersonal die Bedingungen dafür ausgehandelt werden, dass einer sich der vom anderen verfassten Meinung, sei es der Mehrheitsmeinung oder einer abweichenden Meinung, am Ende auch förmlich anschließt. [...] Eine Konferenz, in der noch einmal gemeinsam über den so produzierten Entscheidungsentwurf gesprochen und entschieden würde, findet nicht mehr statt.

[...] Zwar werden beim Supreme Court tatsächlich die in der Sache entschiedenen Fälle fast durchweg auch mündlich verhandelt. Und tatsächlich ist oft bemerkt worden, dass viele der Fragen und sonstigen Äußerungen, welche die Richter an die Bevollmächtigten der Prozessparteien richten, in Wahrheit an die eigenen Kollegen adressiert sind. Als Beratungsäquivalent sind die mündlichen Verhandlungen dennoch untauglich, allein schon weil sie dafür zu kurz sind. In der Regel ist eine Verhandlungszeit von einer Stunde angesetzt, von der je eine halbe Stunde der Kläger- und der Beklagtenseite gewidmet ist. Gelegenheit zu zusammenhängendem Vortrag haben allerdings beide Seiten nicht. Da es an einem gesonderten Zeitfenster für Fragen der Richter fehlt, fallen diese üblicherweise den Parteivertretern alsbald ins Wort. Um denen zumindest eingangs eine kurze Phase ununterbrochener Präsentation zu sichern, hat das Gericht sich im vergangenen Jahr die Leitlinie gesetzt, dass Fragen erst nach Ablauf von zwei Minuten gestellt werden. In den ersten Verhandlungen unter dieser neuen Leitlinie konnten die Anwälte vor der ersten Unterbrechung durchschnittlich 111 statt wie vorher 60 Sekunden sprechen. Oft fallen die Richter sich auch gegenseitig ins Wort.

Wie wenig Gewicht dem argumentativen Austausch im Kreis aller Richter beigemessen wird, zeigt sich unter anderem darin, dass ein Richter an der gemeinsamen Besprechung gar nicht teilgenommen haben muss, um mitstimmen zu können. [...]

[...] In einem von nur zwei Parteien dominierten politischen System ist schon die Kombination von uneingeschränkt politischer Richterauswahl und ungerader Richterzahl misslich, wenn nicht noch korrigierende Faktoren eingreifen. Denn sie hat dann zur Folge, dass zwangsläufig immer die Favoriten ausschließlich einer der beiden Parteien in der Mehrheit sind. In den Vereinigten Staaten sind sie das außerdem meist einigermaßen absehbar auf viele Jahre hin, denn die Richter amtieren ohne Altersgrenze. Wenn einer ideologisch gleichgerichteten Mehrheit innerhalb des Gerichts die Perspektive fehlt, dass sie demnächst einmal in die Minderheit geraten könnte, ist das für die Entwicklung kooperativer und kollegialer Arbeitsweisen, die zur Auflösung ideologischer Fixierungen beitragen könnten, keine gute Voraussetzung. [...]

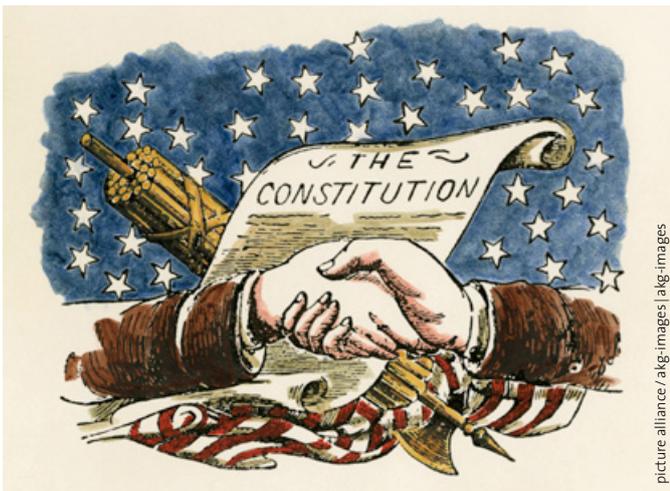
Wenn sie sich auf eine gemeinsame Begründung nicht einigen können, was immer wieder einmal vorkommt, ergeht eine „plurality decision“, deren Ergebnis von unterschiedlichen Richtern oder Richtergruppen, von denen keine über eine Mehrheit verfügt, unterschiedlich begründet wird [...]. Dem einzelnen Richter bleibt jede Konsensfindungszumutung erspart, sei es auch um den Preis, dass eine Entscheidung ergeht, die mangels mehrheitlicher Gründe keinerlei rechtliche Klärungs- und Orientierungsleistung erbringt. [...]

Gertrude Lübke-Wolff war von 2002 bis 2014 Richterin des Bundesverfassungsgerichts.

Gertrude Lübke-Wolff, „Das dysfunktionale Gericht“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Oktober 2020; © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

Konkurrenz und Kontrolle: vertikale Gewaltenteilung

Die föderale Verfassung der USA weist der Bundesebene und den Einzelstaaten unterschiedliche Befugnisse zu. Zunehmende Abhängigkeit vom *Big Government* Washingtons sorgt dabei immer wieder für Konflikte.



picture alliance / algi-images / algi-images

Die Verfassung von 1787 ist ein Kompromiss zwischen den Anhängern eines lockeren Bundes von souveränen Einzelstaaten und den Befürwortern eines starken, schlagkräftigen Einheitsstaates. Eine allegorische Darstellung symbolisiert diese Übereinkunft.

Die Geschichte des US-amerikanischen Föderalismus

Wie ein roter Faden durchziehen die Konflikte zwischen den Einzelstaaten und der Bundesregierung die oftmals blutige Geschichte der USA. Als sich 1776 die dreizehn britischen Kolonien für unabhängig von ihrem Mutterland erklärten, schlossen sie sich zunächst 1781 mit den *Articles of Confederation* zu einem Bund souveräner Staaten zusammen. Die massiven innen- und außenpolitischen Probleme infolge des Unabhängigkeitskrieges (1775–1783) nötigten sie jedoch, eine handlungsfähigere Einheit zu bilden. Sie gaben sich 1787 eine neue bundesstaatliche Verfassung. Dabei gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen den Wegbereitern einer starken Zentralregierung, den sogenannten *Federalists*, und

den auf Eigenständigkeit der Einzelstaaten pochenden *Anti-Federalists*. Während die einen den Bundesstaat befürworteten, wollten die anderen nur einen losen Staatenbund, eine Konföderation, die die Souveränität und Befugnisse bei den Einzelstaaten belassen hätte.

Die Föderalisten behielten in der Verfassungsdebatte die Oberhand, und die *Federalist Papers*, die von Alexander Hamilton, James Madison und John Jay unter dem Pseudonym „*Publius*“ verfassten Artikel, wurden aufgrund ihrer großen publizistischen Wirkung identitätsstiftend für die junge Nation. Es galt aber außerdem zu verhindern, dass die neu geschaffene Regierung in eine Tyrannei abglitt. Neben der horizontalen Aufteilung in gesetzgebende, ausführende und richterliche Gewalten sollte daher zusätzlich eine vertikale Gewaltenkontrolle gewährleistet werden, indem die Befugnisse zwischen der Bundesregierung und den Einzelstaaten aufgeteilt wurden. Das Konzept des *dual federalism* weist entsprechend Bund und Einzelstaaten jeweils eigene, voneinander abgegrenzte Aufgabenbereiche zu.

Die Verfassung entspricht dem Kompromiss, der 1787 gefunden wurde: Sie schreibt vor, dass die Bundesregierung nur die in Artikel I aufgeführten Vorrechte, die *enumerated powers*, ausüben darf, um die Rechte der Einzelstaaten zu wahren. Der 1791 hinzugefügte zehnte Verfassungszusatz verdeutlicht noch einmal, dass alle Kompetenzen, die nicht explizit dem Zentralstaat zugesprochen bzw. den Einzelstaaten entzogen werden, bei den Einzelstaaten liegen.

Plädoyer für die einzelstaatliche Souveränität und die Beibehaltung einer Konföderation

Unter dem Pseudonym Brutus argumentiert 1787 ein Mitglied der Anti-Federalists gegen die Übertragung der Souveränität von den einzelnen Bundesstaaten hin zu einem übergeordneten Staatswesen.

[...] Die Vereinigten Staaten umfassen eine Vielfalt von Klimazonen. Die Erzeugnisse der verschiedenen Bundesgebiete sind sehr unterschiedlich und die Interessen ihrer Bewohner infolgedessen abweichend. Ihr Verhalten und ihre Lebensgewohnheiten unterscheiden sich ebenso sehr wie ihre klimatischen Verhältnisse und ihre Erzeugnisse; ihre Meinungen stimmen daher keineswegs überein. Die Gesetze und Gebräuche in den einzelnen Staaten sind in vielen Bereichen sehr verschieden und in einigen davon geradezu entgegengesetzt. Jeder würde die eigenen Interessen und Sitten bevorzugen und damit würde eine Legislative, die sich aus Repräsentanten der jeweiligen Staaten zusammensetzt, nicht nur zu groß sein, um mit der erforderlichen Sorgfalt und Entschlossenheit zu handeln, sondern diese Repräsentanten würden zudem so heterogene und nicht zu vereinbarende Prinzipien vertreten, dass sie in ständigem Widerstreit miteinander stehen würden. [...]

In einer freien Republik beruht das Vertrauen der Bürger in ihre Herrscher darauf, dass sie diese kennen, dass diese ihnen in ihrem Betragen verantwortlich sind und dass die Bürger daher die Macht besitzen, die Regierenden des Amtes zu entheben, wenn sie sich schlecht benehmen. Aber in einer Republik von der Größe dieses Kontinents wären die Menschen nur mit sehr wenigen ihrer Herrscher vertraut. Die Bürger in ihrer Gesamtheit wüssten wenig über deren Beratungen und es wäre für sie extrem schwierig, diese zu beeinflussen. [...]

Die Folge würde sein, dass die Bürger kein Vertrauen in ihre Gesetzgeber haben und diese der Ruhmsucht verdächtigen. Sie wären besorgt über jede Maßnahme, die die Repräsentanten einführen, und würden die Gesetze, die sie verabschieden, nicht unterstützen. Dadurch wäre die Regierung kraftlos und ineffizient und es gäbe keinen anderen Weg für Ordnung zu

sorgen, als bewaffnete Streitkräfte einzusetzen, um die Gesetze mit vorgehaltenem Bajonett durchzusetzen – eine Regierungsform, vor der man sich am meisten fürchtet. [...]

The Anti-Federalist. Writings by the Opponents of the Constitution. Edited by Herbert J. Storing, selected by Murray Dry. Chicago und London 1985, S. 113–116 (Auszüge).

In: P. Massing, G. Breit, H. Buchstein (Hg.), Demokratietheorien, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 2011, S. 148 ff.

Plädoyer für einen geeinten Nationalstaat und seine neue Verfassung

Unter dem Pseudonym Publius findet James Madison im 10. Artikel der Federalist Papers 1787 Argumente für eine trotz der Landesgröße geeinte Republik.

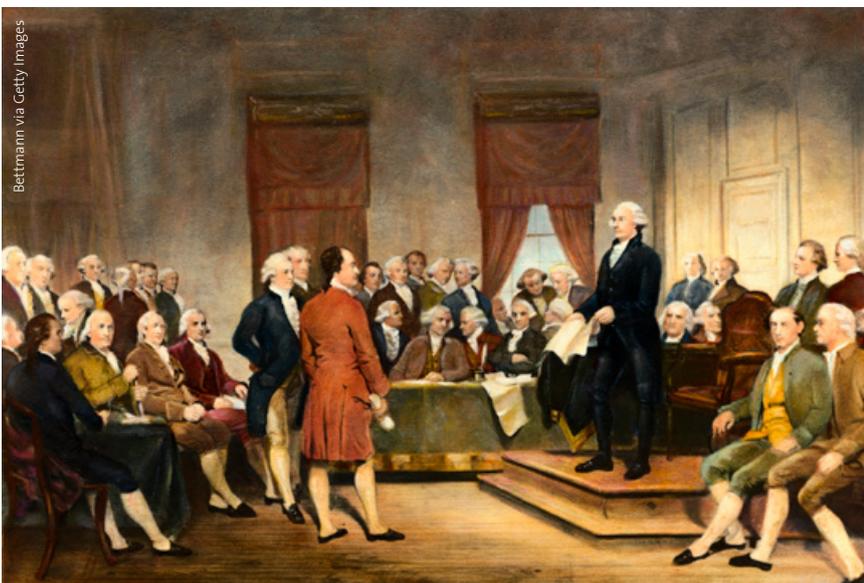
[...] Eine Republik, womit ich ein Regierungssystem meine, in dem das Konzept der Repräsentation verwirklicht ist, [...] bietet [...] erstens, die Delegation der Herrschaftsgewalt an eine kleine Zahl von den Übrigen gewählter Bürger [...]; zweitens, eine größere Zahl von Bürgern und ein größeres Territorium, auf das die Republik ausgedehnt werden kann. [...]

Je kleiner ein Gemeinwesen ist, desto weniger Parteien und Sonderinteressen werden darin existieren. Je weniger Parteien und Sonderinteressen bestehen, desto häufiger kann sich eine Mehrheit derselben Partei bilden. Je weniger Personen eine Mehrheit bilden können, und je enger sie beieinander leben, desto leichter fällt es ihnen, ihre Pläne zur Unterdrückung anderer zu koordinieren und ins Werk zu setzen.

Vergrößert man das Gebiet, so umfasst es eine größere Vielfalt von Parteien und Interessen, damit aber wird es weniger wahrscheinlich, daß eine Mehrheit des Ganzen ein gemeinsames Motiv hat und die Rechte der anderen Bürger verletzt.

Hamilton, Madison, Jay. Die Federalist-Artikel. Politische Theorie und Verfassungskommentar der amerikanischen Gründerväter. Herausgegeben und übersetzt, eingeleitet und kommentiert von Angela Adams und Willi Paul Adams. Paderborn u. a. 1994, Federalist-Artikel 10 (Madison), S. 50–58 (Auszüge)

Beides: Übersetzung von Eva-Maria Reinwald und Tobias Müller. In: P. Massing, G. Breit, H. Buchstein (Hg.), Demokratietheorien, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 2011, S. 148 ff. b2w S. 141–144



Die Verfassung beendet die Kontroverse zwischen Federalists und Anti-Federalists. Sie begründet eine föderale Republik mit einer starken Zentralgewalt, an deren Spitze ein Präsident steht. Im Gemälde von Junius Brutus Stearns 1856 hält George Washington das Dokument in den Händen.



Daten zu den Einzelstaaten der USA

Bundesstaat	Aufnahme in die Union*	Größe in km²	Einwohner (in 1000) (2020)**	Einkommen pro Haushalt in US-Dollar*** (2019)		
Alabama	14.12.1819	135 293	5024	24	71 478	47
Alaska	03.01.1959	1 593 444	733	48	98 504	12
Arizona	14.02.1912	295 276	7151	14	84 438	24
Arkansas	15.06.1836	137 742	3011	33	68 219	48
California	09.09.1850	411 470	39 538	1	113 563	5
Colorado	01.08.1876	269 618	5773	21	103 518	10
Connecticut*	09.01.1788	14 358	3605	29	114 630	3
Delaware*	07.12.1787	6 208	989	45	92 445	17
District of Columbia****	-	177	689	-	135 369	-
Florida	03.03.1845	155 214	21 538	3	83 883	25
Georgia*	02.01.1788	152 750	10 711	8	86 468	22
Hawaii	21.08.1959	16 729	1 455	40	106 247	7
Idaho	03.07.1890	216 456	1 839	38	78 975	35
Illinois	03.12.1818	150 007	12 812	6	95 725	15
Indiana	11.12.1816	94 328	6 785	17	78 064	38
Iowa	28.12.1846	145 754	3 190	31	80 267	32
Kansas	29.01.1861	213 110	2 937	35	82 270	30
Kentucky	01.06.1792	104 665	4 505	26	72 215	45
Louisiana	30.04.1812	134 275	4 657	25	72 658	44
Maine	15.03.1820	87 388	1 362	42	78 303	36
Maryland*	28.04.1788	31 849	6 177	18	114 089	4
Massachusetts*	06.02.1788	23 934	7 029	15	117 482	2
Michigan	26.01.1837	250 465	10 077	10	80 681	31
Minnesota	11.05.1858	225 182	5 706	22	96 995	13
Mississippi	10.12.1817	125 060	2 961	34	65 081	50
Missouri	10.08.1821	180 546	6 154	19	77 885	40
Montana	08.11.1889	380 849	1 084	44	77 320	42
Nebraska	01.03.1867	200 358	1 961	37	82 539	29
Nevada	31.10.1864	286 367	3 104	32	86 946	21
New Hampshire*	21.06.1788	24 044	1 377	41	100 882	11
New Jersey*	18.12.1787	21 277	9 288	11	119 301	1
New Mexico	06.01.1912	314 939	2 117	36	71 591	46
New York*	26.07.1788	139 833	20 201	4	107 355	6
North Carolina*	21.11.1789	136 421	10 439	9	80 037	33
North Dakota	02.11.1889	183 123	779	47	85 551	23
Ohio	01.03.1803	116 103	11 799	7	79 505	34
Oklahoma	16.11.1907	181 048	3 959	28	75 537	43
Oregon	14.02.1859	251 571	4 237	27	88 449	19
Pennsylvania*	12.12.1787	119 291	13 002	5	87 789	20
Rhode Island*	29.05.1790	3 189	1 097	43	92 553	16
South Carolina*	23.05.1788	80 779	5 118	23	78 188	37
South Dakota	02.11.1889	199 744	886	46	77 650	41
Tennessee	01.06.1796	109 158	6 910	16	78 035	39
Texas	29.12.1845	692 248	29 145	2	89 681	18
Utah	04.01.1896	219 902	3 271	30	96 415	14
Vermont	04.03.1791	24 903	643	49	83 015	27
Virginia*	25.06.1788	109 625	8 631	12	105 091	9
Washington	11.11.1889	182 949	7 705	14	105 775	8
West Virginia	19.06.1863	62 759	1 793	39	65 842	49
Wisconsin	29.05.1848	169 643	5 893	20	82 899	28
Wyoming	10.07.1890	253 349	576	50	83 155	26
USA insgesamt**		9 629 091	331 419			

* Bei den dreizehn Gründerstaaten ist das jeweilige Datum der Ratifizierung der Verfassung angegeben.

** Die Differenzen zwischen Einzelsummen und Gesamtsumme ergeben sich aus den nicht aufgeführten Außengebieten (z.B. Puerto Rico).

*** Die Ziffern in den Klammern geben die Reihenfolge der Bundesstaaten an.

**** (Bundesdistrikt mit der Hauptstadt Washington, der als neutrales Territorium zu keinem Bundesstaat gehört und dem Kongress der USA unmittelbar untersteht – Anm. d. Red.)

Quellen: Angaben für die Eintrittsdaten und Fläche: Udo Sautter, Die Vereinigten Staaten. Daten, Fakten, Dokumente, Tübingen 2000, S. 619 (Florida und West Virginia wurden geringfügig korrigiert); für die Einwohnerzahlen 2020 und für Einkommen pro Haushalt 2019: US Census Bureau
 Emil Hübnér / Ursula Münch, Das politische System der USA. Eine Einführung, 7., überarbeitete und aktualisierte Auflage, © Verlag C. H. Beck, München 2013, S. 20 f. (aktualisiert)

Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Staaten

Weniger eindeutig sind jedoch jene Befugnisse, die aus den *enumerated powers* abgeleitet werden können: namentlich die impliziten, *implied powers*. Das sind insbesondere Kompetenzen, die Washington entsprechend der *necessary and proper clause* in Form von „notwendigen und angemessenen“ Gesetzen für sich beansprucht, um seine verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten zu erfüllen. Auch die *general welfare clause*, gemäß der die Zentralregierung für das Gemeinwohl zu sorgen hat, ist vielfältig interpretierbar.

Bei Streitigkeiten zwischen Bundesstaat und Einzelstaaten entscheidet der *Supreme Court*. Historische Grundsatzentscheidungen der Obersten Richter haben die Ausgestaltung des Föderalismus maßgeblich bestimmt. Insbesondere nutzte der Oberste Richter und überzeugte *Federalist* John Marshall seine Amtszeit (1801–1835) dazu, die Generalklauseln (*necessary and proper clause*, *general welfare clause*, *commerce clause*) zugunsten erweiterter Bundesvollmachten auszulegen. In ihrer Urteilsfindung waren die Richter jedoch meistens von sozioökonomischen Entwicklungen und politischen Entscheidungen beeinflusst oder haben diese sogar nachvollzogen bzw. legitimiert (so Michael Bothe 1982, S. 144).

Als Reaktion auf nationale Krisen, etwa auf die Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren, wurden die Bundeskompetenzen erweitert. So bereitete die „Große Depression“ in den 1930er-Jahren den Weg für den Sozialstaat. Um dem Marktversagen zu begegnen, regulierte die Bundesregierung unter der Führung von Präsident Franklin D. Roosevelt in einem „*New Deal*“ neue Bereiche (etwa die Finanzmärkte), kümmerte sich um die Fürsorge für arme, kranke und alte Menschen und übernahm Kompetenzen, die vorher den Einzelstaaten oblagen, zum Beispiel Straßenbau, Ausbau der Energie- und Kommunikationsnetze und andere Infrastrukturleistungen.

Kompetenzverteilung im föderalen System der USA

Bundeskompetenzen	Konkurrierende Kompetenzen	Kompetenzen der Einzelstaaten
– Währungsangelegenheiten	– Steuererhebung	– Organisation von Wahlen
– Regulierung des Handels mit anderen Nationen und zwischen den Einzelstaaten (interstate commerce)	– Enteignung zum öffentlichen Nutzen gegen entsprechende Entschädigung	– Regulierung des Handels innerhalb des Einzelstaates (intrastate commerce)
– Erhebung von Importzöllen	– Recht zur Kreditaufnahme	– Schutz der öffentlichen Wohlfahrt, Sicherheit und Sitten
– Pflege der auswärtigen Beziehungen und Abschluss von Verträgen	– Gründung von Banken und Unternehmen	– Etablierung einer republikanischen Regierungsform auf einzelstaatlicher und lokaler Ebene
– Verabschiedung von „notwendigen und geeigneten“ Gesetzen	– Verabschiedung und Durchsetzung von Gesetzen	– alle Kompetenzen, die nicht explizit dem Bund zugewiesen bzw. den Einzelstaaten vorenthalten sind
– Erklärung und Führung von Kriegen	– Finanzierung der allgemeinen Wohlfahrt	
– Regulierung des Postwesens	– Einrichtung von Gerichtshöfen	

Quelle: Lee Epstein / Thomas G. Walker, Constitutional Law for a Changing America. A Short Course, 3. Aufl., Washington D.C., 2005, S. 176; zitiert nach Wolfgang Welz, „Die bundeseinheitliche Struktur“, in: Wolfgang Jäger u. a. (Hg.), Regierungssystem der USA, 3. Aufl., De Gruyter Oldenbourg Verlag Berlin/München/Wien 2007, S. 69–98, hier S. 73



Präsident Franklin D. Roosevelt bekämpft die Weltwirtschaftskrise mit einem bundesweiten staatlichen Investitionsprogramm. Besuch auf der Baustelle des Chickamauga-Staudamms in Tennessee 1938



© Kai Feilmy

Der Bund unterstützt seitdem die zunehmend überforderten Einzelstaaten in ihren Aufgaben mit üppigen Geldzuweisungen (*federal grants-in-aid*). In den knapp vier Jahrzehnten von 1930 bis 1968 stiegen die Bundeszuweisungen von 120 Millionen auf 19 Milliarden Dollar, wie Stephen J. Wayne unter anderem in seinem Buch „*Conflict and Consensus in American Politics*“ nachweist. Im Zuge dieser Zusammenarbeit, des sogenannten *cooperative federalism*, wurde der von den Gründervätern angelegte Dualismus (*dual federalism*) überlagert.

Spätestens in den 1980er-Jahren fühlten sich jedoch viele Einzelstaaten durch die „goldenen Zügel“ Washingtons gegängelt. Denn mit Hilfe des sogenannten Regulierungsföderalismus konnte der Bund in die Einzelstaaten „hineinregieren“, etwa indem er die Sozial- und Infrastrukturhilfen nicht nur mit Regulierungsaufgaben verband, sondern die Mittel auch nach parteipolitischen und wahltaktischen Erwägungen vergab. Da außer Vermont alle Einzelstaaten zu ausgeglichenen Haushalten verpflichtet sind, das heißt keine Schulden machen dürfen, sind sie umso mehr vom Bund abhängig.

Mit seinem Dezentralisierungsprogramm des „*New Federalism*“ wollte Präsident Ronald Reagan das „*big government*“, das mit dem „*New Deal*“ Roosevelts geschaffen und von den Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson ausgebaut worden war, abbauen. Die sogenannte *devolution*, das heißt die Übertragung administrativer Verantwortung an die Einzelstaaten, hat indes nicht viel bewirkt – im Gegenteil: Die Bundeszuweisungen sind im Laufe der folgenden Jahrzehnte weiter gestiegen und sie sind restriktiver geworden. Ende der 1970er-Jahre machten die für spezifische Zwecke gebundenen *categorical grants* drei Viertel und die allgemeinen, mit weitem Verwendungsspielraum versehenen *block grants* ein Viertel aus. In den 1990er-Jahren war deren Anteil nach Berechnungen von Wolfgang Welz (2007) gar auf ein Zehntel geschmolzen.

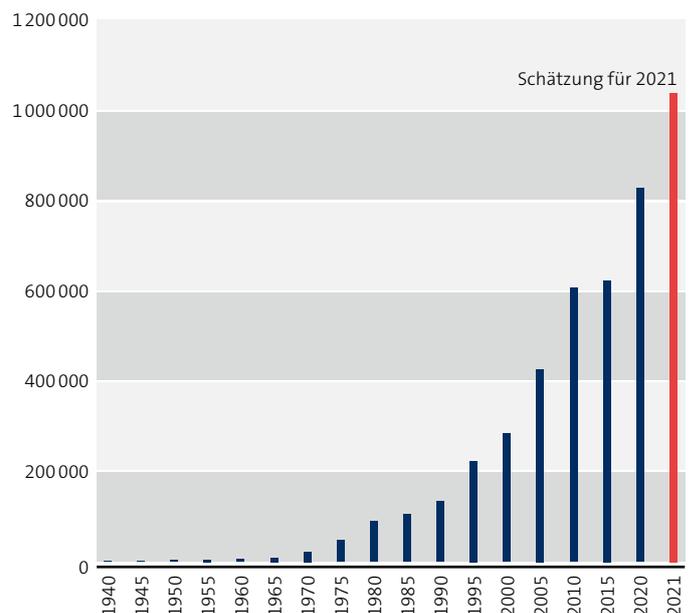
Der Bund hat erkennbare Vorteile, wenn er die „goldenen Zügel“ weiter strafft. Denn zweckgebundene Zuwendungen helfen auch den Regierungsvertretern in Washington bei ihrer Wiederwahl: Die Wohltaten für die Einzelstaaten bzw. Wahlkreise können damit von den Wählerinnen und Wählern besser den federführenden Senatorinnen und Senatoren sowie Abgeordneten zugerechnet werden.

Neben der Wahlkampffinanzierung spielen auch das Wahlrecht und die Organisation von Wahlen – Befugnisse, die den Einzelstaaten obliegen –, eine bedeutsame Rolle. So favorisieren Republikanisch regierte Bundesstaaten derzeit Wahlrechtsbeschränkungen, um Bevölkerungsgruppen, die den Demokraten zuneigen, die Stimmabgabe zu erschweren (siehe auch S. 44).

Nirgends wurde der Kampf um Wahlrechtsbeschränkungen so offensichtlich und heftig ausgefochten wie im Bundesstaat Texas. Ende Mai 2021 verließen Demokratische Abgeordnete sogar eine Sitzung des Repräsentantenhauses in Austin und verhinderten so die reguläre Abstimmung über ein neues Wahlgesetz. Daraufhin berief der Republikanische Gouverneur Greg Abbott eine Sondersitzung ein. Doch auch im Sommer

Bundeszuweisungen an Einzelstaaten und Kommunen, 1940–2021

in Mio. Dollar



Office of Management and Budget, Historical Tables, Tab. 12.1, abrufbar unter: www.whitehouse.gov/omb/historical-tables

2021 setzten sich wieder mehrere Dutzend Demokratische Abgeordnete des texanischen Repräsentantenhauses nach Washington, D.C., ab. Durch ihre Abwesenheit konnte die für eine Abstimmung nötige Anwesenheitsquote von zwei Dritteln erneut nicht erfüllt werden.

Ende August 2021 konnten schließlich die Republikanischen Mehrheiten beider Parlamentskammern im Bundesstaat Texas der Wahlrechtsreform zustimmen. Nach dem Gesetz, das von Gouverneur Abbott Anfang September 2021 unterzeichnet wurde, sollen künftig die Befugnisse parteiischer Wahlbeobachter ausgeweitet und bestimmte Wahlmethoden verboten werden – etwa Abstimmungen aus dem Auto heraus in *Drive-in*-Wahllokalen. Zudem ist es nunmehr untersagt, Zelte, Garagen oder Container als mobile Wahllokale zu nutzen. Offizielle Stellen dürfen künftig auch nicht mehr unaufgefordert Anträge für eine Briefwahl an Wahlberechtigte versenden. Außerdem wird die Briefwahl durch erhöhte Anforderungen an die Identitätsfeststellung erschwert,

wodurch bestimmte Bevölkerungsgruppen, vor allem Minderheiten, benachteiligt werden.

Mit den Reformen wollen die Republikaner angeblich, vor allem auch vom abgewählten Ex-Präsidenten Trump behaupteten Wahlbetrug erschweren. Hingegen sind die Demokraten besorgt, dass die höheren Wahlhürden vor allem Angehörige von Minderheiten vom Wählen abhalten werden, die in der Vergangenheit vermehrt für die Demokraten gestimmt haben.

Wegen der umstrittenen Wahlrechtsreform hat mittlerweile das US-Justizministerium den Staat Texas verklagt. Wie dieser Rechtsstreit letzten Endes vom Obersten Gericht entschieden wird, ist noch nicht absehbar. Dieses Urteil ist aber mitentscheidend für künftige Wahlen und die Qualität der amerikanischen Demokratie. Denn Texas ist nicht der einzige Bundesstaat, in dem die Wahlgesetze verändert werden sollen. Nach der umstrittenen Wahl im November 2020 haben die Republikaner bislang in 17 Staaten Änderungen durchgesetzt, die zum Ziel haben, das Wahlrecht einzuschränken.



AP Photo/Eric Gray



AP Photo/Eric Gray



AP Photo/Eric Gray



AP Photo/LM Otero



AP Photo/LM Otero

Nach der verlorenen Präsidentschaftswahl sorgen Republikanisch regierte Bundesstaaten im Laufe des Jahres 2021 für Wahlrechtsänderungen zu ihren Gunsten, zum Beispiel in Texas. Um die Abstimmung über das entsprechende Gesetz zu verhindern, fliehen die zahlenmäßig unterlegenen Abgeordneten der Demokratischen Partei im Juli nach Washington und hinterlassen im Abgeordnetenhaus leere Sitze. Auch ein Filibuster zur Abstimmungsverzögerung durch die Demokratische Senatorin Alvarado im Senat in Austin am 11. August nützt nichts ...

... die Abstimmung findet am 26. August im Repräsentantenhaus in Austin statt ...

... und mündet erwartungsgemäß in die Unterzeichnung des Gesetzes durch den Republikanischen Gouverneur Greg Abbott in Tyler, Texas, am 7. September 2021.

Da nutzen auch öffentliche Protestaktionen, wie hier in Tyler am gleichen Tag, nichts.

Konkurrenz und Kontrolle: temporale Macht durch Wahlen

Die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger verleihen die Macht an ihre Repräsentanten nur auf Zeit. Heutzutage bilden sie zwei etwa gleichgroße politische Lager und sind immer weniger kompromissbereit.

Alle Macht geht vom Volke aus. Indem Macht nur für eine bestimmte Zeit gewährt wird, soll sie vom Volkssouverän unmittelbar kontrolliert werden können. So wird der US-Präsident für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt; seit dem 22. Verfassungszusatz von 1951 ist die maximale Amtszeit auf zwei Perioden – also acht Jahre – begrenzt. Die Amtszeit der 435 Repräsentanten des Abgeordnetenhauses beträgt zwei Jahre, jene der 100 Senatorinnen und Senatoren sechs Jahre. Alle zwei Jahre steht ein Drittel der Senatssitze zur Wiederwahl an. Während bei den Kongresswahlen in den jeweiligen Wahlkreisen und Einzelstaaten wenig Wettbewerb zwischen den Parteien herrscht und die Amtsinhaber hohe Wiederwahlchancen haben, ist die Nation bei Präsidentschaftswahlen mittlerweile in zwei etwa gleich große Lager gespalten.

Bei Präsidentschaftswahlen ist die Nation inzwischen in zwei annähernd gleich große Lager gespalten. Als Donald Trump im Kampf um seine Wiederwahl im August 2020 Old Forge in Pennsylvania besucht, bietet das eine willkommene Gelegenheit zur Meinungsbekundung.

Wettbewerbsverzerrungen bei Kongresswahlen

Kritische Stimmen fordern seit längerem ein sogenanntes *term limit*, sprich eine maximale Amtsdauer von Mitgliedern des Kongresses, um mehr Wettbewerb bei den Wahlen zu ermöglichen. Denn nur Sitze, die frei werden (*open seats*) – wenn ein Abgeordneter oder Senator etwa aus Altersgründen nicht mehr zur Wiederwahl antritt –, sind wirklich umstritten. Die Amtsinhaber (*incumbents*) genießen einen Amtsbonus aufgrund ihres Bekanntheitsgrades, ihrer Erfahrung sowie ihrer Wohltaten in ihren Wahlkreisen bzw. Einzelstaaten während ihrer bisherigen Mandatstätigkeit. Zudem gehen die üppigen Wahlkampfzuwendungen von Interessengruppen ungeachtet der Parteizugehörigkeit fast ausschließlich an die *incumbents*, Herausforderer haben somit nur Außenseiterchancen.

Der Wettbewerb bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus wird zudem durch das Zuschneiden der Wahlkreise eingeschränkt. Nach jeder alle zehn Jahre stattfindenden Volkszählung sind die Parlamente und/oder Regierungen der Einzelstaaten angehal-



Aktives und passives Wahlrecht

Aktives Wahlrecht: Das Mindestalter für das aktive Wahlrecht wurde mit dem 1971 erlassenen 26. Verfassungszusatz von 21 auf 18 Jahre gesenkt. Wahlberechtigt sind alle Männer und, seit dem 19. Verfassungszusatz von 1920, auch Frauen. Wahlberechtigte müssen sich in Wahlregister ihres Bundesstaates bzw. Wahlkreises eintragen lassen. Dabei muss man sich als potenzieller Wähler/potenzielle Wählerin der Demokraten, Republikaner oder als Unabhängiger identifizieren. Die Registrierung und Angabe der Parteipräferenz ist nötig, um sich an den Vorwahlen beteiligen zu können, in denen die Kandidaten der Parteien gekürt werden. Bei geschlossenen Vorwahlen (*closed primaries*) dürfen nur Wählerinnen und Wähler teilnehmen, die sich als Anhängerinnen bzw. Anhänger der jeweiligen Partei registriert haben. Bei offenen Vorwahlen (*open primaries*) hingegen darf jeder registrierte Wähler teilnehmen. Da die Organisation der Wahlen – auch von denen der nationalen Ebene – im Kompetenzbereich der Einzelstaaten liegt (siehe S. 35, 37), gibt es kein einheitliches, bundesweites Wahlverfahren. In der heutigen Praxis gelten vielfältige Einzelbestimmungen, etwa bei der Registrierung und technischen Durchführung von Wahlen. Die mancherorts für US-amerikanische Verhältnisse hohen Auflagen (etwa die Pflicht, einen gültigen Ausweis oder Urkunden vorzulegen) hemmen die Wahlbeteiligung, insbesondere jene sozial schwacher Schichten. Mit dem Urteil des Supreme Court im Juni 2013 im Fall *Shelby County v. Holder* (siehe S. 9, 10) ist diese Problematik erneut zum Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen geworden, nicht zuletzt zwischen dem Bund und den Einzelstaaten.

Passives Wahlrecht: Die Auflagen für das Recht, gewählt zu werden, sind je nach Amt verschieden: Das Mindestalter, um Präsident zu werden, beträgt 35 Jahre, Senatoren müssen 30, Abgeordnete mindestens 25 Jahre alt sein. Um sich für das höchste Amt im Staate, die Präsidentschaft, zu bewerben, muss der Kandidat oder die Kandidatin die US-amerikanische Staatsangehörigkeit von Geburt an besitzen und in den zurückliegenden 14 Jahren in den USA gelebt haben.

Josef Braml

ten, die Wahlkreisgrenzen für die Wahl ihrer Repräsentanten in Washington den demografischen Entwicklungen anzupassen. Dabei versuchen diese seit jeher, Vorteile für die eigene Partei herauszuschlagen. Seitdem der Gouverneur von Massachusetts, Elbridge Gerry, Anfang des 19. Jahrhunderts einen Wahlkreis derart zuschnitt, dass er – wie ein zeitgenössischer Zeitungs-karikaturist ironisch bemerkte – wie ein Salamander aussah, wird diese Manipulation als „*gerrymandering*“ bezeichnet (eine Kombination aus „Gerry“ und dem Wortende von „Salamander“). Mittlerweile ist die Technik des Zuschneidens derart verfeinert worden, dass in vielen Wahlkreisen der eigentliche Wettbewerb nicht mehr zwischen den Parteien, sondern innerhalb des jeweiligen Lagers ausgetragen wird.

Zudem grenzen sich die Lebensräume der beiden politischen Lager immer stärker voneinander ab. Viele US-Amerikaner wählen ihren Wohnort nach sozialen, ethnischen, religiösen und politischen Kriterien, sie lassen sich dort nieder, wo sie Gleichgesinnte vermuten. Damit werden die Wahlkreise homogener.



Wohnen unter Gleichgesinnten ist vielen ein zunehmendes Anliegen, es bilden sich demokratische oder republikanische „Inseln“. Vorgarten in einem Vorort von Chicago, Illinois, und Geschäftshaus in Cherryville, Pennsylvania, 2020

Die Bewohnerinnen und Bewohner von demokratischen oder republikanischen „Inseln“ haben so noch weniger Möglichkeiten, sich im Alltag mit der Meinung Andersdenkender auseinanderzusetzen, zumal viele auch aufgrund ihrer Berufswahl und ihres Medienkonsums in verschiedenen Welten leben.

Diese beiden Entwicklungen, das politische *gerrymandering* und die gesellschaftliche Abgrenzung, haben dazu beigetragen, dass sich in den Vorwahlen immer mehr Kandidierende mit extremen Positionen durchgesetzt haben, weil sie nunmehr alles daran setzen mussten, den harten Kern der homogenen eigenen Wählerschaft, die sogenannte Basis (*base*), anzusprechen und sich weniger um heterogenere und gemäßigttere Wählerschaften der Mitte bemühen müssen.

Die so gewählten Repräsentanten sind bei ihrer Tätigkeit im Parlament dann auch gut beraten, extreme Positionen zu vertreten. Sie haben keine Anreize, in der Gesetzgebung die nötigen Kompromisse mit dem anderen Lager einzugehen, weil sie damit Gefahr laufen, bei der nächsten Vorwahl von einem parteiinternen Herausforderer angegriffen zu werden, der vorgibt, die Interessen des Wahlkreises kompromissloser zu vertreten. Die sogenannte Polarisierung, das Auseinanderdriften der Positionen in der politischen Auseinandersetzung im Abgeordnetenhaus, hat demnach auch strukturelle, im Wahlsystem und in der Gesellschaft angelegte Gründe.

Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf Politik ...

[...] Am [26. April 2021] [...] wurden erste Daten der alle zehn Jahre stattfindenden Volkszählung aus dem vergangenen Jahr veröffentlicht. Der Befund: Der Süden und der Westen Amerikas wachsen kräftig und werden politisch im Vergleich zum Nordosten und Mittleren Westen immer bedeutsamer. Insgesamt ist die Einwohnerzahl in den Vereinigten Staaten zwischen 2010 und 2020 um 7,4 Prozent auf 331 Millionen gestiegen. Es ist das zweitniedrigste Wachstum seit 1790, teilte das „US Census Bureau“ mit. Nur in den dreißiger Jahren war die Wachstumsrate niedriger. Seinerzeit hing dies mit der Großen Depression zusammen. Heute ist das für amerikanische Verhältnisse niedrige Wachstum eine Folge der restriktiveren Migrationspolitik und einer niedrigeren Geburtenrate. Hinzu kommt, dass die Alterskohorte der Nachkriegsgeneration allmählich aus dem Leben scheidet. [...]

Die Ergebnisse der Volksbefragung sind Grundlage für die Vergabe der Bundesmittel. Nach ihr berechnet sich zudem die Zuteilung der Kongressbezirke zu den Bundesstaaten. Die Zahl der Mitglieder des Repräsentantenhauses ist nämlich auf 435 festgelegt. Durch diese Zuteilung hat die Volkszählung auch Einfluss auf die Wahlmännerstimmen in Präsidentenwahlen. Das Resultat der jüngsten Zählung verschiebt sieben Sitze: Texas erhält künftig zwei zusätzliche Mandate, Florida, Colorado, Montana, North Carolina und Oregon gewinnen jeweils einen weiteren Sitz hinzu. Dagegen werden Kalifornien, Illinois, Michigan, New York, Ohio und Pennsylvania [und West Virginia] je einen Sitz verlieren. Kurzum: der „Sunbelt“ gewinnt, der „Rustbelt“ verliert. Die demographische Verlagerung spiegelt die wirtschaftliche Entwicklung in Amerika wider.

Texas hat seine Zahl an Kongresssitz in den vergangenen hundert Jahren fast verdoppelt; Florida sogar mehr als verfünffacht. Zwar sind die gering besiedelten Bundesstaaten Utah (plus 18 Prozent) und Idaho (plus 17 Prozent) im vergangenen Jahrzehnt die am stärksten wachsenden Regionen gewesen. In absoluten Zahlen wächst jedoch kein Staat so schnell wie Texas (plus 16 Prozent): Mehr als 29 Millionen Einwohner leben dort. Es ist der bevölkerungsreichste Staat nach Kalifornien mit 39,5 Millionen Einwohnern. Seit den siebziger Jahren erhielt der „Lone Star State“ nach jeder Volkszählung mehr Sitze; Florida, das nun New York überrundet hat und mit 21,5 Millionen Einwohnern der drittgrößte Bundesstaat ist, hat nach jedem „Census“ seit 1890 Kongresssitze dazugewonnen.

Auch Kalifornien hat im zwanzigsten Jahrhundert die Zahl seiner Sitze fast verfünffacht. Nach der Zählung von 2010 blieb die Kongressdelegation der Westküste aber erstmals gleich groß; nun verliert der „Golden State“ sogar einen Sitz und verfügt künftig nur noch über 52, da die Bevölkerung lediglich um sechs Prozent wuchs. Freilich hat Kalifornien immer noch die mit Abstand größte Delegation; Texas wird künftig 38 [40 – Anm. J.B.] Mitglieder des Repräsentantenhauses stellen. An der Ostküste setzt sich der Abwärtstrend fort: New York (plus vier Prozent) verliert nun zum achten Mal hintereinander einen

Kongresssitz, Pennsylvania (plus zwei Prozent) sogar nach jeder Zählung seit hundert Jahren. Einen tatsächlichen Bevölkerungsrückgang gibt es nur im wirtschaftlich gebeutelten West Virginia sowie in Illinois und Mississippi. [...]

Majid Sattar, „Amerikas Süden gewinnt“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. April 2021. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

... und Gesellschaft

In den USA sind die Ergebnisse des jüngsten Zensus veröffentlicht worden.

Demnach ging der Anteil der Weißen an der Gesamtbevölkerung zwischen 2010 und 2020 um 8,6 Prozent zurück – auf rund 204 Millionen Menschen. [...]

Nach offiziellen Angaben stellen sie jedoch weiter die größte Bevölkerungsgruppe dar: mit einem Anteil von 61,6 Prozent an der Gesamtbevölkerung von rund 330 Millionen Menschen. [...]

Die Statistiker stellten allerdings fest, dass die US-Bevölkerung deutlich gemischter und vielfältiger sei, als es Zählungen in der Vergangenheit ergeben hätten. Das liege sowohl an demografischen Veränderungen als auch an neuen Erhebungsmethoden.

Weitere Ergebnisse im Überblick:

Die Zahl der Menschen mit spanischen oder lateinamerikanischen Wurzeln wuchs in den USA seit 2010 um 23 Prozent auf rund 62 Millionen. Sie machen damit 18,7 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

In Kalifornien ist diese Gruppe inzwischen die größte: Die Zahl der Menschen mit spanischen oder lateinamerikanischen Wurzeln in dem Bundesstaat stieg auf 39,4 Prozent, während der Anteil der Weißen im selben Zeitraum auf 34,7 Prozent sank.

Der Anteil der Afroamerikaner an der Gesamtbevölkerung liegt bei 12,4 Prozent.

Asiatischstämmige Menschen machen sechs Prozent der Bevölkerung aus.

Einen bedeutsamen Sprung machte die Zahl jener, die sich in den USA als Angehörige mehrerer dieser und anderer Bevölkerungsgruppen identifizieren – in verschiedensten Kombinationen. Ihre Gruppe wuchs laut Zensus von 9 Millionen im Jahr 2010 auf 33,8 Millionen im Jahr 2020 – ein Anstieg um 276 Prozent. [...]

Amerika kennt kein Meldewesen. Deshalb schreibt die Verfassung vor, dass alle zehn Jahre die in Amerika lebenden Menschen gezählt werden müssen. Der erste Zensus fand 1790 statt.

Die Ergebnisse der Volkszählung sind von größter Bedeutung: Jährlich werden mehr als 400 Milliarden Dollar für Kliniken, Schulen, Straßen und andere Infrastruktur nach Maßgabe des Zensus verteilt. [...]

„Zahl der Weißen in den USA geht erstmals zurück“, in: DER SPIEGEL Online vom 13. August 2021 aar/dpa

Präsidentswahlen: die 50:50-Nation

Bei den Präsidentschaftswahlen ist der Wettbewerb zwischen den beiden Parteien sehr viel härter. Die USA scheinen sich zu einer „50:50-Nation“ entwickelt zu haben. Seit den Wahlen von 1984, bei denen der Republikaner Ronald Reagan seinen Demokratischen Herausforderer Walter Mondale deklassierte, gab es keinen Sieger mehr, der viel mehr als 53 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Einige haben sogar mit weniger als der Hälfte der abgegebenen Stimmen (*popular vote*) gewonnen, so zweimal Bill Clinton (1992 und 1996) sowie George W. Bush (2000) und Donald Trump (2016).

Der Demokrat Joe Biden wurde hingegen mit einer Rekordzahl von etwas über 81 Millionen, also der knappen Mehrheit von 51 Prozent der Stimmen, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. Trotz der von seinem Vorgänger Donald Trump geschürten Befürchtungen vor einer umstrittenen Wahl wurde Biden letztendlich am 14. Dezember 2020 mit einer deutlichen Mehrheit von 306 der insgesamt 538 Wahlleute des *electoral college* zum Präsidenten gekürt und am 20. Januar 2021 vereidigt und in den Amt eingeführt.

Doch bei genauerer Betrachtung war Bidens Wahlsieg hauchdünn. Trump fehlten in Georgia, Arizona und Wisconsin, den drei Staaten mit den knappsten Wahlausgängen, zusammengekommen weniger als 45 000 Stimmen, um die Wahl doch noch für sich zu entscheiden. Hätten also nur 45 000 Wählerinnen und Wähler mehr für Trump gestimmt, hätte er im Wahlkollegium 37 weitere Stimmen erhalten und die Präsidentschaftswahl gewonnen. Denn bei einem Gleichstand von jeweils 269 Stimmen wäre laut Verfassung die Wahl dann vom Repräsentantenhaus entschieden worden, wobei jede Einzelstaatsdelegation nur eine Stimme erhalten hätte. Obwohl die Demokraten über

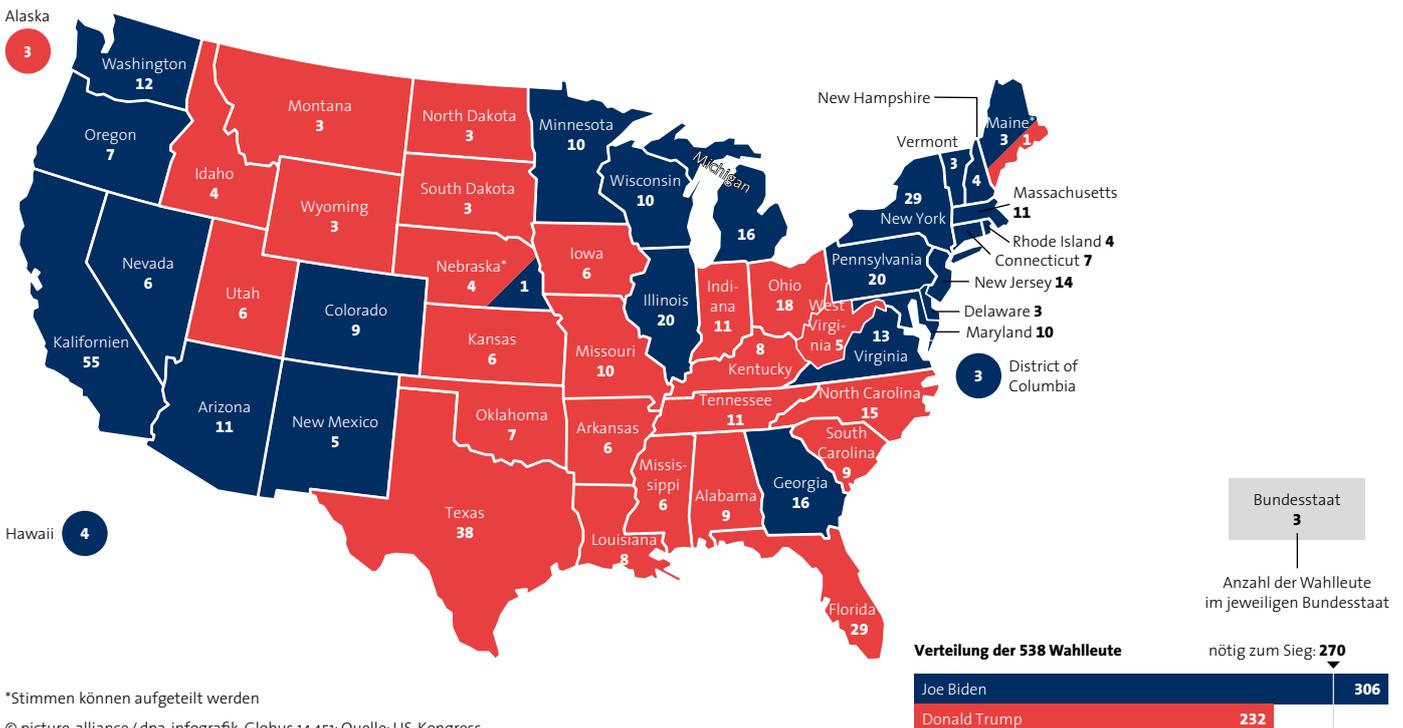
Nach ihrer Stimmabgabe am 14. Dezember 2020 versammeln sich die Wahlleute des Bundesstaates Arizona in Phönix um Arizonas Innenministerin Katie Hobbs (2. Reihe, Mitte) und bekunden demonstrativ ihr Votum. Alle 11 haben für die Demokraten gestimmt.

Am 7. Januar 2021 verkünden Vizepräsident Mike Pence und die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi in Washington, D.C., offiziell das Ergebnis der Stimmauszählung und die Wahl Joe Bidens zum US-Präsidenten, nachdem Anhänger des abgewählten Präsidenten dies am Tag zuvor gewaltsam zu verhindern versucht hatten.



Ergebnis der US-Präsidentschaftswahl 2020

So wurde in den Bundesstaaten gewählt



*Stimmen können aufgeteilt werden

© picture-alliance / dpa-infografik, Globus 14.451; Quelle: US-Kongress

Zentrale Ergebnisse einer Nach-Wahl-Analyse des Pew Research Center

- **Joe Biden konnte bei den Wählerinnen und Wählern in den Vororten zulegen.** Während 2016 nur 45 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Vororten Hillary Clinton unterstützten, erhielt Biden vier Jahre später 54 Prozent der Stimmen dieser Wählerschaft. Gleichzeitig steigerte Trump seinen Stimmenanteil unter den ländlichen Wählenden von 59 (2016) auf 65 Prozent (2020).
- **Donald Trump machte Zugewinne bei der hispanischen Wählerschaft.** Zwar erhielt Biden 2020 die Mehrheit der Stimmen der hispanischen Wählerinnen und Wähler. Doch Trump erzielte Zuwächse in dieser Gruppe. Dabei schnitt Trump bei Latinas und Latinos ohne College-Abschluss wesentlich besser ab als bei hispanischen Wählerinnen und Wählern mit College-Ausbildung (41 versus 30 Prozent).
- **Abgesehen von der kleinen Verschiebung unter der hispanischen Wählerschaft war Joe Bidens Wahlkoalition ethnischer Minderheiten der von Hillary Clinton sehr ähnlich.** Schwarze Wählerinnen und Wähler blieben der Demokratischen Partei mit überwältigender Mehrheit treu und stimmten mit 92 Prozent für Biden.
- **Biden erzielte Gewinne bei Männern, während Trump sich bei Frauen verbesserte und sich somit die Kluft zwischen den Geschlechtern verringerte.** Im Jahr 2020 waren die Stimmen der Männer fast gleichmäßig zwischen Trump und Biden aufgeteilt, anders als 2016, als Trump deren Stimmen noch mit 11 Punkten Vorsprung gewann. Trump erzielte 2020 einen etwas größeren Anteil an Frauenstimmen als 2016 (44 versus 39 Prozent), während Bidens Anteil unter den Frauen fast identisch mit dem von Clinton war (55 versus 54 Prozent).
- **Biden verbesserte sich gegenüber Clinton unter Weißen Wählenden ohne College-Abschluss.** Weiße Wählerinnen und Wähler ohne College-Abschluss waren entscheidend für Trumps Sieg im Jahr 2016, als er diese Gruppe mit 64 zu 28 Prozent gewann. Im Jahr 2020 verbesserte Biden Clintons Leistung bei den Wahlen 2016, indem er 33 Prozent dieser Stimmen erhielt. Aber Trumps Stimmenanteil in dieser Gruppe – die in diesem Jahr 42 Prozent der gesamten Wählerschaft ausmachte – war fast identisch mit seinem Stimmenanteil im Jahr 2016 (65 Prozent).
- **Biden erhielt etwas größere Unterstützung bei einigen religiösen Gruppen, während Trump seinen Vorsprung behauptete.** Trumps ohnehin starke Unterstützung unter Weißen evangelikalen Protestantinnen und Protestanten stieg weiter an (von 77 Prozent im Jahr 2016 auf 84 Prozent im Jahr 2020). Hingegen unterstützten mehr Wählende, die sich als Atheisten und Agnostiker verstehen, Biden als vier Jahre zuvor Clinton.

Josef Braml

Wahlentscheidende Faktoren bei den Präsidentschaftswahlen 2020

	Anteil (in %) der Wählenden	Biden-Wählerinnen und Wähler	Trump-Wählerinnen und Wähler
Anteil der Gesamtstimmen		51,3	46,9
Geschlecht			
Männer	48	45	57
Frauen	52	53	42
Ethnische Zugehörigkeit			
Weiße	67	41	58
Afroamerikaner	13	87	12
Hispanics	13	65	32
Asiaten	4	61	34
Alter			
18–29 Jahre alt	17	60	36
30–44	23	52	46
45–64	38	49	50
65 und älter	22	47	52
Parteiidentifikation			
Demokrat	37	94	5
Republikaner	36	6	94
Unabhängige	26	54	41
Einkommen			
Weniger als 50 000 Dollar	35	55	44
50 000 bis 99 999	39	57	42
100 000 und mehr	26	42	54
Finanzielle Lage der Familie im Vergleich zu vor vier Jahren			
Besser	41	26	72
Schlechter	20	77	20
Gleich	39	65	34
Wichtigstes Thema/Problemfeld			
Racial inequality	20	92	7
Gesundheitspolitik	11	62	37
Coronavirus-Pandemie	17	81	15
Die Wirtschaft	35	17	83
Kriminalität und Sicherheit	11	27	71
Religion			
Protestanten / andere christliche Gruppierungen	43	39	60
Katholiken	25	52	47
Jüdisch	2	k.A.	k.A.
Andere Religion	8	69	29
Keine Religion	22	65	31
Beurteilung der wirtschaftlichen Lage			
Exzellent oder gut	49	22	78
Nicht so gut oder schlecht	50	80	17
Bildung			
Hochschulabschluss	41	55	43
Kein Hochschulabschluss	59	48	50
Hat mehr Wirtschaftskompetenz			
Joe Biden	49	96	2
Donald Trump	49	6	92

Exit Polls des National Election Pool 2020

Weniger als 100 = keine oder andere Angabe.

Sitzverteilung im US-Kongress

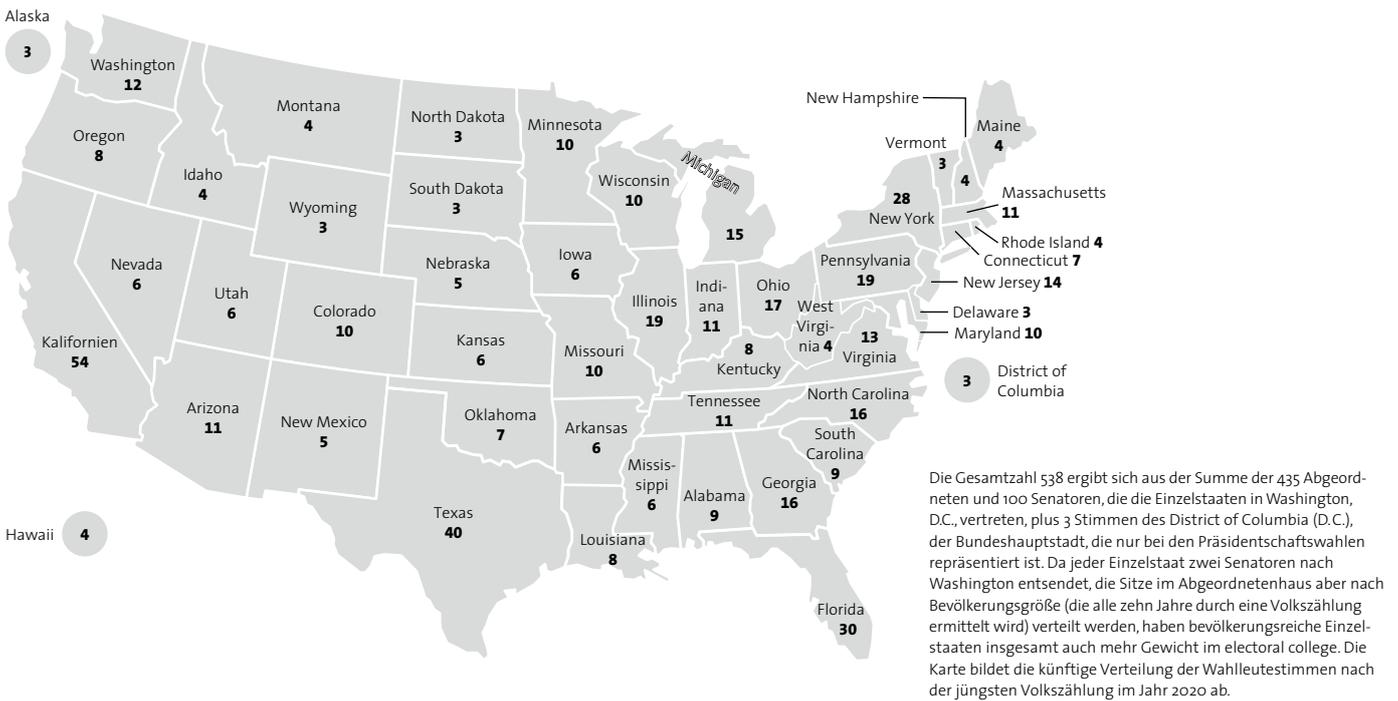
117. Legislaturperiode, seit 3.1.2021; Stand: März 2021

	Abgeordnetenhaus	Senat
Republikaner	212	50
Demokraten	219	48
Unabhängige	–	2 (beide stimmen regelmäßig mit den Demokraten ab)
Vakante Sitze*	4	–
Gesamt	435	100

*Vorzeitig ausgeschiedene Abgeordnete werden noch durch Nachwahlen besetzt.
United States Congress

Künftige Verteilung der Wahlleute bei der Präsidentschaftswahl

Zahl der Wahlleute je Bundesstaat (insgesamt 538), für einen Sieg müssen mindestens 270 Stimmen gewonnen werden



Jahr	Gewinner der Präsidentschaftswahl	Anzahl der Stimmen des Gewinners / Wahlleute insgesamt*	Jahr	Gewinner der Präsidentschaftswahl	Anzahl der Stimmen des Gewinners / Wahlleute insgesamt*	Jahr	Gewinner der Präsidentschaftswahl	Anzahl der Stimmen des Gewinners / Wahlleute insgesamt*
1944	Roosevelt D	432/531	1972	Nixon R	520/538	2000	Bush jr. R	271/538
1948	Truman D	303/531	1976	Carter D	297/538	2004	Bush jr. R	286/538
1952	Eisenhower R	442/531	1980	Reagan R	489/538	2008	Obama D	365/538
1956	Eisenhower R	457/531	1984	Reagan R	525/538	2012	Obama D	332/538
1960	Kennedy D	303/537	1988	Bush R	428/538	2016	Trump R	304/538
1964	Johnson D	486/538	1992	Clinton D	370/538	2020	Biden D	306/538
1968	Nixon R	301/538	1996	Clinton D	379/538			

D = Demokrat / **R** = Republikaner

* U.S. Electoral College, www.npr.org/2021/04/26/983082132/census-to-release-1st-results-that-shift-electoral-college-house-seats
 © picture-alliance / dpa-infografik, Globus 1904

eine Mehrheit im Repräsentantenhaus verfügen, haben mehr Einzelstaatsdelegationen Republikanische Mehrheiten. Trump wäre wiedergewählt worden.

Dass es trotz eines deutlichen Vorsprungs bei den Gesamtstimmen (*popular vote*) einmal mehr zu einer knappen Entscheidung beim Wahlausgang kam, liegt an der Zusammensetzung des Wahlkollegiums (*electoral college*) und dessen entscheidender Abstimmung (*electoral vote*). Mit zwei Ausnahmen – Maine und Nebraska, die ihre Stimmen entsprechend den Mehrheiten in kleineren Einheiten (Wahlkreisen) auf beide Kandidaten verteilen – erhält der Gewinner eines Einzelstaates alle Wahlleutestimmen, die dieser zu vergeben hat: „*The winner takes it all*“ lautet das Prinzip. Gewählt ist schließlich derjenige, der mindestens 270 Stimmen, also mehr als die Hälfte der zu vergebenden 538 Wahlleutestimmen, erzielt.

Bevölkerungsreiche Staaten zählen mehr als spärlich besiedelte: Nach der jüngsten Volkszählung im Jahr 2020 entsendet Kalifornien künftig 54, Wyoming dagegen nur drei Wahlmänner und -frauen ins Kollegium. Letzten Endes ist jedoch weniger die Größe der Einzelstaaten als vielmehr ein anderes Kriterium von Bedeutung: Da aufgrund des bisherigen Wählerverhaltens viele Staaten ohnehin als vergeben anzusehen sind

(zum Beispiel gehen die Wahlleutestimmen Kaliforniens und New Yorks regelmäßig an die Demokraten, die Stimmen von Texas an die Republikaner), sind nur einige hart umkämpfte Einzelstaaten (*battleground states*) wirklich wahlentscheidend. Das sind vor allem solche, die in der Vergangenheit zwischen den beiden Parteien hin- und hergependelt sind und deshalb auch als *swing states* bezeichnet werden.

Während die meisten Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika von den Wahlkampagnen mehr oder weniger unbehelligt bleiben, konzentriert sich die Aufmerksamkeit und geballte Finanzkraft der Präsidentschaftskandidaten und der sie unterstützenden sogenannten externen Organisationen auf etwas mehr als ein Dutzend hart umkämpfter Staaten: Florida (mit 30 Wahlleutestimmen), Pennsylvania (19), Ohio (17), Michigan (15), Georgia (16), North Carolina (16), Virginia (13), Arizona (11), Wisconsin (10), Minnesota (10), Colorado (10), Iowa (6), Nevada (6) und New Hampshire (4). Um aussagekräftige Prognosen zu gewinnen, sollte man sich daher weniger – wie in Deutschland üblich – auf nationale Umfragen stützen, sondern auf jene Einzelstaaten konzentrieren, die letzten Endes ausschlaggebend sind.

Wahlrechtsänderungen als Mittel zum Machterhalt?

[...]. Die Parlamentsmehrheit [in Talahassee, Florida] verabschiedete [im April 2021] Änderungen des Wahlgesetzes. Florida folgt damit dem Beispiel Georgias, wo eine ähnliche „Wahlrechtsreform“ gebilligt worden war. [...]

Worum geht es? Das Gesetz erschwert vor allem die Möglichkeiten der Brief- und Frühwahl, von der im vergangenen Jahr pandemiebedingt überproportional Demokraten Gebrauch gemacht hatten. Es sieht vor, dass Wähler sich – anders als bisher – nicht mehr generell als Briefwähler registrieren lassen können, sondern bei jeder einzelnen Wahl die Briefwahl beantragen müssen. Zudem werden die Regularien für Frühwähler verschärft: So sollen mobile Wahllokale verboten werden und feste Standorte für Wahlurnen nur noch zu bestimmten Tageszeiten geöffnet sein. Wähler müssen sich künftig mit einem in Florida ausgestellten Führerschein ausweisen – bislang reichte die Registrierung des Wählers und der Unterschriftenabgleich aus. Letzterer wird künftig zudem auf die letzte elektronisch erfasste Unterschrift beschränkt, was nach Meinung der Kritiker die Möglichkeit der Nichtübereinstimmung erhöht. Auch soll es Familienmitgliedern nur noch eingeschränkt möglich sein, verschlossene Stimmzettel etwa für die Großeltern oder erkrankte Verwandte abzugeben.

Die Änderungen orientieren sich an dem Gesetz von Georgia, das noch weitgehender ist. In dem Südstaat, in dem es nach dem 3. November zu den schärfsten Auseinandersetzungen kam und Trump die republikanischen Wahlbehörden in Atlanta massiv unter Druck setzte, ausreichend Stimmzettel „zu finden“, damit er vorne liege, wird künftig die Zahl der Wahllokale, in denen Frühwähler ihre Stimmzettel abgeben können, erheblich reduziert. So gab es in den vier bevölkerungsreichsten Kreisen Georgias – allesamt Hochburgen der Demokraten – im Jahr 2020 94 Wahllokale zur vorzeitigen Stimmabgabe; 2022 werden es nur noch 23 sein. Schon im vergangenen Herbst war es zu langen Schlangen vor den Wahllokalen gekommen, in denen ältere Bürger zum Teil stundenlang warten mussten. Künftig ist es in Georgia verboten, dass Wahlhelfer der Parteien den Wählern Getränke oder Snacks anbieten – offiziell um Wählerbeeinflussung zu unterbinden.

Aus deutscher Sicht erscheint es zunächst unproblematisch, dass sich Wähler mit einem Personalausweis identifizieren müssen. Auch lässt der Umstand, dass eine Briefwahl eigens beantragt werden muss, noch keine Alarmglocken schlagen. Warum geißelt Präsident Biden dann die Maßnahmen als neue „Jim Crow“-Gesetze – in Anlehnung an Bestimmungen in den Südstaaten nach der Abschaffung der Sklaverei, mit denen Afroamerikanern etwa über schikanöse Lese- und Schreibtests das Wahlrecht genommen wurde? Warum wenden sich auch Unternehmen gegen „Wählerunterdrückung“ und drohen damit, ihre Standorte in Georgia aufzugeben?

Kritiker der Wahlrechtsänderungen verweisen darauf, dass es überhaupt keine Beweise für Wahlbetrug in einer Größenordnung gegeben habe, die das Resultat hätte beeinflussen können. Die Summe der Einzelmaßnahmen zielt darauf, insbesondere Afroamerikanern und anderen „persons of color“ die Stimmabgabe zu erschweren. Die Mehrheit der republikanischen Wähler sei weiß, lebe in Vororten, wähle am eigentlichen Wahltag und verfüge über einen Führerschein, der in Amerika als Ausweisdokument gilt.

Afroamerikanische Bürger, die zu achtzig Prozent den Demokraten zuneigen, sind traditionell schwerer zu mobilisieren. Für diese werden die Wahlhürden nun erhöht: sei es durch die restriktiven Öffnungszeiten der Wahllokale für Frühwähler, die Bürger, die zwei oder drei Jobs haben, um über die Runden zu kommen, entmutigen. Sei es durch die Reduzierung der Wahllokale oder durch verschärfte Ausweispflichten. So manche ältere schwarze Dame etwa, die zum Beispiel weder Auto fährt noch je das Land verlassen hat und folglich auch keinen Pass besitzt, verfügt über gar kein Ausweisdokument. Ihre historisch bedingt geringe Neigung, sich an die Behörden zu wenden, wird durch weite Wege nicht größer. In mehrheitlich schwarzen Wohngebieten ist nicht nur die Dichte an Wahllokalen, sondern auch jene an Bürgerämtern geringer. [...]

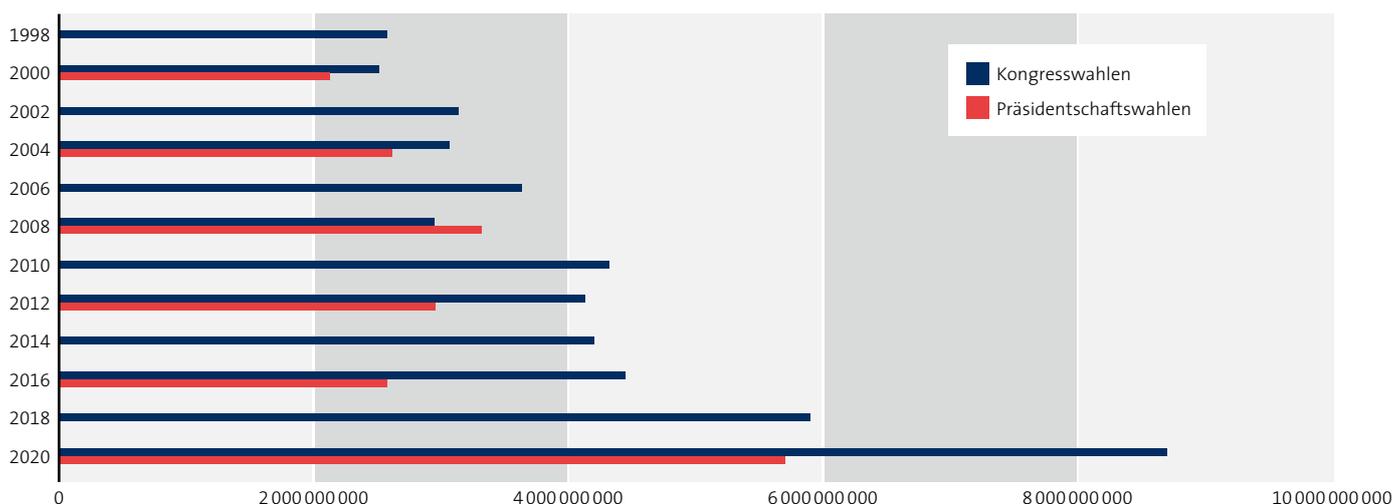
Majid Sattar, „Ein Schlachtfeld im großen Kulturkampf“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Mai 2021; © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv



Wer über ein politisches Netzwerk von Basisorganisationen verfügt, kann deren Mitglieder von Haus zu Haus schicken, um Wählerstimmen einzuwerben. Haustürwahlkampf für den Demokraten Bernie Sanders im Rahmen der Vorwahlen in Iowa im Januar 2020

Gesamtkosten der US-Wahlkämpfe, 1998–2020

in US-Dollar, inflationsbereinigt



Quelle: Center for Responsive Politics, <https://www.opensecrets.org/elections-overview/cost-of-election>

Geteilte Regierung durch Zwischenwahlen

Was vielen Menschen, die nur alle vier Jahre das Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Präsidentschaftskandidaten verfolgen, nicht bewusst ist: Mindestens genauso wichtig wie der Wettkampf um das Weiße Haus sind die Kongresswahlen. 435 Sitze im Abgeordnetenhaus und ein Drittel des 100-köpfigen Senats stehen alle zwei Jahre zur Wiederwahl.

Mit den Zwischenwahlen, das heißt den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Senat, die nicht mit den Präsidentschaftswahlen zusammenfallen und somit zwei Jahre nach Beginn der Amtszeit des Präsidenten stattfinden, können die Wählerinnen und Wähler den Spielraum der Exekutive einmal mehr in ihrem Sinne beeinflussen: indem sie dem Präsidenten zu Mehrheiten seiner Partei in beiden Kammern des Kongresses, also zu einem *unified government*, verhelfen, oder aber ihn durch ein *divided government* hemmen. Bei dieser Konstellation wird mindestens eine Kammer des Kongresses von der anderen Partei kontrolliert.

Ob die Wählerinnen und Wähler bei ihrer Entscheidung wirklich die Gewaltenteilung im Sinn haben, ist jedoch fraglich. Vielmehr dürften sie ihre Abgeordneten bzw. Senatorinnen und Senatoren nach ihren Fähigkeiten und Leistungen beurteilen, um so die wirtschaftliche und soziale Lage in ihrem Wahlkreis bzw. Einzelstaat zu verbessern – nach Kriterien also, die die Wählerschaft unmittelbar persönlich betreffen.

Wahlkämpfe: Finanzierung und Mobilisierung

Die Wählenden, aber auch Interessengruppen können ihrer Stimme mit Geldspenden noch mehr Gehör verschaffen. Im sogenannten permanenten Wahlkampf müssen 435 Abgeordnete und ein Drittel der 100 Senatorinnen und Senatoren einmal mehr – ohne große Hilfestellung ihrer Parteien – als politische Einzelunternehmer schier unvorstellbare Geldsummen einwer-

ben, um ihre Wiederwahl zu sichern. Ebenso sind die Bewerber um die Präsidentschaft immer wieder angehalten, neue Rekorde bei der Einwerbung von Spenden zu brechen. Damit sind Politiker in den USA sehr offen für die „Kommunikation“ der Interessengruppen geworden, zumal die Obersten Richter finanzielle Zuwendungen im Wahlkampf wiederholt als Ausdruck der Meinungsfreiheit (*freedom of speech*) interpretiert haben, die nicht gesetzlich reglementiert werden dürfe.

Als der *Supreme Court* 1976 im Fall *Buckley v. Valeo* die gesetzliche Regelung der Politikfinanzierung (die Wahlkampfspenden und die Ausgaben der Kandidaten begrenzt hätte) wegen Einschränkung der persönlichen Meinungsfreiheit für verfassungswidrig erklärte, wurde die rechtliche und institutionelle Position von Partikularinteressen entscheidend aufgewertet. Die spezifische US-amerikanische Interpretation der *freedom of speech* bedeutet zum einen, dass Meinungen und Interessen bestimmter Gruppen mehr Gehör finden als die anderer. Es wird zum anderen auch zunehmend schwierig, in dem immer größer werdenden Chor von *political action committees* (PACs) (siehe auch S. 52), Super PACs, Wirtschaftsvertretern, Interessengruppen und betuchten Privatleuten die Stimme der politischen Parteien herauszuhören.

Seitdem der *Supreme Court* am 21. Januar 2010 im Fall *Citizens United v. Federal Election Commission* einmal mehr den ersten Verfassungszusatz der Meinungsfreiheit hochhielt, sind alle Dämme gebrochen. Der infolge des Skandals um die Bilanzfälschungen und politischen Verbindungen des texanischen Energiehandelsunternehmens *Enron* im März 2002 verabschiedete *Bipartisan Campaign Reform Act* wurde in seinen wesentlichen Bestimmungen wieder aufgeweicht. Die gesetzliche Regulierung, die sogenannte unabhängige Ausgaben (*independent expenditures*) sowie Themen- und Anzeigenkampagnen (*electioneering communication*) von Unternehmen, Gewerkschaften und auch gemeinnützigen Organisationen einschränkte, wurde für verfassungswidrig erklärt. Das *Center for Responsive Politics* schätzte die Ausgaben der „*non-party outside groups*“ bereits im Wahlkampf 2012 auf über eine Milliarde Dollar. Freilich dürfen diese sogenannten externen Organisationen ihre Aktivitäten nicht mit den Kandidaten koordinieren, wenn sie etwa in Schlamm-

schlachten deren Gegner mit Negativ-Anzeigenkampagnen (*negative ads*) überziehen. Doch wer will das kontrollieren, bei der Vielzahl interessierter Akteure, die *electioneering communication* betreiben?

Selbst die nachprüfbaren Zuwendungen – sowohl für die Präsidentschaftswahlkämpfe als auch für die Kongresswahlen – haben mittlerweile astronomische Höhen erreicht.

Es gibt noch andere Machtwährungen. Wer über ein politisches Netzwerk von Basisorganisationen verfügt, kann über eine Vielzahl Gleichgesinnter, die von Haus zu Haus gehen, potenzielle Wählerinnen und Wähler direkt ansprechen und ist nicht auf die diffuse und teure Massenkommunikation der Fernsehsender angewiesen.

Bereits in den 1970er-Jahren kommunizierten die Pioniere der Christlich Rechten mit Gleichgesinnten unmittelbar über sogenannte *Direct-Mail*-Kanäle. Zielgruppenspezifische Kommunikationsformen mit geringen Streuverlusten wie Briefappelle, die mittlerweile durch E-Mail-Kommunikation und Soziale Netzwerke wie *Facebook* und *Twitter* ersetzt wurden, sind besonders gut geeignet, kostengünstig den harten Kern der Stammwählerschaft zu mobilisieren und Wahlkampfgeld zu akquirieren. Neue Verkehrs- und Kommunikationswege erhöhten nicht nur die physische, sondern auch die soziale Mobilität der Menschen und damit auch die Dynamik in der politischen Parteienlandschaft.

Wanderung der Wählerschaft

Sehr deutlich wurden die Veränderungen sozialer und politischer Mobilitätsmuster bereits durch die Auflösung von Roosevelts „*New Deal*“-Koalition. Sie hatte bis in die 1960er-Jahre Bestand und umfasste neben Katholiken, Juden, afroamerikanischen und (liberalen) *Mainline*-Protestanten auch (konservative) Evangelikale, insbesondere in den Südstaaten. Ausschlaggebend war vor allem die Umorientierung evangelikal-protestantischer, teilweise auch katholischer Wählerinnen und Wähler von der Demokratischen zur Republikanischen Partei. Diese Umorientierung bei zentralen Wählergruppen, das sogenannte *realignment*, war in den Südstaaten sehr ausgeprägt.

Die Umorientierung hatte mehrere Beweggründe: Zum einen setzte nach dem Zweiten Weltkrieg eine Binnenmigration ein. Teile der afroamerikanischen Landbevölkerung des Südens suchten Arbeit im industrialisierten Nordosten des Landes. Umgekehrt kamen viele Weiße im Zuge der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklung in den Süden.

Aus Protest gegen den *Civil Rights Act* von 1964 wechselten zahlreiche „*Dixiecrats*“, konservative Südstaaten-Demokraten, die sich für Rassentrennung stark machten, ins Lager der Republikaner. Das Abtreibungsurteil des Obersten Gerichts im Fall *Roe v. Wade* (1973), die Infragestellung der Steuerbegünstigung christlicher Schulen (1978) sowie das politische Engagement der Frauenrechts- und der Schwulenbewegung brachte all jene Christlich Rechten auf den Plan, die die traditionellen Werte (*family/moral values*) gefährdet sahen.

Religiös-konservatives Milieu

Die Republikanische Partei konnte in den vergangenen Jahrzehnten starke Zugewinne im „*Bible Belt*“ verzeichnen, in den ländlichen Gegenden des Südens und Teilen des Mittleren Westens, in denen der evangelikale Protestantismus am stärksten verbreitet ist. „Wenn die Republikanische Partei konservative religiöse Wähler benötigt, so gilt auch umgekehrt: Evangelikale, Sozial-/Moralkonservative und vor allem die Christlich Rechte benötigen die Republikaner. Religiöse Konservative sind am einflussreichsten, wenn sie Teil einer größeren konservativen Koalition sind, und die Republikanische Partei ist dafür die zugänglichste Institution“ so der Politikwissenschaftler John C. Green 1994. Dieses pragmatische Verständnis bildet bis heute die Grundlage für die Machtsymbiose zwischen der Republikanischen Partei und dem Organisationsgeflecht der Christlich Rechten.

Sie ist das Ergebnis eines langwierigen Lernprozesses sowohl der Republikanischen Parteistrategen als auch der Christlich Rechten, der sie von den Anfängen fundamentalistischen Sektierertums in ein Stadium des politischen Pragmatismus führte. Politische Unternehmer, die religiöse Autorität sowie Hochachtung unter evangelikalen Christen genießen, gaben der abstrakten Idee der „*Christian Right*“ Gestalt und inneren Zusammenhalt, indem sie ein Organisationsgeflecht an der politischen Basis schufen. Unter ihnen sind Persönlichkeiten wie der Fern-



Religiös-Konservative sorgen sich besonders um den Schutz der traditionellen Familie. 2014 wehren sich religiöse Arbeitgeber mit einer Klage vor dem Obersten Gerichtshof dagegen, dass die von ihnen zu leistende Krankenversicherung für ihre Beschäftigten auch Maßnahmen zur Geburtenverhütung einschließt. Ihrer Klage wird stattgegeben.



Wirtschaftslibertäre sind gegen Steuererhöhungen und für einen schlanken Staat. Deshalb unterstützen sie eine entsprechende Steuerreform der Trump-Administration, die deren Sprecherin Kellyanne Conway am 7. November 2017 vor der Presse verkündet. Unter den Umstehenden rechts außen Grover Norquist, der Chefstrategie der libertären Bewegung

sehprediger Pat Robertson oder James Dobson, der Think Tanks wie *Focus on the Family* oder den *Family Research Council* gründete, sowie der politische Netzwerker Gary Bauer – um einige der prominentesten zu nennen, die gleichwohl der allgemeinen Bevölkerung wenig bekannt sind.

„Betrachtet man die Gesamtheit der Organisationen auf der Neuen Rechten, so übernehmen diese Aufgaben, die in westeuropäischen parlamentarischen Regierungssystemen überwiegend oder ausschließlich von Parteien wahrgenommen werden“, brachte es bereits in den 1980er-Jahren der Parteienforscher und Kenner US-amerikanischer Politik Peter Lösche auf den Punkt. „In ihnen sind häufig junge, hochintelligente, eiskalte Politmanager tätig, die nicht nur wissen, wie man organisiert, mobilisiert, manipuliert und Wahlkämpfe führt, sondern dabei auch die neuen Technologien einsetzen.“

Noch umtriebiger und erfolgreicher war Steve Bannon, der ehemalige Chef der rechtspopulistischen Website *Breitbart News Network*. Bannon förderte die *Alt-Right* (kurz für *alternative right*, deutsch: alternative Rechte). Diese unter anderem auch rassistische und antisemitische Bewegung sieht die Identität der Weißen christlichen Bevölkerung Amerikas bedroht. Auch Bannon selbst vermengte biblisches Endzeitvokabular mit rassistischem Denken: Die Weißen Bürger Amerikas, des von Gott auserwählten Volkes, müssen gegen das „Biest“ kämpfen. Im Entscheidungskampf des Guten gegen das Böse sah Bannon sowohl innere als auch äußere Feinde. Sein nationalistischer Rassismus richtete sich im Inneren gegen Schwarze und Feministinnen und in verklausulierter Sprache auch gegen Juden. Denn das Böse in der Welt sei durch die „Globalisten“ verursacht und dem internationalen Finanzkapital geschuldet, das er zum Wohle der amerikanischen Arbeiter bekämpfen müsse. Bevor er Trumps Chefpropagandist wurde und diesem in der entscheidenden Phase zum Wahlsieg verhalf, hatte Bannon zur Durchsetzung seiner populistisch-nationalistischen Agenda zeitweilig auf Vertreterinnen der *Tea-Party*-Bewegung wie Sarah Palin und Michele Bachmann gesetzt.

Verbindung Religiös-Konservativer und Wirtschaftslibertärer

Politisch verwandt mit den Christlich Rechten sind die Libertären, die mit gleichbleibend üppiger Finanzierung, aber wechselnden, jeweils medienwirksamen Bezeichnungen, unter anderem als sogenanntes *Tea Party Movement*, in Aktion treten. Die Übergänge beider Gruppierungen sind fließend. Während Christlich Rechte sich vor allem gegen Abtreibung und gleichgeschlechtliche Eheschließungen einsetzen, sind die libertären Aktivisten bestrebt, den Staat so klein wie möglich zu machen, damit man ihn „wie ein Baby im Bade ertränken“ könne, so Grover Norquist, Chef der Vereinigung *Americans for Tax Reform* und Strategie der libertären Bewegung. Norquist hat die große Mehrheit der Republikaner im Abgeordnetenhaus und im Senat dazu gebracht, einen öffentlichen Eid (*pledge*) zu leisten, dass sie keiner Steuererhöhung zustimmen werden. Damit begrenzt der Lobbyist Norquist den Republikanischen Abgeordneten sowie Senatorinnen und Senatoren ihren politischen Bewegungsspielraum, der nötig wäre, um Kompromisse in der Gesetzgebung zu finden.

Anders als in der Sexualmoral stimmen die Vorstellungen der rechten Christen bei wirtschaftspolitischen Themen durchaus mit dem Denken libertärer Republikaner überein. Sie sind sich einig in der Zielsetzung, den Einfluss des Staates auf die Wirtschaft zu reduzieren. Während wirtschaftslibertär überzeugte Republikaner an die „unsichtbare Hand“ des Marktes glauben, sind für überzeugte Evangelikale persönliche Verfehlungen und unmoralisches Handeln die Ursache für wirtschaftliches Versagen. Staatliche Sozialleistungen und Wohlfahrt haben in diesem Denken keinen Platz.

„*Defunding the government*“, lautet ihr Slogan, und das bedeutet, dem Staat keine Mittel zur Verfügung zu stellen, es sei denn, die Finanzierung betrifft militärische oder sicherheitspolitische Belange. „Weniger Sozialstaat“ und „weniger Steuern“ sind Glaubenssätze konservativen Wirtschaftsdenkens in den Vereinigten Staaten. Wirtschaftssubjekte gelten als Individuen

in freier Verantwortung. Staatliche Interventionen durch Wirtschafts- oder gar Sozialpolitik sind demzufolge überflüssig, ja kontraproduktiv.

Konservative und liberale Demokraten

Dieses staatskritische Gedankengut war auch Thema des Buches „*Losing Ground*“, das Mitte der 1980er-Jahre erschien und das in den USA als eines der einflussreichsten Werke des 20. Jahrhunderts gilt. Sein Autor, Charles Murray, nahm darin eine gnadenlose Abrechnung mit der amerikanischen Sozialpolitik der vergangenen drei Jahrzehnte (1950–1980) vor. Das Buch wurde zum Ausgangspunkt einer nachhaltigen Debatte, die gemäß dem Slogan „Ideen haben Konsequenzen“ durch konservative, von Privatinteressen finanzierte Think Tanks auch über Parteigrenzen hinweg verbreitet und in praktische Politik übersetzt wurde.

Denn augenscheinlich trug diese Debatte wesentlich dazu bei, dass die Regierung von Bill Clinton 1996 dem Wohlfahrtsstaat ein „Ende“ bereitete. Einen Beleg dafür zitiert das *Manhattan Institute*, einer der konservativen Think Tanks, die Murrys Schaffen gefördert haben, in seinem Nachwuchsnetzwerk. Danach lobte Clinton im Dezember 1993, in einem Interview mit dem Sender *NBC News*, Murrys Gedanken: „Er hat dem Land einen großen Dienst erwiesen. Ich meine, er und ich haben oft unterschiedliche Meinungen, aber ich denke, dass seine Analyse im Wesentlichen richtig ist.“

Dagegen fordert eine neuere Generation von Demokratinnen und Demokraten, die Bernie Sanders' sozial-liberale politische Ideen vertreten, insbesondere seit den gravierenden sozio-ökonomischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008 wieder mehr staatliche Interventionen in Form von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie versuchen die Zentristen Clintonscher Prägung herauszufordern, die ihrerseits freie Märkte und Deregulierung befürworten. Letztere sitzen jedoch bis heute am längeren Hebel, zumal sie sich bei den immer teurer werdenden Wahlkämpfen auf die finanziellen Zuwendungen der *Wall Street*, von Großunternehmen und Vermögenden stützen können.

Staatlicher Einfluss auf die Wirtschaft, Sozialpolitik und damit verbundene steuerliche Belastungen stoßen in den Vereinigten Staaten auf eine weit verbreitete Ablehnung.



Demokratisierung des Wahlkampfes durch Kleinspenden?

Auch das Wirken von den Republikanern nahestehenden Milliarden wie den Brüdern Charles und (dem mittlerweile verstorbenen) David Koch, die neben libertären Think Tanks wie *Cato* auch die *Tea-Party*-Bewegung finanziell unterstützen, verdeutlicht, dass sich in den USA der politische Prozess nicht, wie es die politikromantische Bezeichnung „Graswurzelbewegung“ suggeriert, von der Basis her wildwüchsig formiert, sondern „von oben“ gesteuert wird. Das mittlerweile bestehende Netzwerk vieler Kleinspender an der Basis musste mit Startkapital finanzkräftiger Unternehmen, das im Englischen beziehungsweise „*seed money*“ (Saatgeld) genannt wird, kultiviert und zur Blüte gebracht werden.

Gleichwohl begrüßen einige Fachleute diese Entwicklung als Demokratisierung der Wahlkampffinanzierung: durch sogenanntes *crowdfunding* habe die Macht der Kleinspender zugenommen. So machten erstmals auch viele Anhänger der Demokratischen Partei ihrem Unmut über die Politik des Republikaners George W. Bush Luft, indem sie via Internet den Demokraten Geld spendeten. Durch den Einsatz solch moderner Kommunikationsmittel gelang es dem Herausforderer John Kerry im Präsidentschaftswahlkampf 2004, den traditionellen Vorsprung der Republikaner beim Eintreiben von Wahlkampfspenden wettzumachen. Dabei waren Einzelspenden über das Internet Kerrys am üppigsten sprudelnde Finanzierungsquelle, wie in der *Washington Post* vom 17. Juni und 21. Juli 2004 nachzulesen war.

Doch die Republikaner unter der Führung von Karl Rove, dem „Architekten“ des Wahlsiegs von George W. Bush, waren noch effektiver, ihre vor allem religiös-rechte Basis an Kleinspendern zu erweitern und mit Hilfe des Internets zu mobilisieren. Als großer Vorteil erwies sich dabei, dass bei der persönlichen Ansprache der religiösen Kernklientel über die digitalen Medien die moderate Wählerschaft nicht verprellt oder weitere politische Gegner aktiviert wurden, was bei diffus gestreuten Fernsehkampagnen häufig der Fall war.

Die Wahlkämpfer von Barack Obama perfektionierten diese Strategie. In den Präsidentschaftswahlkämpfen 2008 und 2012 gelang es ihnen, jeweils sowohl im Vor- als auch später im Hauptwahlkampf gegen John McCain bzw. Mitt Romney ein Drittel ihrer Wahlkampfgelder in kleineren Beträgen von bis zu 200 Dollar einzuwerben, so der Politikwissenschaftler Michael J. Malbin und das *Center for Responsive Politics* 2012.

Obamas ehemaliger Vizepräsident Joe Biden konnte dann im Wahlkampf 2020 wieder auf dieses Netzwerk zurückgreifen und fast 40 Prozent seiner Wahlkampfgelder in Form von Kleinspenden einwerben. Das war auch nötig, denn laut den Daten des *Center for Responsive Politics* verdankte sein Konkurrent Donald Trump sogar die Hälfte seiner Wahlkampfmittel Kleinspendern.

Das Organisationsgeflecht Gleichgesinnter auf der sogenannten Graswurzelebene ist also in mehrfacher Hinsicht nützlich und vorteilhaft: zum einen bei der Wahlkampffinanzierung, zum anderen bei der direkten permanenten Wählermobilisierung.

Doch häufig werden Politikerinnen und Politiker die vielen gleichgesinnten Geister, die sie vor der Wahl gerufen haben, danach nicht mehr los. Diese Organisationen können nämlich ebenso wie andere wirtschaftliche Interessengruppen massiven Druck auf die Politik ausüben, nicht zuletzt indem sie damit drohen, ihre Unterstützung bei den nächsten Wahlen wieder zu entziehen.

Die Entwicklung der Republikanischen Partei

[...] Um die Mitte des 20. Jahrhunderts sahen sich die US-Konservativen zu einer kleinen, bedrängten Minderheit geschrumpft. Die Große Depression der Dreißigerjahre, die Sozialreformen des New Deal unter dem Demokraten Franklin D. Roosevelt und der Zweite Weltkrieg hatten ihre Prinzipien zutiefst erschüttert: Der Glaube an den freien Markt, das Ideal einer lokalen Selbstregierung und die selbstgewählte außenpolitische Isolation waren auch in weiten Teilen der Republikanischen Partei [Grand Old Party, GOP] diskreditiert. [...]

Das Problem der US-Konservativen bestand darin, dass Libertäre, die unbeschränkte persönliche und wirtschaftliche Freiheit propagierten, wenig mit religiösen Traditionalisten gemeinsam hatten, die den Menschen Tugend und Moral vorschreiben wollten. So war der amerikanische Konservatismus zwar kein Widerspruch in sich, aber in sich voller Widersprüche. Als Klammer bot sich das Feindbild des Kommunismus an, der die Freiheit des Einzelnen, das Christentum und die Sicherheit der USA bedrohte. Und bei allen Unterschieden teilten libertäre und religiöse Konservative die Überzeugung, dass nicht staatliche Fürsorge, sondern individuelle Tugend und harte Arbeit die Grundlage für das Glück des Einzelnen wie der Gemeinschaft seien. [...]

1964 schließlich zettelten konservative Aktivisten die offene Revolte gegen das republikanische Ostküsten-Establishment an. [...] Zündstoff boten die radical sixties genug: Die Demokraten bauten unter dem Banner der „Great Society“ den Sozialstaat aus. „Vaterlandsverräter“ demonstrierten gegen den Vietnamkrieg. Der Oberste Gerichtshof untersagte Schulgebote, und die linke Kulturrevolution stellte die Rassen- und Geschlechterbeziehungen auf den Kopf. Nicht einmal mit dem 1968 ins Weiße Haus gewählten Republikaner Richard Nixon wurden überzeugte Konservative glücklich, denn der machte [...] „big government“ noch größer, kungelte mit den Erzfeinden in Moskau und Peking und versetzte der konservativen Sache 1974 durch seinen schmachvollen Abgang nach der Watergate-Affäre einen herben Schlag.

Dennoch trat die konservative Bewegung in den Siebzigerjahren ihren Siegeszug an. Während die Linke ihren enttäuschten Hoffnungen hinterhertrauerte, erprobten rechte Aktivisten neue Mobilisierungstechniken wie direct mailing und gründeten mithilfe potenter Geldgeber Denkfabriken wie die Heritage Foundation und das libertäre Cato Institute, die dem Konservatismus wieder intellektuellen Einfluss verschafften. Steuerrebellanten machten gegen hohe Grundsteuern mobil. Und die Katholikin Phyllis Schlafly organisierte eine Kampagne gegen einen Verfassungszusatz zur Gleichberechtigung der Geschlechter, weil sie die „Privilegien“ der Hausfrauen und Mütter gefährdet sah.

Schlafly spielte auch eine führende Rolle im Kampf gegen das umstrittene Urteil Roe versus Wade des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 1973, das ein eingeschränktes Recht auf Abtreibung festschrieb. Der Widerstand dagegen vereinte fromme Katholiken und evangelikale Protestanten zur sogenannten religiösen Rechten. Die lange Zeit eher unpolitischen Evangelikalen wurden nun zu einer tragenden Säule der konservativen Wahlkoalition. Ihre Politisierung spiegelte das Gefühl vieler christlicher Amerikaner wider, dass sie in einer säkularisierten und freizügigen Gesellschaft in die Defensive geraten seien. „Televangelists“ mit eigenen Fernsehsendern

erreichten ein Millionenpublikum und sammelten Millionen Spenden. Der Reverend Jerry Falwell gründete 1979 die Moral Majority, die selbst ernannte moralische Mehrheit, die im Wahljahr 1980 wesentlich zum triumphalen Wahlsieg des konservativen Republikaners Ronald Reagan beitrug. Mit Reagans Einzug ins Weiße Haus sahen sich viele Konservative am Ziel. Der Ex-Schauspieler, der in zahlreichen Western mitgewirkt hatte, verkörperte perfekt die Synthese aus traditioneller Moral, freiem Markt und militantem Antikommunismus.

[...] Amerikas Triumph im Kalten Krieg schließlich bestätigte zwar das konservative Weltbild von der Überlegenheit des individualistisch-kapitalistischen Gesellschaftsmodells, doch mit dem äußeren Feind entfielen auch die ideologische Klammer des Antikommunismus und der Zwang zur überparteilichen Kooperation.

Bei den Republikanern gewannen nun Isolationisten alter Schule wieder an Einfluss, die den Rückzug aus internationalen Organisationen und Bündnissen forderten. Die sogenannten Neokonservativen („Neocons“), die nach den Anschlägen des 11. September 2001 die ideologische Rechtfertigung für den „globalen Krieg gegen den Terror“ lieferten, waren demgegenüber Apologeten einer machtgestützten Weltpolitik und hatten wenig für die religiöse Rechte oder rechte Globalisierungskritiker übrig. [...]

Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts beruhte die Erfolgsstrategie der Republikaner darauf, alle konservativen Strömungen zu versammeln und die Mehrheit der weißen Wähler an sich zu binden. Doch angesichts des demografischen Wandels – zwischen 1960 und 2020 schrumpfte der weiße Bevölkerungsanteil in den USA von 90 auf 60 Prozent – erschien eine Öffnung unumgänglich. Der republikanische Präsident George W. Bush (2001–2009) propagierte deshalb einen „mitfühlenden Konservatismus“ und bemühte sich um die für traditionelle Familienwerte empfänglichen Hispanics. [...]

Nach der Wahl Barack Obamas brach an der Basis dann regelrecht Panik aus. Der erste afroamerikanische Präsident wurde zur Projektionsfläche wilder Verschwörungsfantasien. [...] Dass die Republikaner im Kongress kompromisslose Obstruktion gelobten, bewahrte das GOP-Establishment nicht vor dem Furor der Rechtspopulisten. Die Tea-Party-Bewegung – benannt nach der Boston Tea Party von 1773 während der Amerikanischen Revolution – machte Front gegen die lauwarmen Rinos (Republicans in name only) und brachte die Partei auf Rechtskurs. Als Organisation war die Tea Party kurzlebig, aber ihre Massengefolgschaft unter den Wählern hatte nachhaltige Folgen: Sie ermöglichte den Aufstieg Donald Trumps. Weder libertär noch traditionell konservativ, profitierte der von der jahrzehntelangen Radikalisierung der Partei [...]. [...]

[Die] Republikaner [sind] schon lange nicht mehr die Partei Abraham Lincolns oder Ronald Reagans. Sie sind die Partei Donald Trumps, dessen Anhänger unter Konservatismus die Bereitschaft verstehen, den traditionellen American Way of Life und die weiße Hegemonie mit allen Mitteln, einschließlich gewaltsamer Rebellion, zu verteidigen. Ob der Konservatismus in den USA noch eine Zukunft als respektable demokratische Kraft hat?

Das ist eine offene Frage.

Manfred Berg ist Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg
Manfred Berg, „Jenseits von Law and Order“, in: DIE ZEIT Nr. 15 vom 8. April 2021



Parteien spielen in den USA mit Ausnahme ihrer Funktion bei den Wahlen kaum eine Rolle. Auf dem überwiegend digitalen Parteitag der Demokraten in Wilmington, Delaware, nimmt Kamala Harris am 19. August 2020 ihre Nominierung zur Vizepräsidentin-Kandidatin an.

JOSEF BRAML

Mittler zwischen Zivilgesellschaft und Politik

Schwachen Parteien stehen starke Interessengruppen gegenüber, deren Ideen bisweilen in die Praxis einfließen können. Die Kontrollfunktion der Medien unterliegt dabei zunehmend politischem Lagerdenken.

Warum sind die nationalen Parteien so schwach?

Einer [...] Stärkung [nationaler Parteiorganisationen] stehen [...] erhebliche Probleme entgegen:

Zunächst die [...] Dezentralisierung der amerikanischen Parteien selbst. Die einzelstaatlichen, regionalen und lokalen Parteiorganisationen sind nur bedingt bereit, auf bisherige Kompetenzen zugunsten einer Stärkung der nationalen Parteiorganisationen zu verzichten.

Watergate und Vietnam haben in den 1970er-Jahren zu einem deutlichen Vertrauensverlust der amerikanischen Parteien geführt. Die Anzahl der Bürger, die sich zu keiner Partei bekennen wollten, stieg damals beträchtlich; eine Tendenz, die sich seither verstetigt hat. Man orientiert sich bei der Wahlentscheidung an bestimmten Sachthemen oder an den zur Wahl stehenden Kandidaten. [...]

Weiterhin ist die Institution der Vorwahlen zu nennen, die die Parteien zumindest teilweise einer ihrer zentralen Aufgaben – der Kandidatenaufstellung nämlich – berauben und sie Parteianhängern – und damit de facto ihren Wählern – überantworten.

Auch wirkt der zunehmende Einfluss der Medien im amerikanischen Wahlkampf – anders als vorerst in Europa – eher zugunsten der einzelnen Kandidaten als zugunsten der Parteiorganisationen.

Paradoxe Weise muss das amerikanische Zweiparteisystem in diesem Zusammenhang selbst erwähnt werden. Das relative Mehrheitswahlsystem hat entscheidend dazu beigetragen,

dass die Vereinigten Staaten von ihren Anfängen bis heute im Wesentlichen mit nur zwei Parteien – wenn auch mit wechselnden Benennungen und Zielsetzungen – ausgekommen sind. In dieser religiös und ethnisch heterogenen Gesellschaft hätte sich jedoch auch unter dem bestehenden Wahlsystem das Zweiparteisystem auflösen müssen, wenn sich nicht – durch eine erzwungene innerparteiliche Toleranz – ein „innerparteiliches Mehrparteisystem“ hätte herausbilden können. Dieses gerät jedoch [...] heute immer mehr in Gefahr.

Letztlich entscheidend für die Schwäche der nationalen amerikanischen Parteien ist jedoch [...] das präsidentielle Regierungssystem. Der Präsident der USA bedarf – im Gegensatz zu einem Regierungschef in einem parlamentarischen Regierungssystem – nicht der dauerhaften Unterstützung seiner Partei im Kongress: Sie hat ihn nicht gewählt, sie kann ihn nicht entlassen. Geschlossene Parteifronten könnten im Gegenteil zu einer Gefahr für das präsidentielle Regierungssystem werden, wenn der Präsident einerseits und die Mehrheit eines oder beider Häuser des Kongresses andererseits von verschiedenen Parteien gestellt würden. Starre Parteifronten und mangelnde Kompromissbereitschaft führen dann – wie momentan zu beobachten – [...] zu einem Stillstand und zur Unregierbarkeit des Systems.

Emil Hübner / Ursula Münch, Das politische System der USA. Eine Einführung, 7., überarb. u. aktual. Auflage, © Verlag C.H. Beck, München 2013, S. 80 f. (oben) u. S. 70 ff.

Politik wird in den USA nicht – wie in parlamentarischen Regierungssystemen üblich – von den Parteien formuliert und gesteuert, sondern über „Themennetze“ und „Tendenzkoalitionen“ ausgehandelt. In ihnen versuchen Gleichgesinnte aus den Bereichen Politikberatung und Wahlkampfmanagement, aus Lobbygruppen, Politik, Verwaltungseliten sowie aus dem Journalismus gemeinsam, ihre Ideen und Interessen durchzusetzen.

Schwache Parteien

Anders als Parteien in parlamentarischen Regierungssystemen, die in elementaren Bereichen umfassend funktionieren, sind US-Parteien aufgrund ihrer von den Verfassungsvätern institutionell angelegten Schwäche und ihrer weiteren Beschneidung im Laufe der Geschichte nicht in der Lage, gesellschaftliche Interessengegensätze auszutarieren und Politik zu gestalten. Die Parteien in den USA haben wenige Mittel, Abgeordnete bzw. Senatorinnen und Senatoren zu sanktionieren und disziplinierend einzugreifen, um politische Inhalte durchzusetzen. Im Gegensatz zu deutschen haben US-Parteien keine Gestaltungsmacht im Gesetzgebungsprozess.

Parteien spielen in den USA – mit Ausnahme ihrer Funktion bei den Wahlen – eine untergeordnete Rolle. Doch selbst bei

ihrer Wahlfunktion sind US-Parteien eingeschränkt, vor allem im Vergleich zu parlamentarischen Systemen: In Deutschland wird der Wahlkampf fast ausschließlich über Parteien finanziert, und die Kandidatinnen und Kandidaten müssen für höhere Ämter nach wie vor die „Ochsentour“ durchlaufen, indem sie im Wahlkampf oder in diversen Vorstufen auf Gemeindeebene, im Landtag oder Bundestag der Partei dienen, um einen begehrten Platz auf der Parteiliste oder ein Ministeramt zu erhalten. In den USA dagegen sind Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger ohne langjährige Erfahrung in politischen Parteiämtern, sprich „Stallgeruch“, Gang und Gäbe.

Im Zuge des *progressive movement* an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurden die Parteien noch weiter geschwächt, da sie durch die Einführung der Vorwahlen (*primaries*) die Allmacht bei der Kandidatenaufstellung verloren. Hatten früher die „Parteibosse“ in rauchgeschwängerten Hinterzimmern die Entscheidungen getroffen, so werden die Parteien bei der Kandidierendenauswahl und der Wahlkampffinanzierung mittlerweile von Interessengruppen und deren Wahlkampfkomitees überboten. Dazu haben auch die Entscheidungen des Obersten Gerichts (grundlegend 1976 im Fall *Buckley v. Valeo* und zuletzt, am 21. Januar 2010, im Fall *Citizens United v. Federal Election Commission*) beigetragen; die Interpretationen der Obersten Richter haben dem Einfluss von Interessengruppen, Think Tanks und Politikunternehmern (*policy entrepreneurs*) Tür und Tor geöffnet (siehe auch S. 45 f.).



In den USA hat der Einfluss von Interessengruppen auf das politische System in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen, zahlreiche Organisationen haben Büros in Washington, D.C.. Auf der Conservative Political Action Conference (CPAC), einer alljährlich stattfindenden politischen Konferenz mit hunderten konservativen Aktivisten und Aktivistinnen sowie Mandatsträgern, spricht Donald Trump am 29. Februar 2020 in Oxon Hill, Maryland.

Starke Interessengruppen

Anders als in den korporatistischen Strukturen Westeuropas, die gesellschaftliche Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen, sind Interessengruppen in den USA dezentral strukturiert. Dementsprechend viele gibt es; ihre Zahl wurde vom Verbandsforscher Martin Sebaldt in seinem 2001 erschienenen Buch „Transformation der Verbändedemokratie“ auf über 200 000 geschätzt. Mittlerweile beteiligen sie sich auch verstärkt an der außenpolitischen Debatte.

Seit den 1960er- und 1970er-Jahren hat der Einfluss von Interessengruppen und Wirtschaftsvertretern auf das politische System deutlich zugenommen. „Wirtschaftsunternehmen haben eine Vielzahl von Lobbyistinnen und Lobbyisten sowie Anwältinnen und Anwälten beschäftigt, Büros in Washington eröffnet, *political action committees* (PACs) gegründet und finanziert, die Mitarbeiterstäbe ihrer *government relations*-Büros vergrößert, ausgefeilte Strategien entworfen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, und gelernt, wie man Graswurzelbewegungen organisiert“, erläuterte der amerikanische Interessengruppenforscher David Vogel (1996, S.5 f.; 1989) ihr umfassendes Wirken.

Viele Interessengruppen und Verbände haben PACs etabliert, um direkt in die Wahlkämpfe einzugreifen. Diese Wahlkampfkomitees werden nicht nur von Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden genutzt, sondern auch von religiösen oder ethnischen Interessengruppen in Stellung gebracht, um mit Anzeigenkampagnen (*issue ads*) die Wählerinnen und Wähler über die Kandidaten zu „informieren“.

Betrachtet man das Wirken der PACs in ihrer Gesamtheit, „so übernehmen sie Aufgaben, die in westeuropäischen parlamentarischen Regierungssystemen von Parteien wahrgenommen werden: Sie sammeln und verteilen Wahlkampfspenden, sie bilden Wahlkampfmanager und Wahlhelfer aus; sie stellen den Kandidaten Dienstleistungen aller Art zur Verfügung (von Meinungsumfragen bis zur Produktion von Fernseh-Werbepots)“, so Peter Lösche 2008.

Bis zur Jahrtausendwende stiegen sowohl die Anzahl als auch die Zuwendungen von PACs enorm an. Die Zuwendungen an Kandidierende für Wahlkämpfe auf nationaler Ebene verzeichneten einen Anstieg (inflationsbereinigt) von zwölf (1974) auf knapp 70 Millionen Dollar (1998) – das entspricht einer Erhöhung der „Kaufkraft“ amerikanischer PACs um knapp 500 Prozent, die innerhalb dieses Vierteljahrhunderts in das politische System der USA eingeflossen ist.

Seitdem der *Supreme Court* den *outside groups* und deren Zuwendungen über dunkle Kanäle („*dark money*“) Tür und Tor öffnete, sind solche spezifischen Zahlen nicht mehr verfügbar. Das *Center for Responsive Politics* schätzte die Ausgaben der „*non-party outside groups*“ bereits im Wahlkampf 2012 auf über eine Milliarde Dollar.

Das politische System der USA bietet diesen Politunternehmern ein optimales Betätigungsfeld: Ihr Spielraum ist in den USA weniger durch die potenzielle Machttrolle politischer Parteien – der traditionellen Türsteher (*gatekeepers*) – eingeschränkt, und sie haben leichteren Zugang zu einer größeren Zahl mitentscheidender Akteurinnen und Akteure. Neben der persönlichen Ansprache von Entscheidungsträgerinnen und -trägern in der Exekutive/Administration, in der Judikative und im Parlament in Washington bearbeiten Interessenvertreterinnen und -vertreter insbesondere die 435 Abgeordneten bzw. 100 Senatorinnen und Senatoren über ihre Wahlkreise bzw. Einzelstaaten. Sie zielen mit ihrem Graswurzel-Lobbying direkt auf die Basis und suchen eine enge Anbindung an die Wählerinnen und Wähler.

Ein besonders wirksames Mittel für Interessengruppen, um Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess und die Wiederwahl zu nehmen, sind „Wählerprüfsteine“ (*scorecards* oder *voter guides*). Interessengruppen der Christlich Rechten machen zum Beispiel kritische Abstimmungen publik, damit Abgeordnete sowie Senatorinnen und Senatoren wissen, dass ihre Bevölkerung im Wahlkreis genau erfahren wird, wie sie abgestimmt haben.

Dieser externe Einfluss einer Vielzahl unterschiedlicher und oft widerstreitender Interessen ist als erheblich einzuschätzen, vor allem bei den Kongresswahlen. Da US-amerikanische Abgeordnete bzw. Senatorinnen und Senatoren keiner Parteidisziplin unterworfen sind, können sie sich auch nicht hinter ihr verstecken. Einzelne Politiker laufen ständig Gefahr, im Rahmen einflussreicher Kampagnen an den Pranger gestellt und gegebenenfalls bei der Kandidatur um eine Wiederwahl persönlich zur Rechenschaft gezogen zu werden. Sie wägen deshalb bei jeder einzelnen Abstimmung gründlich ab, wie diese sich bei den nächsten Wahlen für sie persönlich auswirken könnte.

Think Tanks als Ideen- und Personalagenturen

Das *checks and balances*-System der Vereinigten Staaten eröffnet auch anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Think Tanks vielfältige Einwirkungsmöglichkeiten, insbesondere aufgrund seiner Durchlässigkeit: Sie bedingt eine hohe Rotation und erleichtert Karrierewechsel. In diesem System der *revolving doors*, des fortwährenden *in-and-out*, werden Personen und mit ihnen auch Ideen und Interessen ständig ausgetauscht. In keinem anderen Land als den USA wird ein derart

breiter und offener (außen)politischer Diskurs gepflegt, an dem sich unzählige Interessengruppen und Think Tanks maßgeblich beteiligen und in dem sie ihre verschiedenen Kommunikationsrollen ausüben können.

Während in einem parlamentarischen Regierungssystem wie der Bundesrepublik Deutschland die politischen Parteien bei der Rekrutierung des Spitzenpersonals von zentraler Bedeutung sind und ohnehin ein großer Berufsbeamtenapparat von politischen Veränderungen unberührt bleibt, übernehmen in den USA Think Tanks die Rolle des Personaltransfers und damit auch der Ideengebung. Anders als in Deutschland, wo nur eine Handvoll Fachleute je die Seiten gewechselt haben, kommentieren US-amerikanische Expertinnen und Experten nicht nur am Seitenrand, sondern erhalten hin und wieder die Chance, sich selbst im Zentrum der Macht am politischen Spiel zu beteiligen. Indem sie eine politische Aufgabe übernehmen, können sie, selbstredend, auch ihre vorher im Think Tank erdachten Ideen in die Tat umzusetzen versuchen.

Dieser ständige Austausch von Personal und Ideen hat Vor- und Nachteile. So sind US-Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die häufig auch direkt von Elite-Universitäten rekrutiert werden, eher als ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern geübt, praxisorientiert ein komplexes Problem zu analysieren und Lösungsansätze vorzuschlagen. Davon profitieren gleichermaßen Politik und Wissenschaft, insbesondere Universitäten, die die nächste Generation pragmatischer Fachleute ausbilden.

Außenpolitisch orientierte Interessengruppen in den USA (Beispiele)

Organisation	Kategorie in USA	Interessenträger bzw. -orientierung
American Bankers Association (ABA) www.aba.com	Business	Banken
American Civil Liberties Union (ACLU) www.aclu.org	Human Rights	Menschen- und Bürgerrechte
American Farm Bureau Federation (AFBF) www.fb.org	Agribusiness	Landwirtschaft
American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO) www.aflcio.org	Unions	Gewerkschaften
American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) www.aipac.org	Ethnic	Pro Israel
Boeing Co. www.boeing.com	Defense Industry	Rüstungsunternehmen
Business Roundtable www.businessroundtable.org	Business	Unternehmen
Christian Coalition www.cc.org	Ethnic/Religious	Christlich Rechte, pro Israel
Common Cause www.commoncause.org	Public Interest	Gemeinwohl
Exxon Mobil www.exxonmobil.com	Energy	Energieunternehmen
Human Rights Campaign www.hrc.org	Human Rights	Menschenrechte
Independent Petroleum Association of America (IPAA) www.ipaa.org	Oil & Gas	Energiewirtschaft
League of Conservation Voters (LCV) www.lcv.org	Environment	Umweltschutz
Lockheed Martin www.lockheedmartin.com	Defense Industry	Rüstungsunternehmen
National Association of Manufacturers (NAM) www.nam.org	Business	Unternehmen
National Federation of Independent Business (NFIB) http://www.nfib.com/	Business	Unternehmen
Sierra Club www.sierraclub.org	Environment	Umweltschutz
U.S. Chamber of Commerce www.uschamber.com	Business	Unternehmen
U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF) www.uscirf.gov	Ethnic/Religious	Internationale Religionsfreiheit und Menschenrechte
Cuban American National Foundation (CANF) www.canf.org	Ethnic/Single Issue	Exil-Kubaner

Zusammengestellt von Josef Braml



Blick auf den Hauptsitz der RAND Cooperation, einem außenpolitischen Think Tank, in Santa Monica, Kalifornien, im März 2016. RAND berät die Regierung vor allem in Sicherheitsfragen.

Doch auf dem „Marktplatz der Ideen“ werden mittlerweile nicht nur Ideen gehandelt, die auf empirisch überprüfbaren Aussagen fußen, sondern auch solche, die ideologischer bzw. religiöser Natur und daher nicht logisch widerlegbar sind. In der Beratungslandschaft wuchern, dank üppiger finanzieller Zuwendungen der Privatwirtschaft, mittlerweile advokatische Think Tanks, die im „Krieg der Ideen“ Partei ergreifen und als Advokaten die Partikularinteressen ihrer Geldgeber vertreten. Die *Heritage Foundation*, sicherlich das bis heute prominenteste Beispiel, beabsichtigte in den 1990er-Jahren gar, als Avantgarde der „Konservativen Revolution“ in die Weltgeschichte einzugehen. Auch wenn die konservative Bewegung merklich an Boden und Einfluss gewonnen hat, bleibt doch festzuhalten, dass die zunehmende Politisierung nicht allein von der politischen Rechten ausgeht.

Advokatische Think Tanks wie die *Heritage Foundation* perfektionieren ähnlich wie Interessengruppen unter anderem auch Lobbying- und Graswurzelstrategien. Think Tanks – die in der US-amerikanischen Steuergesetzgebung als sogenannte 501(c)(3)-Organisationen firmieren – dürfen zwar kein Lobbying betreiben (das einen „substanziellen Anteil“ ihrer Aktivitäten ausmacht), um nicht ihren steuerlich vorteilhaften Status zu verlieren. Doch mittlerweile gibt es laut US-amerikanischer Steuergesetzgebung zahlreiche „zivilgesellschaftliche Vereinigungen oder Organisationen, die nicht nach Gewinn, sondern ausschließlich nach Förderung sozialer Wohlfahrt streben.“ Das sind Organisationen, die dort unter Paragraph 501(c)(4) subsummiert werden – und deren Lobbying keine steuerlichen Konsequenzen nach sich zieht.

Es ist sehr schwierig, den wirklichen Einfluss von Interessengruppen und Think Tanks zu ermessen. Die meisten Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler halten es für „zwecklos“, nach direkten Auswirkungen von Think Tank-Aktivitäten zu fragen: „Solche Fragen könne nur stellen, wer die Komplexität des politischen Prozesses nicht in Rechnung stelle. In einzelnen Fallstudien seien Nachweise durchaus möglich, systematisch überzeugende Erklärungen (aber) wohl eine Illusion“, so der mittlerweile verstorbene Nestor der US-amerikanischen Politikwissenschaft Nelson Polsby im Gespräch mit Winand Gellner (1995, S. 22).

Gleichwohl ist es offensichtlich, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten die Eigenschaften und Arbeitsweisen von Think Tanks grundlegend verändert haben, was sich in einer Politisierung der Beratung US-amerikanischer Politik widerspiegelt. In dem 1998 von Andrew Rich und Kent Weaver verfassten Grundlagenwerk der Think Tank-Forschung heißt es entsprechend: „In den ersten Jahrzehnten bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts wurden Think Tanks allgemein als objektive und sehr glaubwürdige Produzenten von Expertisen für politische Akteure angesehen. In der heutigen, viel dichter besiedelten Think Tank-Landschaft werden sie zunehmend zu streitsüchtigen Advokaten in balkaniserten Debatten über politische Richtungsentscheidungen, oder werden zumindest so wahrgenommen.“ (Quelle siehe Literatur)

Das ist genau das Ziel advokatischer Institute: Ihre klare politische Positionierung beschert ihnen bessere Sichtbarkeit in den Medien. Damit haben sie auch bessere Karten beim Fundraising. Denn die Geldgeber nehmen an, dass Think Tanks nicht nur direkt, sondern vor allem auch über die Medien indirekt Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können.

Medien als vierte Gewalt?

Nicht erst seit Orson Welles' 1938 ausgestrahlter Radiosendung „*Invasion from Mars*“, nach der viele Hörerinnen und Hörer voller Angst auf die Straßen liefen, weil sie das, was ihnen vermittelt wurde, für real hielten, existiert der Mythos von der Macht der Medien. Er wurde bereits zuvor mit der Erforschung der Wirkung von Werbung und Propaganda verfestigt. Die Annahme omnipotenter Medien beherrschte auch lange Zeit die Medienwirkungsforschung.

Mittlerweile wird der Medieneinfluss differenzierter gesehen: Zum einen bemühen sich die Medien selbst – oder werden von anderen als Medium bemüht –, um auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Zum anderen können sie aber auch mitentscheiden, worüber entschieden wird: indem sie ein Thema problematisieren oder ein zu lösendes Problem auf die

Medien entscheiden mit, über was wie berichtet wird. Journalistinnen verschiedener Zeitschriften und Fernsehsender in einer Pause während des Weinstein-Prozesses am 13. Februar 2020 in New York, im Hintergrund eine Gerichtszeichnerin.



politische Tagesordnung bringen. Neben dieser *Agenda Setting*-Funktion, wie sie 1972 die US-Forscher Maxwell E. McCombs und Donald L. Shaw beschrieben, können die Medien auch noch den Rahmen des Vorstellbaren abstecken: sprich mit Begriffen oder Metaphern das Problem und dessen Lösung begreifbar machen und dabei Einfluss nehmen oder manipulieren.

In seiner analytischen Betrachtung der menschlichen Kommunikation unterschied der Journalist Walter Lippmann bereits 1922 zwischen der „Außenwelt“ und den „Bildern in unseren Köpfen“. Die Realität ist laut Lippmann zu groß, zu komplex und zu vergänglich, als dass sie von uns direkt wahrgenommen werden könnte. Da wir jedoch in ihr handeln müssen, behelfen wir uns damit, sie durch ein einfacheres Modell zu rekonstruieren, damit sie uns vertraut und umgänglicher wird. Diese Modelle, sprich (Sprach-)Bilder, liefern uns die Medien und die Medienmacher.

Politik liegt für die meisten Menschen außerhalb ihres Erfahrungshorizonts, sodass sie von anderen erforscht und berichtet werden muss. Wie alle anderen sind auch die meisten US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner auf die Medien angewiesen, weil die wenigsten von ihnen sich ein eigenes Bild von dem machen können, was in ihrer Hauptstadt oftmals auch hinter den Kulissen politisch geschieht. Gleichwohl sind sie alle zwei bzw. vier Jahre aufgerufen, ihren politischen Willen in der Wahlkabine kundzutun. Zudem werden sie laufend von Demoskopen gebeten, zu allen möglichen Themen und Problemen ihre Meinung abzugeben. Die Medien, die Meinungsumfragen zum Teil auch selbst in Auftrag geben, konfrontieren Politiker dann gerne mit dieser „öffentlichen Meinung“.

US-Politikerinnen und -Politiker sind damit verpflichtet, ganz im Sinne der Gründerväter, stets ihren Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort zu stehen. In der heutigen Mediendemokratie sind sie aber ebenso gezwungen, sich an den täglich von Demoskopen ermittelten und oft widersprüchlichen Befindlichkeiten ihrer Wählerschaft zu orientieren. Die öffentliche Meinung und die veröffentlichte Meinung, sprich die Meinungsmachenden in den mittlerweile auch Sozialen Medien, gewinnen dadurch immer mehr Einfluss auf die Politik.

Auch im (permanenten) Wahlkampf spielen Medien eine wichtige Rolle. Indem sie „Ereignisse“ inszenieren, versuchen Politikerinnen und Politiker ständig durch Pressemitteilungen in die Nachrichten zu kommen – oder mithilfe Sozialer Netzwerke selbst zum Medium zu werden. Donald Trump beherrschte (bis zu seiner Aussperrung vom Mikroblogging-Dienst *Twitter*) wie wenige andere Politiker die Kunst der Kurz-„Nachrichten“, die permanente emotionale Ansprache seiner Fangemeinde. Das kostet wenig und erhöht den Bekanntheitsgrad. Umso schwieriger und teurer ist es nun für ihn und andere in den Sozialen Medien weniger sichtbare Kandidierenden, im Wahlkampf interessant zu bleiben. Die Werbespots in Radio und Fernsehen verschlingen nach wie vor das meiste der für den Normalbürger unvorstellbaren Summen an Wahlkampfgeldern, die die Kandidierenden – auch auf Kosten ihrer Regierungsarbeit – ständig einwerben müssen.

Die Medien, die von diesem Geldsegen profitieren, sind verständlicherweise die verlässlichsten Anwälte der Redefreiheit (*freedom of speech*) und politisieren gegen jegliche Beschränkung von Wahlkampfspenden. Nach wiederholten Auslegungen des Obersten Gerichts der USA würde mit der Begrenzung von Wahlkampfspenden der erste Verfassungszusatz, das Grundrecht auf Redefreiheit, beschnitten.

Indem Interessengruppen und deren PACs den Kandidierenden direkt Geld geben oder als sogenannte unabhängige ex-



Gerade in Wahlkampfzeiten inszenieren sich Politikerinnen und Politiker gern in den Medien: Donald Trump (mit Vizepräsident Mike Pence und Finanzminister Steve Mnuchin) am 3. Mai 2020 im Interview mit einem FOX News-Moderatorenteam bei einem FOX News Channel Virtual Town Hall im Lincoln Memorial in Washington, D.C..

terne Organisationen die Qualitäten des einen preisen oder die Unfähigkeit des anderen anprangern, üben sie, selbstredend, ihr verfassungsmäßiges Recht auf Redefreiheit aus. „*Money talks*“, das trifft oft im wahrsten Sinne des Wortes zu. Geld kann dafür sorgen, dass in der politischen Auseinandersetzung einigen Interessen mehr Gehör verschafft wird als anderen. So werden mit Wahlkampfgeldern teure Werbespots finanziert und über eine Vielzahl privater Fernsehsender verbreitet.

Seit den 1960er-Jahren hat das Fernsehen die Zeitungen in puncto Glaubwürdigkeit abgelöst. Laut Angaben der Politikwissenschaftlerin Ursula Münch bezogen bereits 2010 knapp 60 Prozent der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner ihre Informationen aus dem Fernsehen; nur noch ein Drittel informierte sich über die Tageszeitungen, genauso viele nutzten Radio und Internet. Angesichts des Kommunikationsverhaltens von Jugendlichen laufen die etablierten Medien, insbesondere das Fernsehen und die Tageszeitungen, Gefahr, künftig nur noch wenige Menschen zu erreichen. Aber auch die ältere Generation bezieht ihre politisch relevanten Informationen immer häufiger im Internet und dabei vor allem über die Sozialen Netzwerke.

Das politische System der USA

Da die in hart umkämpften Einzelstaaten lebenden Zuschauerinnen und Zuschauer in Wahlkampfzeiten mit politischer Werbung überhäuft und abgestumpft werden, ist auch die persönliche Ansprache der Wählenden wieder „modern“ geworden: zum einen durch freiwillige Wahlkampfhelferinnen und -helfer, die von Haus zu Haus gehen (*canvassing*), zum anderen durch *direct mail*, ehemals über Datenbanken generierte und per Post versendete „persönliche Massenbriefe“, die nunmehr in Form von E-Mail-Kampagnen und über Soziale Netzwerke wie *Twitter* oder *Facebook* an die Menschen gebracht werden.

Mit den neuen zielgruppenspezifisch einsetzbaren Medien und Kampagnen über das Internet können sich Politikerinnen und Politiker immer mehr von den klassischen Massenmedien unabhängig machen und ihre Wahlkampfhelferinnen und -helfer, Finanziers und potenziellen Wählerinnen und Wähler direkt und permanent ansprechen. Trumps Kommunikationsverhalten führte jedoch dazu, dass er in den letzten Tagen seiner Präsidentschaft seine größte Plattform verlor: Am 8. Januar 2021, zwei Tage nachdem Trump-Anhänger das Kapitol stürmten, gab *Twitter* bekannt, dass Donald Trumps privater Account „@realDonaldTrump“ mit fast 89 Millionen Followern ab sofort und zeitlich unbegrenzt gesperrt sei. Der US-Präsident hatte zuvor mit Tweets wie „Be there, will be wild“ (Geht hin, es wird wild) seine Fangemeinde unverhohlen zum Aufstand angestiftet. Selbst nach dem Sturm auf das Kapitol, der Menschenleben kostete, lobte Trump in einer weiteren *Twitter*-Nachricht die

Aufständischen als „Patrioten“. Damit habe Trump, so die Verantwortlichen von *Twitter*, gegen das Verbot verstoßen, Gewalt zu verherrlichen.

Seitdem tobt vor allem auch in den USA eine Debatte über die Grenzen der Meinungsfreiheit. Im Kongress gibt es Bestrebungen, *Social Media*-Unternehmen, darunter auch *Facebook*, stärker zu regulieren, um die Verbreitung von Hass-Botschaften und Falschinformationen (*fake news*) über deren Netzwerk einzudämmen. Doch solange sich Demokraten und Republikaner auch in dieser Frage nicht einigen können, werden diese Initiativen erfolglos bleiben.

Von Vertreterinnen und Vertretern etablierter Medien wird gerne eingewendet, dass mit der Beliebtheit der Angebote im Internet, vor allem durch die Verbreitung sogenannter „alternativer Fakten“ und „*fake news*“, die Qualität verloren gehe. Doch die Qualitätsberichterstattung wurde aufgrund der Kommerzialisierung und Konzentration der Medienwelt ohnehin schon längst ausgedünnt. Bereits vor einem Jahrzehnt wurde der US-amerikanische Medienmarkt von fünf Medienimperien (*Time Warner*, *Disney*, *Murdoch's News Corporation*, *General Electric/NBC* und *CBS Corp.*) mit 90 Prozent der Marktanteile beherrscht. Die Lockerung gesetzlicher Regulierungen, etwa 1996 mit dem *Telecommunications Act*, hat es den Megakonzerne erleichtert, auch ihre vertikalen Integrationsstrategien durchzusetzen, das heißt Produktion und Verteilung von Medieninhalten unter einem Firmendach zu vereinen.

Der politisch interessierte Fernsehzuschauer hat seitdem die Wahl zwischen wenigen kommerziellen Stationen: der ABC (*American Broadcasting Company*), dem CBS (*Columbia Broadcasting System*) und der NBC (*National Broadcasting Company*), dem vom Medienmogul Ted Turner geschaffenen Nachrichtensender CNN (*Cable News Network*) sowie dem vom australischen Geschäftsmann Rupert Murdoch finanzierten Fox TV. Staatlich geförderte Qualitätssender wie PBS (*Public Broadcasting System*), C-SPAN (*Cable-Satellite Public Affairs Network*) oder NPR (*National Public Radio*) sind in ihrer Existenz gefährdet da sie laufend Schwierigkeiten mit ihrer Finanzierung haben.

Mittlerweile bringt die Coronavirus-Pandemie auch die kommerziellen Medienimperien in Bedrängnis. Wegen sinkender Werbeeinnahmen haben sie ebenfalls mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen. Ihre Einnahmen werden umso mehr schrumpfen, je stärker ihr bislang lukratives Geschäft mit Kabelabonnements durch die *Streaming*-Konkurrenz, allen voran von *Netflix*, untergraben wird. Die Konsumpräferenzen verändern sich hin zu *Streaming*-Diensten – ein Trend, der durch die Coronavirus-Pandemie forciert wird.

Auch der Zeitungsmarkt konzentriert sich auf immer weniger Anbieter. Vier von fünf Tageszeitungen in den USA befinden sich in der Hand von Konzernen; dem größten, der *Thompson*-Gruppe, gehören mittlerweile über 100 Tageszeitungen. Die



Eine Zeitung in der Identitätskrise: die New York Times

[...] Wahrscheinlich ist es kein Zufall, dass die „New York Times“ ausgerechnet mit dem Ende der Regierungszeit von Trump in eine Identitätskrise stürzt. Der Präsident war für das Blatt Feindbild und Glücksfall zugleich. Im Laufe seiner Amtszeit hat die Zeitung mehr als vier Millionen neue Abonnenten gewonnen. Zugleich trieb der Populist im Weißen Haus die Redakteure zu journalistischen Glanzleistungen an. Es war die „New York Times“, die mit einer hartnäckigen Recherche an Trumps Steuerunterlagen herankam. Allein im vergangenen Jahr gewann das Blatt drei Pulitzerpreise.

Aber die Präsidentschaft Trumps stellte auch die Frage nach dem journalistischen Selbstverständnis in einer bisher nie gekannten Dringlichkeit. Die „New York Times“ hat über Jahrzehnte peinlich genau auf ihre parteipolitische Unabhängigkeit geachtet. Ihr Ruhm speiste sich aus Recherchen, nicht aus der politischen Haltung der Redakteure. Bis heute gibt es Reporter wie den Washingtoner Chefkorrespondenten Peter Baker, der nie wählen geht, um seine Unabhängigkeit zu demonstrieren.

Seit einigen Jahren aber dringt eine neue Generation in den Newsroom, die diese Ideale für ein Zeichen mangelnden politischen Bewusstseins hält – und zugleich geprägt ist von der Erregungsbereitschaft in den sozialen Medien. „Insofern wird die ‚New York Times‘ nicht vom Chefredakteur Baquet geführt und auch nicht vom Herausgeber Arthur Sulzberger, sondern von Twitter“ sagt Yascha Mounk, Professor für Politikwissenschaft an der Johns Hopkins University. [...]

Der Zeitung stehen nun schwere Zeiten bevor. Sie hat Hunderttausende junge, akademisch gebildete Leser gewonnen, die das Abonnement auch als Teil des Widerstands gegen Donald Trump begriffen haben. „Nun gibt es die Versuchung, diesen Lesern genau das zu geben, was sie erwarten: eine linke Haltung“, sagt eine ehemalige Führungskraft der „Times“. Ben Smith, der Medienredakteur des Blatts, formulierte es so: Die Zeitung habe die Wahl, den alten Weg der Meinungsvielfalt zu halten – oder sich zu einem linken Blatt wie dem britischen „Guardian“ zu wandeln. [...]



Das Bürogebäude der New York Times in Midtown Manhattan in New York am 26. Januar 2016

Wenn man so will, wird das Blatt von einem Konflikt erschüttert, der das ganze Land zerreißt. Trump hat mit seinen Lügen und seiner Rhetorik die Nation polarisiert, aber es gibt auch einen Dogmatismus von links, der es schwer macht, dass das Land wieder zusammenfindet. Die Rechte konnte Cancel Culture nur deshalb zum Kampfbegriff formen, weil viele Firmen in den USA ihre Mitarbeiter inzwischen schon bei der kleinsten Aufregung im Netz vor die Tür setzen.

[...] Erst vor ein paar Tagen machte eine interne Umfrage die Runde, wonach angeblich fast die Hälfte der „Times“-Redakteure das Gefühl haben, sich im Haus nicht mehr offen äußern zu können. „Als reger Leser der Zeitung frage ich mich da“, so Mounk. „Wie kann ich noch ihren Artikeln vertrauen, wenn die Journalisten schon unter sich eingestehen, dass sie nicht mehr ihre eigene Meinung aussprechen können?“

René Pfister, „Haus der Angst“, in: DER SPIEGEL Nr. 8 vom 20. Februar 2021, S. 76 f.

Kommerzialisierung hat zur Konzentration und Ausdünnung der Medienvielfalt geführt. Es gibt in den USA heute nur noch wenige Städte, in denen die Bewohner mehr als eine Tageszeitung zu lesen bekommen. Auch die überregionalen, landesweit verbreiteten Blätter wie das *Wall Street Journal*, *USA Today*, die *New York Times*, die *Los Angeles Times* und die *Washington Post* kann man an einer Hand abzählen. Hinzu kommen die Wochenmagazine *Time*, *Newsweek* und *US News and World Report*.

Kommerzialisierung und Konzentration haben ihren Preis: weniger Auswahl und noch weniger Qualität. Die Medienlandschaft in den USA hat sich in den letzten Jahren merklich politisiert. Weit entfernt vom Ideal unabhängiger Berichterstattung verhalten sich viele US-Journalisten wie Gegner im politischen Zweikampf. Viele sind Teil von Koalitionen, die bestimmte Themen oder politische Tendenzen befördern (*issue networks*; *advocacy coalitions*). Die Grenzen zwischen Journalismus und politischem Aktionismus sind häufig nicht mehr erkennbar. Die offensichtlichsten Beispiele sind die TV-Sender Fox und

MSNBC (ein Gemeinschaftsunternehmen von *NBC Universal* und *Microsoft*).

Die Einseitigkeit der Medienangebote führt dazu, dass auch die Rezipientinnen und Rezipienten in jeweils eigenen Welten leben. Sie lassen sich mit anderslautenden Meinungen nicht mehr behelligen. Die Republikaner informieren sich über *Fox News*, während MSNBC den Demokraten als Informationsquelle dient. Beide Lager können sich mittlerweile auch im Alltag nicht mehr über die gleiche Realität unterhalten, weil die Wahrnehmungsunterschiede zu groß geworden sind.

Ebenso wenig werden Kompromisse in der politischen Praxis belohnt, im Gegenteil: Der pragmatische Gedanke, bei einem „Deal“ die Hälfte des Kuchens zu bekommen, werde sofort mit einem „Bannfluch der konservativen Medien“ belegt, sagte Tom Cole, ein ehemaliger Politikprofessor, der heute Teil der Führungsriege der Republikaner im Abgeordnetenhaus ist. Damit tragen auch die Medien zur Polarisierung bei, die mittlerweile das politische System der USA lähmt.

Protest im Zerrspiegel politisierter Medienberichterstattung

Als Demonstranten am 8. Juni [2020] nach tagelangen Auseinandersetzungen mit der Polizei ein Viertel in Seattle besetzten und zur polizeifreien Zone erklärten, zog das viel Medienaufmerksamkeit auf sich – noch bevor Seattles Bürgermeisterin Jenny Durkan das Gebiet nach Schießereien mit zwei Todesopfern am 1. Juli durch die Polizei räumen ließ. Aber was sich hinter den Barrikaden von Chaz, der Capitol Hill Autonomous Zone, später in Chop, Capitol Hill Organized Protest, umbenannt, abspielte, das war gar nicht so leicht auszumachen. An den „Black Lives Matter“-Demonstrationen entzündeten sich in Amerika die politischen Gemüter, und das ließ unglücklicherweise auch die Medien nicht unberührt.

Bei Fox News offenbarten die Bilder einen Blick in die Hölle: Zu dräuender Musik sah man hier Junkies, die ins Leere stierten, einen Halbnackten, der mit einer leeren Flasche umhertanzte, eingenässte Hosen. Man sah finster dreinblickende, schwergewichtige Afroamerikaner mit einem Gewehr im Arm durch die Straßen marschieren und mehrere Handgemenge. Demnach war das Leben in der selbsterklärten autonomen Zone in Seattles Innenstadt zweifellos eine Ansammlung von Anarchisten und Suchtkranken, von Elend und Gewalt und Nihilismus – ein einziger Albtraum.

Doch der britische „Guardian“ zeigte in einem am selben Tag, dem 16. Juni, veröffentlichten Video komplett andere Bilder aus der Zone: Aktivisten mit bunten Blümchenmasken, Jogger mit Hunden, Menschen, die Kinderwagen und Fahrräder durch eine Gegend schieben, die wie ein Straßenfest wirkt. „Schauen Sie nur!“, sagt der Fotoreporter Alex Garland zu Aufnahmen von Straßenbemalungen, Musikküchen und einem Stand mit Gratisnacks und -getränken. Rund um einen Gemeindegarten waren Dutzende Zelte aufgebaut, die Sonne schien, fröhliche Musik klimperte im Hintergrund. Hier wurde gezeigt, dass in der autonomen Zone von Seattle hoffnungsvolle Weltverbesserer agieren.

[...] Die Lage in Seattle legte allerlei Klischees nahe. Und die Medien gaben sich wenig Mühe, diese nicht auszubeuten. Fox News stellte Chaz/Chop als Anarchisten-Mekka dar und veröffentlichte am 12. Juni auf seiner Website eine Reihe von gefälschten oder aus dem Kontext gerissenen Bildern – darunter digital manipuliertes Material mit einem eingefügten Bewaffneten sowie Bilder von brennenden Gebäuden und Autos, die in Minnesota aufgenommen worden waren. Der Sender entschuldigte sich später, aber beim Publikum hatten die Bilder ihre Wirkung schon getan. Auch die konservative Presse sah Apokalyptisches – die „Washington Times“ beschrieb die Zone als Szene aus dem Film „Mad Max“, einer anarchistischen Dystopie.

Die „New York Times“ dagegen berichtete, die Demonstranten hätten hier ein „Heimatland ethnischer Gerechtigkeit“ geschaffen. „USA Today“ sprach von einer „Demonstranten-Oase“. Die „Washington Post“ schrieb über die lange Tradition „kommunaler Experimente“, die bis zu der „City upon a Hill“ des Puritaners John Winthrop im Jahr 1630 zurückreiche. Als die Zone schließlich geräumt wurde, ereiferte sich ausgerechnet Fox News, dass hier einmal mehr die Informationen der Mainstream-Medien als „fake news“ deutlich geworden seien. Und doch müssen sich manche den Vorwurf undifferenzierter Berichterstattung gefallen lassen.

Alex Garland, der Reporter, der das Video für den „Guardian“ drehte, ist in Seattles Capitol Hill ansässig. „Ich habe Bezie-



Mediale Aufmerksamkeit begleitet die Auseinandersetzungen in Seattle im Sommer 2020.

hungen zu diesen Leuten“, sagt Garland im Gespräch. Er findet, dass man sie vielfach in ein falsches Licht gerückt hatte. Es habe enorm viel irreführende Berichterstattung gegeben – etwa das Bild eines Mannes, der von Demonstranten aus der Zone hinausgedrängt wird. Es war unkommentiert in dem Fox-News-Video zu sehen. „Das war ein Straßenprediger, der mit seinen Lautsprechern alles übertönte und der mehrfach aufgefordert worden war, Rücksicht zu nehmen“, sagt Garland. Dass ihm selbst die Distanz gefehlt habe, glaubt er nicht. „Ich ziehe kommunalen Journalismus solcher Berichterstattung vor, in der Fremde kurzfristig in eine Situation eintauchen.“ Natürlich hätte er den Blick auch aufs Negative richten können, sagt Garland. „Aber ich habe die Geschichte erzählt, die hier aus meiner Sicht dominierte.“ Über das, was der „Guardian“ aus seinem Material machte, sagt Garland, er sei „froh, dass das, was gesagt werden musste, gesagt wurde“. [...]

An dem Wochenende, an dem Alex Garland und Fox News in Capitol Hill filmten, war auch Isaac Rosenbaum vor Ort. Rosenbaum ist Anthropologiestudent der UCLA in San Diego und veröffentlicht auf seinem Youtube-Kanal „Connect Culture“ Videos über Besuche in kulturellen Enklaven: New-Age-Kommunen, Anarchisten-Dörfer, Flüchtlingslager. Als er von Chaz hörte, machte er sich Mitte Juni auf den Weg nach Seattle und fand ebenfalls zunächst Straßenfestatmosphäre vor. Aber er sah auch anderes: einen Mann, der seine Feuertreppe verbarrikadierte etwa oder Auseinandersetzungen, bei denen Fäuste flogen. „Spannungen machten sich breit, nachdem die Wochenendtouristen verschwunden waren, es gab viel Wut“, sagt Rosenbaum. Einiges erschien ihm ironisch – etwa dass Leute, die von Liebe und Einigkeit sprachen, andere anschrien. All das zeigt er auf seinem Kanal. Er filmte, wie ein Mann in einem Trump-T-Shirt bedrängt wurde, während andere ihn schützten. Als er seine Videos veröffentlichte, präsentierte er eine der differenziertesten Darstellungen, die über die Enklave in Seattle zu sehen waren. Sie ließ die Profis der Presselandschaft ziemlich alt aussehen.

Nina Rehfeld, „Auf den Straßen von Seattle. Zone der Gewalt oder Ort des Friedens?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Juli 2020; © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

Spaltung als Geschäftsmodell: Fox News

[...] Am 7. Oktober 1996 geht Fox News auf Sendung. Rupert Murdoch, Medienunternehmer und Selfmade-Milliardär mit einem Hang zum Boulevard und einem entschiedenen Interesse an der Beeinflussung von Politik, hatte auf der Suche nach einem eigenen Nachrichtenkanal zunächst versucht, CNN zu kaufen, doch ohne Erfolg. Also verlegte er sich auf eine Neugründung. Sie gelingt ihm mit Roger Ailes, einem Fernseh-Aficionado und ultrakonservativen Spindoktor der ersten Stunde.

Ailes besitzt ein atemberaubendes Gespür für effektive Inszenierungen. [...] Langeweile sei eine Todsünde auf dem Bildschirm. Von ihm, dem Mann des Spektakels, stammt die sogenannte Orchestergraben-Theorie der Medienwirkung. „Wenn man zwei Leute auf die Bühne stellt“, pflegte der 2017 verstorbene Ailes zu dozieren, „und einer sagt: ‚Ich habe eine Lösung für das Problem im Mittleren Osten‘, und der andere fällt in den Orchestergraben: Wer, glauben Sie, wird in den Abendnachrichten gezeigt?“

[...] Ailes ist überzeugt: Das konservative, hart arbeitende, christliche, im Zweifel weiße Amerika brauche endlich einen eigenen Fernsehsender. Und er hat genau beobachtet, wie seit der Aufhebung der sogenannten Fairness-Doktrin im Jahr 1987 (einer Regelung, die die politische Ausgewogenheit von Radiobeiträgen sichern sollte) mit Rush Limbaugh der Typus des rechten, wüst polemisierenden Talkmasters zum Publikumsmagneten im Radiogeschäft aufgestiegen ist. [...]

[...] Roger Ailes [...] kombiniert, wie bereits die Protagonisten des Talkradios, Ideologie und Entertainment, eben darin liegt sein Erfolgsrezept. Seine Star-Moderatoren – Medienaktivisten der zweiten Generation – haben nicht in Yale oder Harvard studiert, sondern wurden auf dem Boulevard sozialisiert. Erst diese Mischung aus Spektakel, politischem Furor und ideologiekonformem Relativismus verändert das Kommunikationsklima fundamental.

Das bedeutet nicht, dass bei Fox News nicht auch Journalisten arbeiten, die sich gegen Exzesse der Agitation [...] positionieren. [...] Aber ihre Stimmen fallen in der Summe nicht ins Gewicht. Sie haben eher Feigenblatt-Funktion. Prägend für den Sender ist die schrittweise Demontage des klassischen Journalismus mit seinem Bemühen um Faktizität und Fairness, Proportionalität und Relevanz. Man zieht Spektakelthemen hoch und berichtet in steter Routine von verkommenen Liberalen und brandgefährlichen Linken. Man lässt vermeintlich neutrale Experten auftreten, die tatsächlich von ultrakonservativen Lobbyorganisationen bezahlt werden. Und man verwischt die Grenze zwischen Nachricht und Meinung durch einen Stil bombastischer Ankündigungen, der als brisante Enthüllung verkauft, was bei näherer Betrachtung bloße Behauptung ist („schlimmer als Watergate“ – „der größte Skandal der amerikanischen Geschichte“).

[...] In der Rückschau gibt es einige symptomatische Ereignisse, die die schrittweise Radikalisierung und spätere Trump-Fixierung von Fox News als ein Zusammenspiel von individueller Skrupellosigkeit und stramm konservativer Ideologie begreifbar machen, als ein Gemisch aus Quoten- und Erregungsgier.

2001: Nach den Anschlägen vom 11. September verschärft Fox News seine Attacken auf einen angeblich verweichlichten, unpatriotischen Journalismus, der sich nicht mehr traue, Terroristen auch Terroristen zu nennen. Es regiert nun dröhnende Kriegerhetorik. Die Einschaltquoten schnellen in die Höhe. Fox

News überholt in dieser Zeit CNN und wird zum meistgesehenen Kabelsender der USA.

2004: Die Angriffe auf den demokratischen Präsidentschaftskandidaten John Kerry werden zum Musterbeispiel einer brutalen Schmutzkampagne. Kerry habe seine militärischen Auszeichnungen nicht verdient und über seine Rolle im Vietnamkrieg gelogen, heißt es bei Fox News. Das ist falsch. Aber was die von einem republikanischen Großspender finanzierten Vertreter der sogenannten Swift Boat Veterans for Truth (»Schnellboot-Veteranen für die Wahrheit«) und ihre Unterstützer in Fox News-Sendungen behaupten, zeigt trotzdem Wirkung. Swiftboating bezeichnet seitdem frei erfundene, gleichwohl vernichtende Lügenstorys.

2008: Ein weiterer Markstein ist die Wahl Barack Obamas. Vom ersten Tag seiner Präsidentschaft an erscheint er im Kosmos von Fox News als der fremde, womöglich muslimische Präsident, der insgeheim den Sozialismus einführen will. [...]

Von 2011 an schließlich wirbt der Quotenbringer Donald Trump bei Fox & Friends für seine Reality-TV-Sendung The Celebrity Apprentice auf NBC. Gleichzeitig kolportiert er Woche für Woche die bizarre Annahme der Birther-Bewegung, Barack Obama sei nicht in den USA geboren und habe daher das Präsidentenamt zu Unrecht inne. [...] Zugleich werden hier die Auswirkungen der digitalen Revolution greifbar. Die bizarren Ideen der Birther diffundieren blitzschnell von randständigen Netzplattformen ins Zentrum des Diskurses. [...]

In diesem Paralleluniversum einer radikal parteiischen Publizistik ist Fairness eine Schwäche und die Spaltung der Gesellschaft Geschäftsmodell und Lebenselixier. [...]

Bernhard Pörksen ist Professor für Medienwissenschaft an der Universität Tübingen und Fellow des Thomas Mann House in Los Angeles.

Bernhard Pörksen, „Wut schlägt Wahrheit“, in: Die Zeit N. 43 vom 15. Oktober 2020



Mikrofon mit dem Logo des TV-Senders Fox 5 News, Teil des WNYW Channel 5, einem US-amerikanischen Fernsehsender aus New York. WNYW gehört zum FOX Network.

JOSEF BRAML

Aktuelle Herausforderungen

Die USA stehen vor großen Herausforderungen. Präsident Biden kann trotz Demokratischer Mehrheiten im Kongress innenpolitisch nicht „durchregieren“, dafür hat er außenpolitisch mehr Handlungsspielraum.



Nach seinem hart umkämpften Wahlsieg bei den US-Präsidentschaftswahlen hat der Demokrat Joe Biden Jr. am 20. Januar 2021 als 46. Präsident der Vereinigten Staaten die Amtsgeschäfte im Weißen Haus übernommen. Zuvor konnten die Demokraten neben der Mehrheit im Abgeordnetenhaus durch die beiden Siege in den Stichwahlen am 5. Januar 2021 im Bundesstaat Georgia schließlich auch noch die einfache Mehrheit im Senat erlangen. Damit haben die Demokraten zwar noch die Kontrolle in dieser zweiten Kammer des Kongresses gewonnen, aber die qualifizierte Mehrheit (von 60 Stimmen) verfehlt, die nötig ist, um Blockademanöver (*filibuster*) im normalen Gesetzgebungsverfahren abzuwenden.

Die Republikaner werden bis auf Weiteres in der Lage sein, die ehrgeizige legislative Agenda der Biden-Administration mit derselben Verweigerungsstrategie zu blockieren, mit der sie bereits die meisten Initiativen Barack Obamas verhindert. Während viele sozial- und wirtschaftspolitische Prioritäten des neuen Präsidenten Biden – etwa die Verbesserung des Gesundheitswesens, der „Green Deal“ und Steuererhöhungen – von den Republikanern im Kongress vereitelt werden können, besteht in den Vereinigten Staaten jedoch ein parteiübergrei-

fender Konsens in der Außenpolitik gegenüber rivalisierenden Staaten. Die USA werden weiterhin vor allem wirtschaftliche Mittel für geostrategische Ziele nutzen – um insbesondere China einzudämmen. Amerikas Geo-Ökonomie wird auch seine Alliierten in Europa und Asien vor die Wahl stellen und zum geostrategischen Denken nötigen.

Weiterhin mögliche Politikblockade

Mit dem neuen Amtsinhaber im Weißen Haus verbinden viele politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger in Europa ihre Hoffnungen auf eine berechenbarere und für sie vorteilhaftere Innen- und Außenpolitik der Weltmacht. Doch die politische Lage in den Vereinigten Staaten wird weiterhin schwierig und instabil bleiben.

Die Demokraten haben zwar die Kontrolle über die erste Kongresskammer, das Repräsentantenhaus, beibehalten, bei den letzten Wahlen jedoch unerwartet viele Sitze verloren und werden somit künftig über eine kleinere Mehrheit verfü-

gen. Mangels einer „blauen Welle“, eines erhofften erdrutschartigen Sieges für die Demokraten (deren Farbe traditionell blau ist), konnten die Demokraten auch nicht die zweite Kongresskammer, den Senat, deutlich für sich entscheiden. Sie verloren ausschlaggebende Rennen in Maine, Iowa und anderen Bundesstaaten gegen die Republikaner, deren Symbolfarbe rot ist.

Doch in den Stichwahlen im Südstaat Georgia gelang es den Demokraten immerhin noch, beide Sitze zu gewinnen. Damit konnten sie die Kontrolle im Senat sichern. Denn bei dem nun gegebenen 50:50-Patt kann bei Abstimmungen, wenn nötig, jeweils die Vize-Präsidentin Kamala Harris mit ihrer „tie-breaking vote“ die ausschlaggebende Stimme abgeben, nicht zuletzt, wenn Personalnominierungen des Präsidenten zu bestätigen sind.

Schwieriger wäre es jedoch, mit einfacher Mehrheit das *filibuster* und damit die Blockademöglichkeit der Republikaner in der normalen Gesetzgebung aufzuheben. Denn in den Reihen der Demokraten gibt es in dieser für das politische System grundlegenden Frage auch zurückhaltende Senatoren, etwa Joe Manchin III, der im Senat den Südstaat Virginia repräsentiert. Senator Manchin III befürchtet, dass seine bei vielen Themen den Republikanern nahestehenden Wählerinnen und Wähler ihn für einen derart radikalen Schritt, den die Republikaner als „nukleare Option“ (siehe auch S. 19) bezeichnen, bei den nächsten Wahlen abstrafen würden.

Wegen der fehlenden Parteidisziplin ist der Präsident häufig gezwungen, sogar Kongressmitglieder der eigenen Partei mit Hilfe von Zuwendungen an ihre Wahlkreise oder Einzelstaaten für seine Vorhaben zu gewinnen. Biden wird es als Präsident künftig schwerer haben, die Geschlossenheit seiner Demokratischen Partei aufrechtzuerhalten. Trotz der parteiübergreifenden Einsicht, dass viele Bereiche des US-Infrastruktursystems renoviert und erneuert werden müssen, legte die Auseinandersetzung über den Umfang und die Finanzierung des Infrastrukturgesetzes vor allem auch die parteiinternen Gräben zwischen progressiven und fiskal-konservativen Demokraten offen. Letzten Endes konnte im November 2021 der *Infrastruc-*

ture Investment and Jobs Act im Abgeordnetenhaus mangels eigener Geschlossenheit nur mithilfe von 13 Republikanischen Abgeordneten verabschiedet werden. Wegen ihrer Kompromissbereitschaft werden diese jedoch seitdem von ihren Parteifreunden angefeindet und müssen befürchten, nicht wieder gewählt zu werden.

Nach Trumps Abwahl aus dem Weißen Haus fehlt hingegen den Demokraten nun der externe „Feind“, der noch im Wahlkampf half, die eigenen Reihen zu schließen. Es gibt insbesondere Spannungen zwischen Progressiven und Gemäßigten darüber, wer für die Verluste bei den Kongresswahlen verantwortlich ist – und dementsprechend auch Richtungsstreit über den künftigen Regierungskurs der Demokraten.

Es war daher wenig überraschend, dass Präsident Biden ein Kabinett zusammenstellte, das die verschiedenen Fraktionen seiner Koalition umfasst, einschließlich progressiver und gemäßigter Köpfe. Dank der Kontrolle der Demokraten im Senat konnten die wichtigen Personalentscheidungen des Präsidenten ohne Blockademöglichkeiten der Republikaner abgesegnet und damit auch das innerparteiliche Machtgleichgewicht der Demokraten aufrechterhalten werden.

Mangels einer qualifizierten Mehrheit der Demokraten im Senat (60 von 100 Stimmen) und der damit möglichen Blockademittel der Republikaner im normalen Gesetzgebungsverfahren sind die vor allem von progressiven Demokraten geforderten umfassenden Gesetze in den Bereichen Gesundheitswesen, Steuerreform oder Finanzmarktregulierung nicht zu erwarten.

Dass der künftige Präsident nicht „durchregieren“ können würde, wurde von der Finanzwelt erleichtert aufgenommen. Mit Kursanstiegen reagierten die Aktienmärkte darauf, dass es keine von den Demokraten kontrollierte Einheitsregierung geben wird, die Unternehmen regulieren und Steuern erhöhen könnte.

Eine in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkte Regierung gibt aber auch Grund zur Sorge, weil die gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes unbearbeitet bleiben. Zunächst wären legislative Maßnahmen dringend erforderlich, um die Coronavirus-Pandemie und deren wirtschaftliche Auswirkungen zu bewältigen.



Um das innerparteiliche Machtgleichgewicht der Demokraten zu wahren, beruft Präsident Biden Mitglieder verschiedener Fraktionen seiner Partei in sein Kabinett. Der Präsident am 20. Januar 2021 bei der Unterzeichnung seiner Nominierungsliste

Mangelnde Sozialpolitik

Die Coronavirus-Pandemie hat die gravierenden Ungleichheiten in der amerikanischen Gesellschaft gnadenlos offengelegt. „Die Pandemie und die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste waren besonders verheerend für Schwarze Haushalte“, erklärte das *Economic Policy Institute* im Juni 2020. Denn Schwarze Amerikanerinnen und Amerikaner sind durch die Coronavirus-Pandemie stärker betroffen, da sie bereits vor der Pandemie tendenziell eine höhere Arbeitslosenquote vorwiesen, niedrigere Löhne bezogen und auf weniger Ersparnisse zurückgreifen konnten als andere Gesellschaftsgruppen. Dies alles sind Nachwehen von Sklaverei, Segregation und des bis heute anhaltenden Rassismus.

Die vor allem für die sozial Schwächeren anhaltende Wirtschaftskrise wird die prekäre Lage insbesondere der Schwarzen Minderheit noch weiter verschärfen. Mit ihrem Job verlieren viele US-Bürgerinnen und -Bürger nicht nur ihre einzige Möglichkeit für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, sondern in der Regel auch ihren Krankenversicherungsschutz.

Viele Schwarze Amerikanerinnen und Amerikaner arbeiten im Dienstleistungssektor, in dem die Beschäftigung merklich

Die Coronavirus-Pandemie hat die USA hart getroffen und die gravierenden Ungleichheiten der Gesellschaft offengelegt. Insbesondere Menschen der Schwarzen Minderheit erkrankten schwer oder starben. Am 13. April 2020 reiht sich Krankenwagen an Krankenwagen vor dem NYU Langone Medical Center in New York.

Durch die Corona-Krise verloren viele Menschen ihre Jobs oder wechselten die Branchen. Nun suchen Betriebe mit Hilfe von Job Centern, wie hier in Manchester, New Hampshire, am 10. Mai 2021, wieder Beschäftigte. Dafür streichen manche Bundesstaaten die Arbeitslosenhilfe, die während der Pandemie erhöht worden war.



dezimiert wurde. Während die Arbeitslosigkeit unter Weißen Arbeitskräften in den USA mittlerweile wieder deutlich zurückging, ist sie bei Schwarzen Arbeitskräften weiterhin hoch. Die offiziellen Statistiken geben keine Auskunft über die unzähligen anderen, die wegen längerer Arbeitslosigkeit keine Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung mehr haben, deshalb aus der Statistik fallen und diese damit beschönigen.

In den USA sind die Leistungen der Arbeitslosenversicherung in der Regel auf 26 Wochen begrenzt; einige Staaten im Süden bieten sogar noch weniger. Staaten wie Florida haben zudem bürokratische Hürden errichtet, um die Beantragung von Arbeitslosengeld zu erschweren. Andere Staaten, wiederum hauptsächlich im Süden, haben die Berechtigung staatlicher Krankenfürsorge (*Medicaid*) nicht auf Menschen mit niedrigem Einkommen ausgeweitet, wie es der *Patient Protection and Affordable Care Act (Obamacare)* vorsieht. Das ist umso problematischer, weil viele Hilfsbedürftige ihren Lebensunterhalt mit Hilfe von „*Medicaid*“ bestreiten.

Laut einer Datenerhebung der *Kaiser Family Foundation* von 2019 ist der Anteil der arbeitsfähigen US-Bevölkerung ohne Krankenversicherung bei Schwarzen 1,5-mal höher als bei Weißen. Die Corona-Sterblichkeitsrate unter Schwarzen Amerikanerinnen und Amerikanern ist denn auch signifikant höher als bei Weißen Amerikanerinnen und Amerikanern. Angesichts dieser erdrückenden Fakten stellt sich die Frage, warum die USA keinen Sozialstaat haben, der diese Ungleichheit der Lebenschancen beheben könnte.

„Warum haben die USA keinen Sozialstaat wie die Europäer?“, lautete auch die Forschungsfrage amerikanischer Ökonomen, die nicht gerade im Ruf stehen, sozialliberal zu sein. Alberto Alesina, Edward Glaeser und Bruce Sacerdote testeten in einer Studie von 2001 eine Reihe von Hypothesen und erkannten am Ende einen dominanten Faktor: Die Ausnahmestellung, die die USA in der zivilisierten Welt bei der Behandlung sozial Schwächerer einnehmen, kann mit Rassismus erklärt werden. Die Hautfarbe gibt den Ausschlag dafür, ob Amerikaner Sozialpolitik und den Ausbau des Sozialstaats unterstützen oder nicht. Die Sozialpolitik ist in den USA auch deswegen in Verruf geraten, weil, anders als in den 1960er-Jahren, als noch mehr Weiße von ihr profitierten, Sozialpolitik heute mit der Unterstützung der „Anderen“, der Schwarzen, gleichgesetzt wird.

Bereits Mitte der 1990er-Jahre wurde durch den Bestseller „*The Bell Curve*“ (der Titel bezieht sich auf die Glockenkurve der Intelligenztestwerte), den Charles Murray und Richard Herrnstein 1994 veröffentlichten, der vor allem bei konservativen Eliten in den USA immanente Rassismus offensichtlich: Schwarze seien genetisch bedingt weniger intelligent als Weiße. Wer Sozialpolitik betreibt, trage nur dazu bei, dass die Schwarzen sich noch stärker vermehren und die USA noch mehr verdummen. So lautete im Kern die These des Buches.

Selbst- und Fremdwahrnehmungen, die von seriösen amerikanischen Soziologen erforscht wurden, verdeutlichen, wie tief rassistische Haltungen in der amerikanischen Gesellschaft verankert sind. Angesichts des Umstands, dass vier Fünftel der vergleichsweise kurzen amerikanischen Geschichte von Sklaverei geprägt waren, kann es nicht verwundern, dass seit über zwanzig Generationen verfestigte Verhaltensweisen auch heute noch gegenwärtig sind.

Die meisten Weißen denken, so Joe Feagin, einer der führenden Rassismus-Forscher in den USA, dass soziale Unterschiede vermeintliche Realitäten reflektieren: eine bessere Arbeitsethik, überlegene Intelligenz oder andere Fähigkeiten und Tugenden von Weißen, die Anerkennung verdienen. Schon von

Soziale Unterschiede – systemisch bedingt?

[...] Schwarze Männer haben ein etwa zweieinhalbmal so hohes Risiko wie Weiße, von Polizeischüssen getroffen zu werden. Das freilich ist nur die Spitze des Eisbergs namens „racial profiling“ [...] Langzeitstudien belegen, dass schwarze Autofahrer häufiger angehalten werden als weiße. Liegt das womöglich daran, dass sie im Durchschnitt ärmer und deshalb mit nicht verkehrssicheren Autos unterwegs sind? Fahren sie gar öfter unter Alkohol- oder Drogeneinfluss? Nein, denn wenn es dunkel wird, werden Schwarze und Weiße gleich oft angehalten. Die einzige Erklärung: Nachts können die Polizisten die Hautfarbe nicht erkennen. Was im Hellen wie im Dunkeln gilt: Nachdem sie angehalten wurden, werden schwarze Autofahrer viel häufiger durchsucht als weiße. [...]

Umgekehrt hat die Aufklärung von Verbrechen oft geringe Priorität, wenn Schwarze die Opfer sind. Oder die Polizei macht Opfer zu Tätern. Zum Beispiel die Frau aus Ferguson nahe St. Louis, die in einem Bericht der Obama-Regierung über die dortige Polizei vorkommt. Sie hatte die Polizei gerufen, weil ihr Freund sie verprügelte. Als die Streife eintraf, war er schon weg. Die Polizisten fragten, ob er in der Wohnung wohne. Die Frau bejahte – und wurde festgenommen. Denn der Name ihres Peinigers stand nicht in ihrem Mietvertrag.

[...] Jederzeit sitzen fast eine halbe Million Amerikaner nur deshalb hinter Gittern, weil sie die geforderte Kautions nicht aufbringen können. Denn die Summe wird meist ohne Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten der Beschuldigten festgelegt. Während wohlhabende Amerikaner selbst dann in Freiheit auf ihr Verfahren warten können, wenn sie zum Beispiel der Beihilfe zum Mord verdächtig sind, sitzen Nacht für Nacht Abertausende Obdachlose in Gefängnissen, die wegen unerlaubten Bettelns festgenommen wurden. [...]

[...] Nach einem Gefängnisaufenthalt bekommen viele Amerikaner kein Bein mehr auf den Boden. Nicht nur ihr Arbeitsplatz ist weg, sondern oft auch die Wohnung, denn viele Kommunen verbieten Straftätern das Betreten von Sozialwohnungen. Für Vorbestrafte ist ein Job als Putzkraft oft schon wie ein Lottogewinn. Doch wer aus der Haft kommt, braucht nicht nur Geld zum Überleben. In aller Regel muss er Hunderte bis Tausende Dollar Schulden bei der Justiz abtrottern: Geldbußen und Gebühren, deren Zahl sich immer weiter vergrößert. [...]

Für arme Amerikaner kann deshalb selbst ein Bagatelldelikt zu einer Art lebenslanger Strafe führen, denn sie geraten in einen Kreislauf aus Strafbefehlen und Mahngebühren. Oft wird der Führerschein eingezogen, wenn ein entlassener Häftling säumig ist. Fährt er dennoch Auto, weil er anders nicht zu seiner Arbeitsstelle kommt, droht ihm eine Festnahme wegen Fahrens ohne Fahrerlaubnis. Dann gibt es wieder Gefängnis, wieder Bußgeld, wieder Gebühren. [...]

Nach Zahlen von 2016 ist das Reinvermögen einer weißen Familie mit 171 000 Dollar im Mittel zehnmal höher als das einer schwarzen. In schwierigen Zeiten wie der gegenwärtigen Rezession geht die Schere stets noch weiter auseinander. [...] Die Vermögenskluft würde sich selbst dann kaum verringern, wenn sich die Einkommen von Schwarzen und Weißen angleichen. Selbst die wenigen Afroamerikaner, die es unter die amerikanischen Top-Verdiener geschafft haben, besitzen im Schnitt weniger als ein Fünftel des Vermögens der gleich gut verdienenden Weißen.



Rassismus, auch in den Reihen der Polizei, ist ein großes Problem in den USA. Nach dem Tod des Schwarzen George Floyd durch einen Weißen Polizisten kam es landesweit zu Protesten. Eine Demonstration der „Black Lives Matter“-Bewegung am 28. Mai 2020 in New York City

Denn entscheidend ist, was vererbt wird. Als Sklaven haben die Schwarzen aber über Jahrhunderte nur zum Aufbau weißer Vermögen beigetragen. Und nach dem Ende der Sklaverei wurden sie faktisch von den großen Sozialprogrammen ausgeschlossen. Beispielhaft dafür steht das „GI Bill“: Nach dem Zweiten Weltkrieg bürgte der amerikanische Staat für Kredite, damit Veteranen ihrer Familie Häuser kaufen konnten. Für viele Millionen weiße Amerikaner war das der Weg in die Mittelklasse. Die 1,2 Millionen Schwarzen, die für ihr Land gekämpft hatten, fanden aber keine Banken, die ihnen einen Kredit gewährten hätten. Also entging ihnen auch die staatliche Unterstützung.

Das ist der Hintergrund, vor dem schwarze Aktivisten heute noch Reparationen für die Sklaverei verlangen. [...]

Dass das amerikanische Justizwesen überfordert, ja „kaputt“ sei, ist heute beinahe ein Gemeinplatz. Schon wegen der hohen Kosten stimmen dem auch Konservative zu. Viele Bürgerrechtler allerdings stören sich inzwischen an der Formulierung. Verfassungsrechtler [Alec] Karakatsanis sagte im vorigen November: „Wenn man bedenkt, dass der eigentliche Zweck des Systems darin liegt, bestimmte Bevölkerungsgruppen unter Kontrolle zu halten, gewisse Leute zu unterdrücken, die Hierarchien von Wohlstand und Macht zu bewahren, dann funktioniert es sogar sehr gut.“

Selbst wer so denkt, erklärt damit nicht alle Polizisten, Staatsanwälte oder Richter zu Rassisten. [...] Die allermeisten Polizisten wollten der Gesellschaft dienen. Das Wesen des systemischen Rassismus sei es aber, dass auch gutwillige Leute ein ungerechtes System am Laufen hielten. [...]

Je lauter Reformforderungen werden, desto schriller schüren die Lobbyisten dieser und anderer Branchen Ängste vor Kriminalität in der Bevölkerung. Doch es sind nicht nur Unternehmer, die sich vor einem Systemumbau fürchten. Solange Bußgelder und Gerichtsgebühren eingetrieben werden müssen, damit eine Staatsanwaltschaft ihre Stromrechnung bezahlen kann und die Rente der Richter sicher ist, so lange wird der Reformdruck auch von innen überschaubar bleiben. [...]

Andreas Ross, „Im Würgegriff“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juli 2020; © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

Der Uni-Campus, ein elitäres Paralleluniversum?

[...] Die Mehrheit der Studierenden an amerikanischen Eliteuniversitäten stammen traditionell aus den wohlhabenden, alteingesessenen Familien der Ostküste. Um diesen historischen Makel wettzumachen, setzen die Unis mittlerweile viel daran, talentierte Schülerinnen und Schüler aus entfernteren Städten oder benachteiligten sozialen Schichten zu entdecken. Mitglieder einflussreicher Aufnahme-Komitees reisen durch das Land, um in sozialen Brennpunkten in San Diego oder in abgelegenen Indianer-Reservaten in North Dakota nach schlauen Siebzehnjährigen zu fahnden. Die ethnische und geografische Vielfalt des Landes ist auf dem Campus deshalb mittlerweile gut abgebildet. In den letzten Jahren fanden auch immer mehr Kinder aus armen Elternhäusern ihren Weg nach Princeton und Yale.

Doch mit der Nähe zum durchschnittlichen Amerika ist es nach der Immatrikulation schnell vorbei. Denn sobald die Studierenden auf dem Campus aufkreuzen, riegeln ihre Universitäten sie vom Rest der Gesellschaft ab. Sie wohnen auf dem Campus, studieren auf dem Campus, saufen auf dem Campus, musizieren auf dem Campus, treiben auf dem Campus Sport, verlieben sich auf dem Campus.

Die Orte, die diese Insel umgeben, kennen viele dagegen kaum. Als ich in Harvard promovierte, lud ich einen kleinen Kurs jüngerer Studierender einmal zu mir nach Hause ein. Meine Wohnung lag zu Fuß ein paar Minuten von der Universität entfernt; von der Speisehalle, in der die meisten Erstsemester täglich essen, war es zu mir ein gerader Weg. Und doch waren viele dieser hochintelligenten Studierenden ob des Abenteuers, meine Wohnung zu finden, hell aufgeregt. „Du lebst aber weit von der Uni weg“, staunte einer. „So weit vom Campus war ich in meiner ganzen Zeit in Harvard noch nie“, sagte ein Zweiter.

In Deutschland wohnen die meisten Entscheidungsträger von morgen in normalen Wohnhäusern. Sie jobben während des Studiums als Kellnerin oder Verkäufer, zusammen mit Menschen, die diesen Job auch in zehn oder zwanzig Jahren noch ausüben werden. Wenn sie Fußball oder Volleyball spielen, so tun sie dies zumeist in einem Sportverein, der allen sozialen Schichten offensteht. Und wenn zwei Kommilitonen miteinander Probleme haben, dann müssen sie diese, wie jeder andere Bürger auch, mithilfe des formalen Rechtssystems austragen.

In den USA dagegen bleibt man unter sich. Man jobbt (wenn überhaupt) als studentische Hilfskraft in der Uni-Bibliothek oder als Fremdenführerin an der eigenen Uni. Man spielt mit den Kommilitonen in einer Mannschaft, tritt am Wochenende gegen Studierende anderer renommierter Universitäten an. Und wenn es Streit gibt, dann entscheidet die Uni-Verwaltung über Recht und Unrecht. Selbst wenn es um ernste Vorwürfe geht, etwa sexuellen Missbrauch, ermittelt und richtet zumeist das sogenannte Title-IX-Büro der Universität anstatt der Polizei und der Justiz.

Die angelsächsische Campus-Uni, auf die viele Deutsche neidisch blicken, ist in Wahrheit eine Parallelgesellschaft. Und so wie andere in sich geschlossene Gruppen auch verlieren ihre Mitglieder den Bezug zum Rest der Gesellschaft – oder kündigen ihr gar die Solidarität auf. [...]

Mitglieder der angelsächsischen Elite haben deshalb oft eine denkbar seltsame Sicht auf ihr eigenes Land. Von den vergleichsweise kleinen Ungerechtigkeiten an Edel-Unis oder in den Chefetagen von multinationalen Unternehmen zeigen sie sich zutiefst schockiert; vom Leben in sozialen Brennpunkten oder verarmten Kleinstädten haben sie derweil kaum eine Ah-

nung. „Unter 100 000 Dollar im Jahr“, sagte mir einmal eine Kommilitonin, die sich selbst als Sozialistin bezeichnete, „kann in New York kein Mensch leben.“ (Die meisten New Yorker verdienen weit weniger.)

Meinungsumfragen zeigen immer wieder, wie wenig Amerikaner übereinander wissen. Gerade hochgebildete Linke, die an den Elite-Unis in der Mehrzahl sind, kennen ihr eigenes Land kaum. Sie schätzen Konservative als viel radikaler ein, als sie wirklich sind, stempeln diese oft pauschal als Sexisten und Rassisten ab. Gleichzeitig überschätzen sie, wie viele Menschen im Lande so leben wie sie selbst. So denken die meisten Amerikaner, die während der Pandemie im Homeoffice arbeiteten, dass fast die Hälfte aller Arbeitnehmer dasselbe taten – in Wirklichkeit war es gerade mal jeder siebte.

Dieses Unwissen über die sozialen Bedingungen außerhalb des eigenen akademischen Milieus schlägt auch in Ablehnung um. Über keine fremde Kultur äußern sich hochgebildete Briten oder Amerikaner so offen herablassend wie über die soziale Unterschicht im eigenen Land. Unter Professorinnen oder Unternehmensberatern lästert es sich befreit über Chads und Karens, über Rednecks, Hillbillies und Trailer-Trash. [...]

Gesellschaftlich wie politisch sind die Konsequenzen schwerwiegend. Denn nichts nährt die Rage vieler Wählerinnen und Wähler so stark wie das – leider nicht abwegige – Gefühl, von „denen da oben“ verabscheut zu werden. Als Hillary Clinton 2016 davon sprach, dass sich die halbe Wählerschaft Donald Trumps in einem „basket of deplorables“ versammle (zu Deutsch etwa: in einem „Korb der Beklagenswerten“), schadete dies ihrer Kandidatur nicht etwa, weil ihr ein extremer verbaler Ausrutscher unterlaufen war. Sondern weil ihr Spruch akkurat die Weltsicht eines ganzen sozialen Milieus wiedergab.

Die Gefahr, dass sich eine kulturelle und wirtschaftliche Elite vom Rest des Landes abschottet, besteht auch in Deutschland. Auch hierzulande dreht sich die Politik zu oft um den richtigen Wortgebrauch. [...]

Und doch sind diese Probleme in Deutschland bisher viel weniger eklatant als im angelsächsischen Raum. Die Mächtigen in diesem Land kultivieren häufig die Nähe zu ihrer Heimatstadt, zu gesellschaftlichen Einrichtungen wie Sportvereinen oder zu sozial weniger gut gestellten Mitbürgern. [...]

Yascha Mounk, 39, ist Gründer des Debattenportals Persuasion und Professor für Politikwissenschaften an der Johns-Hopkins-Universität in Baltimore.

Yascha Mounk, „Sie bleiben unter sich“, in: Die Zeit Nr. 43 vom 21. Oktober 2021



Campus der Columbia Universität, New York City, September 2020



In den USA ist Bildung auch eine Frage des Geldes. Schülerinnen und Schüler insbesondere der Minderheiten haben nur wenige Möglichkeiten zum Besuch von Eliteschulen; erster Schultag in der öffentlichen Sunlake High School in Land O Lakes, Florida, am 10. August 2021.

Kindesbeinen an werde der *American Walk of Life* trainiert. Kinder von Weißen und Schwarzen Eltern würden für unterschiedliche Jobs und gesellschaftliche Schichten sozialisiert. Kindern Weißer Amerikaner werde vermittelt, dass sie leistungsfähig und überlegen seien. Schwarzen Kindern hingegen werde von der dominierenden Weißen Gesellschaft schon in früher Kindheit ein Gefühl von Minderwertigkeit vermittelt.

Doch wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge sind die Ungleichheiten zwischen Schwarzen und Weißen Bürgern in den USA im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Weiße zumeist über Generationen hinweg größere Chancen zur Erlangung von Grundbesitz, Geldvermögen oder „Sozialkapital“ bekamen. Auch heute hat nach Einschätzung des Nobelpreis-Ökonomen Joseph Stiglitz (*Der Preis der Ungleichheit*, 2012) die Einkommens- und Vermögensverteilung wenig mit Leistung zu tun. „Soziale Fiktionen“ von der vermeintlich arbeitsamen und überlegenen Weißen Rasse sollen vielmehr verdecken, dass, wie die Soziologin Nancy DiTomaso durch ihre Elitenforschung herausfand (*The American Non-dilemma. Racial Inequality without Racism*, 2013), die meisten Angehörigen der Weißen Elite ihre gut bezahlten Arbeitsplätze weniger ihrer Leistung wegen erhalten haben: Sie verdanken sie vielmehr den tradierten Familiennetzwerken, die häufig an privaten, für die meisten Normalsterblichen unerschwinglichen Eliteuniversitäten geknüpft und gepflegt werden.

Gute Schulbildung ist in den USA schon lange kein öffentliches Gut mehr, für das der Staat sorgt. Sie ist das private Privileg einer stetig schrumpfenden Oberschicht. In den USA gibt es eine Reihe herausragender Eliteuniversitäten, die auch international die Oberliga (*Ivy League*) dominieren. Doch die unverhältnismäßig angestiegenen Studiengebühren können sich – abgesehen von den wenigen Stipendiaten – nur noch einige wohlhabende Studierende leisten.

Für die sogenannten oberen Zehntausend lohnt sich diese Investition allerdings allemal, denn sie werden – nicht zuletzt aufgrund ihrer in den Elite-Einrichtungen geknüpften Kontakte zu künftigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern – nach dem Studium ein Vielfaches dessen „verdienen“, was ihre mit schlechteren Startchancen versehenen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu erwarten haben. Ihr Einkommen wird auch nicht merklich durch Sozialabgaben oder Steuern geschmälert, mit denen der zunehmende Verfall

der öffentlichen Infrastruktur (Parks, Straßen, Brücken, Eisenbahnlinien etc.) aufgehalten oder die prekäre Lage sowie der Bildungsgrad sozial Schwächerer verbessert werden könnten.

„Die Verbindung zwischen Geburt und Erfolg zu lockern, würde Amerika reicher machen – viel zu viel Talent verkümmert gegenwärtig“, mahnte bereits zu Jahresbeginn 2015 die wirtschaftsliberale Zeitschrift *The Economist* in ihrem Bericht über „Amerikas neue Aristokratie“. Der technologische Wandel wird zwar weiterhin Arbeit durch Kapital ersetzen, aber auch dafür sorgen, dass künftig mehr besser und weniger schlecht ausgebildete Arbeitskräfte benötigt werden.

Soziale Ungleichheit ist also nicht nur ein moralisches, sondern auch ein wirtschaftliches Problem – besonders in den USA: In einer Wirtschaft, die zu zwei Dritteln vom Konsum getrieben wird, müssen möglichst viele das nötige Einkommen besitzen, um überhaupt konsumieren zu können. Bislang haben viele Forschende unterschätzt, wie sehr sich in den vergangenen drei Jahrzehnten soziale Ungleichheit auf das Nachfrageverhalten ausgewirkt hat. Mittlerweile ist deutlich geworden, dass in den USA Einkommensungleichheit und Konsumungleichheit Hand in Hand gehen. Doch das hat Folgen: Wer weniger Geld hat, kann auch weniger ausgeben.

Um die marode Infrastruktur zu reparieren und auch damit die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, plante Präsident Biden ursprünglich ein sozial- und umweltpolitisch viel umfangreicheres Infrastrukturprogramm. Eine Arbeitsgruppe beider Parteien berät am 8. Juni 2021 im Senat in Washington zu dem Vorhaben.



West Virginia wartet auf den Aufschwung

[...] Die Malocherstadt [Keyser] war früher eine Hochburg der Demokraten. Doch Jimmy Carter war in Mineral County, im Landkreis, dessen Sitz Keyser ist, der letzte Demokrat, der eine Mehrheit bekam. Vor fast fünfzig Jahren. Seither gewinnen Republikaner hier in der Regel Zweidrittelmehrheiten. Trump holte 2016 und 2020 fast 80 Prozent. Die einst gewerkschaftsgebundenen, weißen Arbeiter haben das Lager gewechselt. Die Gründe dafür sind bekannt: Die Demokraten haben sich aus ihrer Sicht mehr um gesellschaftspolitische Zeitgeistfragen der ethnisch bunten Großstädte gekümmert als um das sozialpolitische Kerngeschäft für „middle America“. Joe Biden will diese – weiße, hauptsächlich männliche – Wählerschaft nicht verloren geben. „Middle Class Joe“, wie er sich nennt, hat sich vorgenommen, wieder eine Politik für das Herzland zu machen. Er will in vernachlässigte Landstriche investieren, ein großes Infrastrukturprogramm aufsetzen und Familien unterstützen. Es ist der Versuch, mit sozialdemokratischen Mitteln, die eigentlich als unamerikanisch gelten, der weiteren Polarisierung des Landes entgegenzuwirken.

Bürgermeister [Damon] Tillman kann da nur müde lächeln. Er kommt aus einem Elternhaus, in dem stets Demokraten gewählt wurden. Sein Vater war Kesselschmied. [...] Tillman hat früher auch schon mal für Demokraten gestimmt: für Bill Clinton etwa. Später auch für Barack Obama. 2008 war das. Da gefiel ihm noch, wie der junge Senator aus Illinois redete. 2012 hatte er längst mit dem Präsidenten abgeschlossen, allein schon wegen Obamacare, der Gesundheitsreform, die er für Sozialismus hält. 2016 war er von Anfang an für Trump. Einfach, wie er sagt, weil er keine Scheu habe, die Dinge beim Namen zu nennen, etwa dass das Land seit Jahrzehnten ausgenutzt worden sei, weshalb „America first“ genau die richtige Antwort gewesen sei. Ob Bidens „America first“ mit freundlichem Antlitz Erfolg haben könne? „Nicht zu meinen Lebzeiten“, sagt Tillman. [...] Jedes dritte Geschäft in der kleinen Mainstreet steht leer – und zwar nicht erst seit der Pandemie. Auch das Kino ist seit Jahren geschlossen. Am Ende der Straße steht ein großes Gebäude mit Portikus auf einem Hügel. Es ist die ehemalige Highschool des Ortes. Die Schule ist jetzt vor die Tore der Stadt gezogen. [...]

Als das [Restaurant] „Royal“ öffnete, war der Ort ein Verkehrsknotenpunkt für den Kohlebergbau im Grenzland zwischen West Virginia und Cumberland im nördlichen Maryland. [...] Textil- und Papierfabriken wurden gegründet – und Arbeiter, zumeist aus Italien und Irland, kamen in die Region. Die Bevölkerungszahl verdreifachte sich zwischen 1890 und 1970 auf 6500 Einwohner.

Seither ging es bergab. Mit der Kohlekrise ging die Deindustrialisierung einher: Anderswo, im Ausland, wurde billiger produziert. In den Neunzigerjahren – nach dem Freihandelsabkommen NAFTA mit Kanada und Mexiko – beschleunigte sich die Entwicklung in West Virginia. Junge Leute ohne Perspektive verließen den Bundesstaat. Die Bevölkerung schrumpfte von zwei auf weniger als 1,8 Millionen. Politisch bedeutet das: Bis 1963 hatte der Bundesstaat sechs Kongressbezirke. Von 2022 an werden es nur noch zwei sein. Da andere Gegenden wie Texas wachsen, verlieren Bundesstaaten wie West Virginia Bezirke – die Zahl der Sitze im Repräsentantenhaus ist in der Verfassung auf 435 festgelegt. In Keyser spiegelt sich das. Die Bevölkerungszahl ist auf 4900 zurückgegangen. [...]

„Ich würde gerne wissen, was Biden für Keyser machen will“, sagt er. In der Pandemie habe er eine Linie vertreten, die seinem Ort nur geschadet habe. Kleine Geschäfte und Restaurants hätten schließen müssen; die großen Ketten nicht. Viele hätten nicht überlebt. Und jetzt komme der Präsident mit seinen Sozialprogrammen: Gelder für die Kinderbetreuung, Familienpflegezeit, eine Ausweitung der Krankenversicherungspflicht: „Was will er denn? Die Leute abhängig machen vom Staat? Die Leute wollen aber keine Transfers, sie wollen arbeiten“, sagt er. Und dann fragt er: Glaube Biden wirklich, dass der „Green New Deal“ West Virginia helfe? Tillman redet nun immer schneller, sein Kopf wird rot. [...] Biden werde von Linksradikalen getrieben. Er wolle alles revidieren, was Trump gemacht habe. Dessen Politik sei aber gut für die Stadt gewesen. Der Aufschwung sei in Keyser angekommen. [...] Tillman benutzt all die Stichworte, die ihm täglich auf „Fox News“ geboten werden – bis hin zur Verschwörungstheorie, hinter der Erstürmung des Kapitols am 6. Januar stecke das FBI. Wenn man Tillman so reden hört, kann man nicht glauben, was er nach seiner Wahl 2018 als Erstes tat: Er machte einen Demokraten zum Verwaltungschef.

Als er sein Büro im Rathaus bezog, sei keiner da gewesen, der ihn eingewiesen habe. Der bisherige Amtsinhaber – ebenfalls ein früherer Demokrat, der zum Republikaner geworden war – habe ihm das Leben schwer machen wollen. Es ging nicht um Ideologie, sondern um konkurrierende Netzwerke. Das heißt: Tillman hatte gar keines. Also holte er sich seinen alten Freund Robert Eagle ins Rathaus.

[Robert] Eagle [...] ist ein großer, älterer Herr. Er hat sein Berufsleben im Hochschulmanagement verbracht. Zuletzt war er Verwaltungschef des örtlichen Community College. Als er pensioniert wurde, rief ihn Tillman an: Ob er nicht die Verwaltung von Keyser leiten wolle? Er brauche eine Person, der er vertrauen könne. Den bisherigen City-Manager hatte er entlassen, den Polizeichef auch. Es war ein echter Neuanfang. Für ein Jahr ließ sich Eagle darauf ein. Nachdem der Anfang geschafft war, holte der Bürgermeister sich jemand anderen.

Tillman und Eagle haben eines dieser Verhältnisse, das es im Amerika dieser Tage nur noch selten gibt. Über praktische Dinge sind sie schnell einer Meinung. Wenn es um die große Politik geht, könnten ihre Ansichten nicht konträrer sein. Über Trump reden die beiden Männer nicht. Eagle hat sein ganzes Leben in Keyser verbracht. Die Familie lebt dort in der dritten Generation. Der Vater war Eisenbahner, der Großvater auch. Eine urdemokratische Familie. [...]

Eagle hält Biden für den richtigen Mann, die Spaltung Amerikas zu überwinden. Die Mittelschicht sei ins Rutschen geraten, sagt er. Reiche würden reicher, Arme ärmer. Der Präsident habe ausgesprochen, dass Reagans „Trickle-down Economics“ nicht funktioniere. Wenn man ihn darauf anspricht, dass der Bürgermeister sage, unter Trump habe die Stadt einen Aufschwung erlebt, lächelt er nur milde: Er habe keinen Aufschwung gesehen.

Eagle deutet auf den Fluss vor ihm, den Potomac. Er fließt von hier aus Richtung Hauptstadt. Washington habe sich grundlegend verändert, sagt er: Früher sei der Senat eine Kompromissmaschine gewesen. Heute wollten die Republikaner keine Kompromisse, weil sie darin einen Erfolg der Demokraten sähen. [...]

Majid Sattar, „Ohne Perspektive“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Juli 2021; © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

Kaliforniens Erfolgsgeschichte offenbart ihre Schattenseiten

[...] Tesla-Chef Elon Musk [...] kündigte an, mit seiner Firmenzentrale das Valley in Richtung Texas zu verlassen. Mit der Firmenzentrale aus dem coolen, aber teuren Palo Alto in Kalifornien nach Austin, Texas – Musk macht es nun wie viele andere, wie Oracle, HP und Toyota, die ebenfalls den Bundesstaat im Westen der USA verlassen haben. Für die Branche hat Texas eindeutige Standortvorteile: Die Löhne sind niedriger, die Vorschriften weniger, die Immobilien billiger. [...]

Eine Studie der National Low Income Housing Coalition ergab, dass man in der Bay Area pro Stunde 39 Dollar verdienen muss, um sich eine Zwei-Zimmer-Wohnung leisten zu können; mehr als 6200 Dollar im Monat – netto wohl gemerkt. Die Non-Profit-Organisation, die sich seit knapp 50 Jahren gegen diese Wohnraumkrise einsetzt, hat auch errechnet, dass jemand, der den kalifornischen Mindestlohn kriegt, also 14 Dollar die Stunde, pro Woche 112 Stunden arbeiten müsste, um die Miete für die beschriebene Wohnung zahlen zu können.

Es gibt einen Spruch, witzig und todtraurig zugleich: Wer in dieser Gegend zwischen San Francisco und San José einen Stein wirft, trifft entweder einen Millionär oder einen Obdachlosen. [...]

[...] Sehr vorsichtigen Schätzungen zufolge leben derzeit mehr als 200 000 Obdachlose in Kalifornien, mehr als die Hälfte aller Obdachlosen in den USA, obwohl hier nur zwölf Prozent der amerikanischen Bevölkerung leben.

[...] Wissenschaftler sind sich einig, dass der Hauptgrund für die Obdachlosigkeit im unfassbaren Anstieg der Mieten und Kaufpreise zu suchen ist, in einem Kommentar zum Thema in der New York Times stand gar: „Die strukturellen Elemente, die die Demokratie in den USA gefährden, haben direkt zur Obdachlosigkeit in Kalifornien beigetragen.“

Wer wissen will, was das konkret bedeutet, der sollte nach Berkeley fahren, im Osten der San Francisco Bay. Berkeley gilt als die liberalste aller liberalen Filterblasen, ein Motor des Fortschritts, dem Rest Amerikas immer einen Schritt voraus, bei rollstuhlgerechten Gehwegen (1972), bei Hundeparks (1979) und freilich beim Recht auf freie Meinungsäußerung – seit Studenten im Jahr 1964 das Free Speech Movement bildeten. Das gilt als der Moment, als die Jugend Amerikas aus einem langen Schlaf erwachte und loszog mit dem Ziel, die Welt zu verändern.

Nun, Berkeley war wohl auch die Geburtsstätte von „Single-family Zoning“ – ein Gesetz, das besagt, dass auf bestimmten Grundstücken nur Einfamilienhäuser und keine Wohnsilos gebaut werden dürfen. Man könnte meinen, dass es vor mehr als 100 Jahren, als es eingeführt wurde, darum ging, Familien davor zu schützen, dass ihnen jemand Monsterbauten in die Straße stellte. Das stimmt, der Hintergrund jedoch, wie Studien belegen: struktureller Rassismus. Es sollte verhindert werden, dass People of Color, die damals im Schnitt deutlich weniger verdienten, in diese Gegenden zogen.

Single-family Zoning wird in Berkeley gerade abgeschafft, andere Gesetze bleiben indes bestehen. Artikel 34 im kalifornischen Grundgesetz besagt, dass die Einwohner einer Gemeinde abstimmen können, ob bei ihnen Wohnraum für Niedrigverdiener geschaffen wird. Die New York Times nennt das Gesetz „Vetokratie“ – also die Möglichkeit, über diese Abstimmung ein Veto einzulegen, und genau das hört man, wenn

man mit Hausbesitzern in wohlhabenderen Gegenden redet. [...] Sie fürchten, dass Immobilien an Wert verlieren, wenn auf dem Gehsteig Obdachlose zu sehen sind oder in Laufweite Niedrigverdiener leben.

„Not in my Backyard“ nennen sie das in den USA, also: Die Regierung soll gefälligst was gegen die Obdachlosigkeit tun, aber bitteschön nicht in meiner Gegend – da soll sich die Regierung gefälligst raushalten und den Markt das regeln lassen.

[...] [Gouverneur Gavin Newsom] unterzeichnete kürzlich Gesetze gegen Obdachlosigkeit [um] dieses Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu verändern.

Konkret: 10,3 Milliarden Dollar für bezahlbaren Wohnraum in den kommenden zwei Jahren, dazu zwölf Milliarden Dollar in Obdach für die, die sich keines leisten können – und zwar als Hilfsmittel für Entwickler. „Wir werfen nicht mehr Geld um uns, sondern bieten Anreize“, sagt Newsom. Das Programm „Homekey“ zum Beispiel soll leer stehende Hotels und Motels zu bezahlbaren Wohnungen umbauen, 44 000 Einheiten sollen so innerhalb von zwei Jahren entstehen: „Wir müssen mehr tun, und wir müssen effizienter werden.“

Die Zeit drängt, pro 100 Haushalte mit niedrigem Einkommen gibt es in Kalifornien derzeit gerade mal 65 bezahlbare Wohnungen, in der Bay Area fehlen 160 000 Wohneinheiten. Nicht nur Tesla zieht weg, gerade der Weggang von Hewlett Packard Enterprise ist symbolisch, gilt die Firmengründung von Hewlett Packard im Jahr 1939 [...] doch heute als Geburtsstätte des Silicon Valley. Es gibt freilich auch Konzerne, die bleiben; Google zum Beispiel plant allein im Silicon Valley den Bau von 40 000 Wohneinheiten. Scheint ganz so, als wären die wichtigsten Annehmlichkeiten für Mitarbeiter nicht mehr Gratis-Verpflegung, Kinderbetreuung oder Akupunktur. Sondern einfach eine bezahlbare Wohnung.

Jürgen Schmieder, „Ausgeträumt“, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. Oktober 2021

Kalifornien hat die höchste Zahl an Obdachlosen in den USA. In Los Angeles bringt ein Mann am 1. Juli 2021 seine Habseligkeiten von einem Obdachlosenlager, das von Sanitätsarbeitern und Polizei geräumt wird, in Sicherheit.



Hohe Staatsverschuldung

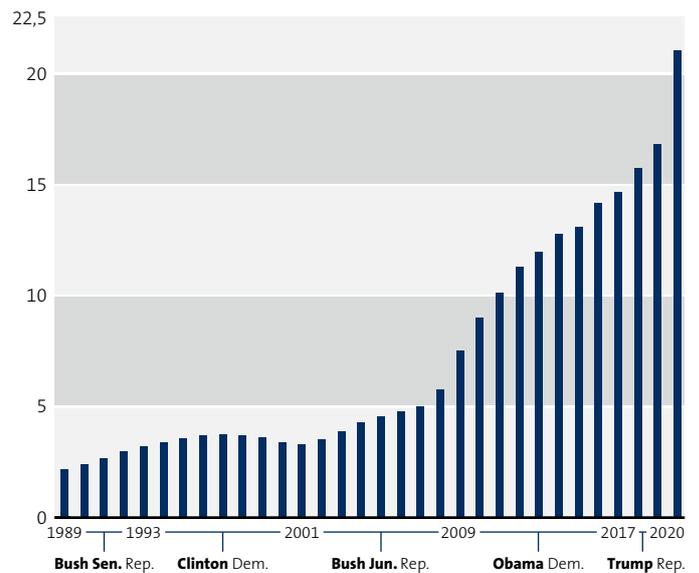
Auch die öffentliche Hand kann künftig noch weniger ausgeben. Denn die Gesamtverschuldung des amerikanischen Staates läuft schon seit Längerem aus dem Ruder. Sie hat sich seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/08 auf derzeit (2020) 21 Billionen Dollar vervierfacht (die Verschuldung der Einzelstaaten und Kommunen noch nicht mitgerechnet). Allein die auf den Finanzmärkten durch Staatsanleihen finanzierte Staatsverschuldung des Bundes („*debt held by the public*“) übertrifft heute (2020) mit 100,1 Prozent bereits die Wirtschaftsleistung des Landes (Bruttoinlandsprodukt, BIP). Im historischen Vergleich – etwa zum Durchschnitt (von etwa 40 Prozent) der vergangenen 50 Jahre – war sie bereits vor fünf Jahren mit drei Vierteln (74 Prozent) der Wirtschaftsleistung besorgniserregend, warnte die Kongressbehörde *Congressional Budget Office* (CBO).

Nach den nunmehr um die Auswirkungen der Trump-Ära und der Coronavirus-Pandemie aktualisierten Berechnungen der CBO wird voraussichtlich schon 2031 die im Zweiten Weltkrieg erreichte historische Höchstmarke von 106 Prozent des BIP übertroffen und danach in schnellem Tempo umso schwindelerregendere Höhen erreichen: 2051 würde eine weitere Verdoppelung allein der öffentlich, sprich über die Finanzmärkte finanzierten Schuldenlast auf 200 Prozent (!) eintreten, wenn Amerikas bisheriger haushaltspolitischer Schulden-Kurs weitergeführt und nicht durch Steuererhöhungen oder Einsparungen gebremst wird.

Die überparteiliche, den amerikanischen Kongress in Haushaltsfragen beratende Behörde CBO warnt schon seit Längerem, dass die Schuldenlast „substanzielle Risiken“ für das Land berge, ein Finanzkollaps drohe und nicht zuletzt auch die Handlungsfähigkeit des Staates lahmlegen könne. Seitdem die Coronavirus-Pandemie und deren Bekämpfung die Steuereinnahmen ebenso massiv kürzten wie sie auf der anderen Seite die Ausgaben drastisch erhöhten, ist der öffentlich über die Märkte finanzierte Schuldenberg weiter dramatisch angewachsen. In ihrem Bericht vom März 2021 warnt die Behörde bereits vor dem Schlimmsten: „Eine wachsende Schuldenlast könnte das Risiko einer Finanzkrise und einer höheren Inflation steigern und das Vertrauen in den US-Dollar untergraben, was die Finanzierung öffentlicher und privater Aktivitäten auf den internationalen Märkten kostspieliger macht.“

Schulden der USA

Entwicklung von Staatsschulden in Billionen Dollar



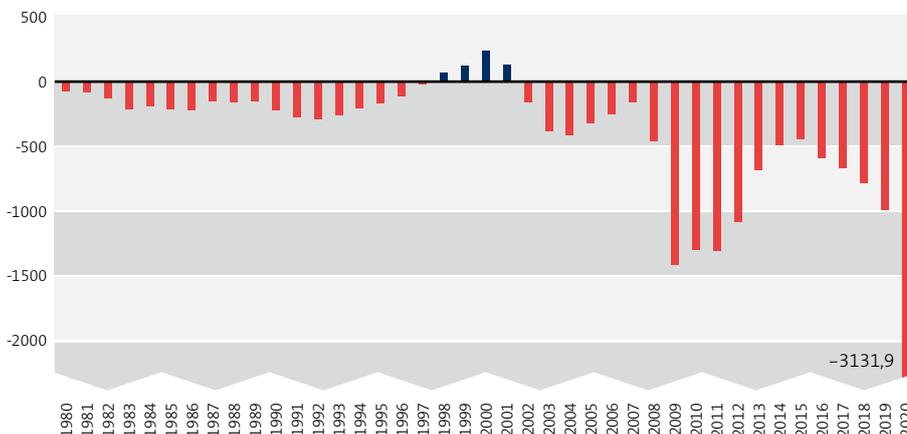
Office of Management and Budget, White House

Obschon US-Präsident Biden ursprünglich ein Infrastrukturge-setz plante, dessen Staatsausgaben durch Steuern, also Staatseinnahmen, gegenfinanziert würden, wird das 1200 Milliarden Dollar schwere Paket, der *Infrastructure Investment and Jobs Act*, den Staatshaushalt weiter belasten. Nach Berechnungen der CBO wird damit die Gesamtverschuldung in der nächsten Dekade um 256 Milliarden Dollar in die Höhe getrieben.

Amerikas Verschuldung ist so lange kein größeres Problem, wie das Ausland bereit ist oder dazu genötigt werden kann, auf eigenen Konsum und Investitionen zu verzichten und das Risiko in Kauf zu nehmen, den USA weiterhin Kredite zu geben. Allen voran finanzieren laut Angaben des amerikanischen Finanzministeriums derzeit Japan und China mit 1,3 bzw. 1,1 Billionen Dollar – aber auch eine Reihe europäischer Länder – den amerikanischen Traum vom unbegrenzten Konsum sowie Rüsten auf Pump und erwerben amerikanische Staatsanleihen.

US-Haushaltsdefizite und -überschüsse 1980–2020

in Mrd. Dollar



© Congressional Budget Office (CBO) 2021, eigene Darstellung

Ideelle Grundorientierungen US-amerikanischer Außenpolitik

Idealtypische Grundhaltungen	internationalistisch orientiert		nach innen gerichtet	
	konservativ	liberal	konservativ	liberal
Hauptmotivation / zentrales Interesse	Machtpolitisch garantierter zwischenstaatlicher Frieden; angesichts der Gefahr der Überdehnung eigener (politischer) Ressourcen jedoch Engagement mit Augenmaß (nur bei Bedrohung des „vitalen“ Sicherheitsinteresses, wenn Gefahr in Verzug ist)	Schaffen einer Weltordnung demokratischer Staaten; Förderung von Freihandel; auch Intervention aus „humanitärem“ bzw. „moralischem“ Interesse, wenn „Wertinteressen“ oder „moralische Werte“ wie Menschenrechte oder „Religionsfreiheit“ auf dem Spiel stehen	Verteidigung „grundlegender amerikanischer Interessen“, Handlungsfreiheit und strategische Unabhängigkeit; Sorge um die innere kapitalistische Ordnung und das Haushaltsdefizit; zwar für Freihandel, aber gegen kostspieliges militärisches Engagement	Verteidigung „sozialer Interessen Amerikas“, Befürchtung, dass Mittel für int. / militärische Zwecke verbraucht werden und für innere soziale Belange fehlen; gegen kostspielige Interventionen und Freihandel
Idealtypische Vertreter	Pragmatische Realisten	Idealisten, darunter 1. Progressive / „New Liberals“ (multilaterales Engagement) 2. Neo-Konservative und Christlich Rechte (unilaterales Vorgehen)	Libertäre	Traditionelle Liberale / „Old Liberals“
Protagonisten im politischen Diskurs	Henry Kissinger, Chuck Hagel	zu 1.: Präsident Joseph Biden zu 2.: Richard Perle bzw. Mike Huckabee	Republican Study Committee (RSC) im Kongress & „Tea Party“-Bewegung Trump-Nationalisten Cato Institute	Gewerkschaftsflügel der Demokraten Institute for Policy Studies

Josef Braml

Amerikas mangelnde Sparquote und seine hohe Verschuldung werden auch dazu führen, dass die USA auf absehbare Zeit ein Handelsdefizit behalten. Solange die Vereinigten Staaten über ihre Verhältnisse leben, werden sie auf andere produktions- und exportstarke Länder angewiesen sein und diese weiterhin dazu nötigen, ihre aus den Exportgeschäften erwirtschafteten Währungsreserven den USA als Kredite zur Finanzierung ihrer Schulden zu geben.

stoß, exportlastige Volkswirtschaften wie China und Deutschland unter Druck zu setzen und Begrenzungen der Leistungsbilanzüberschüsse (auf 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, BIP) festzulegen. Dies parierte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel durch Diplomatie, den Schulterschluss mit Peking und den Hinweis, dass es das Finanzgebaren der USA war, das die globale Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008 ausgelöst hatte.

Protektionistische Handelspolitik und Lastenteilung

Europas Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft haben mittlerweile den Ernst der prekären Lage in den USA und deren Auswirkungen erkannt: Wegen ihrer durch die Pandemie verschärften wirtschaftlichen Notlage und enormen Verschuldung werden die USA unter der Regierung Joe Bidens umso mehr versuchen, aus der ökonomischen und insbesondere militärischen Abhängigkeit ihrer Verbündeten in Europa und Asien Kapital zu schlagen.

Die europäischen Verbündeten könnten sich auch vergegenwärtigen, dass Trump bestehende transatlantische Konflikte in der Sicherheits- und Handelspolitik „nur“ verschärft hat. Bereits in der Zeit der Obama/Biden-Regierung übten die USA Druck auf die europäischen Staaten aus, damit diese mehr Lasten übernehmen und, wie auf dem NATO-Gipfel in Wales 2014 vereinbart, künftig „zwei Prozent“ ihrer Wirtschaftsleistung für Rüstung ausgeben. Um dieses Ziel zu erfüllen, wird Deutschland auch weiterhin von der Biden/Harris-Regierung angehalten werden, amerikanische Rüstungsgüter zu kaufen, damit technologisch abhängig zu bleiben und nicht zuletzt auch das Handelsdefizit zu verringern.

Schon in der Amtszeit Obamas kritisierten die USA Deutschland und China wegen ihrer Exportstärke. Auf dem G20-Gipfel in Südkorea im November 2010 scheiterten sie mit ihrem Vor-

Geo-ökonomische und -politische Rivalität mit China

Im zunehmenden Ringen mit der Volksrepublik China um technologische Einflusssphären, bei dem es auch um die künftige wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft geht, wird Washington voraussichtlich den Druck auf Drittländer wie Deutschland und deren Unternehmen erhöhen und sie vor die Wahl stellen, entweder Geschäfte mit China oder den USA preiszugeben. Eine in chinesische und amerikanische Standards und Systeme zweigeteilte Welt könnte die Folge sein.

Nach dem parteiübergreifenden Ansinnen Washingtons darf dem strategischen Rivalen China künftig auch nicht mehr durch wirtschaftlichen Austausch geholfen werden, ökonomisch und technologisch aufzusteigen. Vielmehr soll mit allen Mitteln verhindert werden, dass China die USA in den technologischen Schlüsselbereichen überholt. Chinas entsprechende Fähigkeiten und „Big Data“ lösen heute in Washington einen ähnlichen Schock aus wie seinerzeit der Start des ersten künstlichen Erdsatelliten Sputnik 1 im Herbst 1957 durch die Sowjetunion. Um Chinas ökonomische und militärische Modernisierung zu drosseln, forcieren die Vereinigten Staaten anstelle der bisherigen Politik der Einbindung und Integration eine Strategie der wirtschaftlichen „Entkoppelung“ (*decoupling*).

In dem ständig dominanter werdenden geo-ökonomischen Denken der Weltmächte sind wirtschaftliche Verflechtung und

Das politische System der USA

weltweite Arbeitsteilung nicht mehr notwendigerweise Garant für Wohlstand und Frieden. Stattdessen werden sie zu Risiken, da Ungleichgewichte in der gegenseitigen Abhängigkeit ausgenutzt werden können. Wertschöpfungsketten und Handelsbeziehungen sind „*weaponizeable*“ (zu potenziellen zweischneidigen Waffen) geworden: Sie werden zum Objekt geostrategischer Ambitionen.

Steigende chinesisch-amerikanische Spannungen werden nicht nur spaltende Wirkung auf multilaterale Organisationen und regionale Handelsvereinbarungen, sondern auch erhebliche Auswirkungen auf „*Dual-Options*“-Länder wie Deutschland haben, die starke nationale Sicherheitsbeziehungen zu den USA unterhalten, aber ebenso umfangreiche wirtschaftliche Beziehungen mit den USA und China pflegen. Die Kosten dieser Doppel-Strategie werden in Zukunft steigen, wie dies bereits im Technologiesektor deutlich wird.

Der transatlantische Streit um die 5G-Technologie des chinesischen Anbieters *Huawei* ist nur die Spitze des Eisbergs grundlegender Rivalitäten im Bereich Geo-Technologie. „*Big Data*“ und die Fähigkeit, große Datenmengen mit künstlicher Intelligenz (KI) für wirtschaftliche Entwicklung sowie politische und militärische Macht nutzbar zu machen, sind die eigentlichen „*Game Changer*“. Denn sie werden den Ausschlag darüber geben, wer im künftigen wirtschaftlichen und militärischen Wettbewerb führen und dann auch die Spielregeln, die Welt(wirtschafts)ordnung, in seinem Interesse bestimmen wird.

Washington will – jetzt wieder im Verbund mit seinen Alliierten – in jedem Fall verhindern, dass ein möglicher Rivale den USA die See- oder Lufthoheit im eurasischen Raum – dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich interessantesten Gebiet dieser Erde – streitig macht und wirtschaftliche Aktivitäten der USA unterbindet oder ihnen den Zugang zu Ressourcen verwehrt. Obwohl dies selten offen ausgesprochen worden ist, haben die Militäroperationen und diplomatischen Aktivitäten der USA in den vergangenen Dekaden genau dieses zentrale Ziel verfolgt – so lautet die Analyse des *Congressional Research Service*, des überparteilichen wissenschaftlichen Dienstes des Kongresses.

Die USA und China manövrieren sich immer mehr in ein Sicherheitsdilemma: Das individuelle Streben der beiden Protagonisten nach mehr Sicherheit erzeugt am Ende mehr Unsicherheit auf beiden Seiten. Die schon seit Längerem gehegte Befürchtung amerikanischer Sicherheitsstrategen, China wolle in Ostasien eine exklusive Einflussphäre etablieren, wird durch Chinas zunehmenden Expansionsdrang genährt: seine ständig aggressiver werdenden Aktivitäten, eine Sicherheitszone zu errichten und die amerikanische Interventionsfähigkeit zu unterminieren.

Um die für Chinas Wirtschaft – und seine politische Stabilität – überlebenswichtigen indopazifischen Seewege abzusichern (90 Prozent der chinesischen Handelsgüter sowie 40 Prozent des nach China eingeführten Erdöls werden auf See befördert), baut Peking seine sogenannte *blue-water navy* auf. Das sind hochseetaugliche Marine-Einheiten, die über die Küstenverteidigung hinaus auch eine globale Machtentfaltung zur See ermöglichen sollen. Im Zuge dieser „aktiven Verteidigung“ soll zunächst der Raum innerhalb der „ersten Inselkette“ kontrolliert werden, der das durch Korea und Japan begrenzte Gelbe Meer, den westlichen Teil des Ostchinesischen Meeres mit Taiwan und das Südchinesische Meer umfasst. Der erweiterte Raum, die „zweite Inselkette“, erstreckt sich weiter östlich von den Kurilen über Japan und südostwärts über die Bonin-Inseln und die Marianen bis zu den Karolinen-Inseln.

Chinas raumgreifende Aktivitäten beunruhigen vor allem seine regionalen Nachbarn und drängen diese zur Zusammenarbeit in der indopazifischen Region – und nicht zuletzt auch mit der Schutzmacht USA. Chinas aggressiveres Auftreten in der Region hat bereits dazu geführt, dass der Quadrilaterale Sicherheitsdialog (QUAD) zwischen Australien, Indien, Japan und den USA reaktiviert wurde – ein bislang informeller Sicherheitsdialog, der eingerichtet wurde, um dem wachsenden chinesischen Einfluss im Indischen und Pazifischen Ozean entgegenzuwirken.

Während die USA schon seit Längerem engere Sicherheitsbeziehungen mit Japan und Australien pflegen, war Indien bislang um gleich großen Abstand zu den beiden Großmächten USA und China bemüht, um seine Unabhängigkeit zu wahren und seine Beziehungen zu China nicht zu belasten. Doch die jüngsten Spannungen zwischen China und Indien haben die „größte Demokratie“ der Welt, Indien, bewogen, sich der „ältesten Demokratie“, den USA, wirtschaftlich und militärisch anzunähern. In ihrer Außenpolitik werden die USA weiterhin die Systemrivalität zwischen dem demokratischen „Westen“ und autokratischen Regimen wie China ins Feld führen – sollten dabei aber auch daran interessiert sein, dass die eigene Demokratie wieder mehr Vorbildcharakter gewinnt.

Chinas außenpolitische Aktionen beunruhigen insbesondere seine Nachbarn und haben den Quadrilateralen Sicherheitsdialog (QUAD) wiederbelebt. Treffen der vier Teilnehmerstaaten am 24. September 2021 im East Room des Weißen Hauses mit US-Präsident Joe Biden und den Premierministern Indiens, Narendra Modi, Australiens, Scott Morrison, sowie Japans, Yoshihide Suga (seit 4. Oktober 2021 nicht mehr im Amt)



Gesellschaft der Stagnation?

[...] Die modernen Gesellschaften betrachten sich seit der Aufklärung bevorzugt im Rahmen eines Musters der strukturellen Steigerung zum Besseren, ob quantitativ oder qualitativ. Die soziologische Grundannahme lautet, dass sich die Moderne – im Gegensatz zur statischen Vormoderne – durch ein hohes Maß an Dynamik auszeichnet, durch sozialen Wandel in Permanenz. Das Zeitregime der Moderne ist zukunftsorientiert, die Zukunft erscheint als ein Horizont offener Möglichkeiten, sodass fortwährend das überholte Alte durch das Neue abgelöst wird – von der Technik über die Wirtschaft bis zur Politik.

Dieses Modell der Dynamik gehört zum Gründungsmythos der USA: Hier wurde ein Staat von Migranten neu gegründet, welche die Alte Welt der beschränkten Möglichkeiten verließen und sich anschlussten, eine neue, sich selbst regierende Gesellschaft zu errichten. Schon Hegel sah in den USA „das Land der Zukunft“. Und noch Barack Obama glaubte: „The best is yet to come.“

[...] Doch ist die Vorstellung einer linearen Modernisierung in den letzten Jahren mehr als brüchig geworden. Ein anderes Beschreibungsmuster hat an Bedeutung gewonnen: das der Regression. [...] Niedergang und Verfall sind hier der zentrale Topos. [...]

Regressionsvorstellungen haben auch in beiden politischen Großlagern Konjunktur. Die Vorstellung der Neuen Rechten, dass die USA mit der Globalisierung und moralischen Permissivität der Post-68er einen unheilvollen Niedergang erlebt hätten, brachte Donald Trump an die Macht. Hingegen sehen manche Linke den Neoliberalismus und die Herrschaft der Tech-Giganten als Sündenfall, nach dem es mit den USA abwärtsgegangen sei. Beide Niedergangsszenarios imaginieren die Möglichkeit, dass auf den Abstieg ein neuer Aufstieg folgt: Dem Scheitern soll die Läuterung folgen, eine Umkehr in der Geschichte, die allerdings der jeweiligen politischen Gegenseite nur als ein weiterer Baustein des Niedergangs erscheint.

[...] Vieles spricht dafür, dass die USA mittlerweile tatsächlich den Prototyp einer Gesellschaft der Stagnation darstellen. Stagnation heißt: Die Gesellschaft hat Strukturen ausgebildet, die problematisch erscheinen, diese Probleme werden jedoch nicht aufgelöst, vielmehr bleiben die Strukturen über Jahrzehnte stabil. Keineswegs muss eine Gesellschaft der Stagnation also kollabieren. Es geht in ihr weder aufwärts noch abwärts, es geht schlichtweg „immer weiter“. Vieles funktioniert in ihr leidlich gut, und beträchtliche soziale Gruppen sind zufrieden [...]. Zugleich läuft jedoch eine Endlosschleife der immer gleichen Probleme, über die beständig debattiert wird, deren Grundstrukturen aber mehr oder minder unverändert bleiben. [...]

Die Merkmale der Gesellschaft der Stagnation sind mittlerweile wohlbekannt. Das Kernproblem besteht in der asymmetrischen Sozialstruktur, in der die Gewinner und die Verlierer der Postindustrialisierung der Ökonomie und der Lebenswelten, die seit den 1970er-Jahren die amerikanische Gesellschaft umgepflügt hat, einander wie Parallelgesellschaften gegenüberstehen. An die Stelle jener von manchen fast mythisch überhöhten, sozial recht egalitären und kulturell homogenen middle class der Nachkriegszeit ist ein Paternoster von Auf- und Abstiegsprozessen getreten. In der Kabine nach oben sitzt die neue, liberale Mittelklasse der Akademikerinnen und Akademiker, vor allem in den Metropolregionen lebend, in der

Wissensökonomie beschäftigt und die Früchte des kulturellen Kapitalismus erntend. An der Spitze stehen jene, die sich aus den Eliteuniversitäten rekrutieren und bis in die Oberklasse hineinreichen, welche von ihrem exorbitanten Vermögen leben kann.

In der Kabine nach unten befindet sich die prekäre service class der sogenannten einfachen Dienstleistungen, eine neue working class ohne den Nimbus der Industriearbeit. Mit in der Kabine sitzt jedoch auch die geschrumpfte alte, kleinstädtische Mittelklasse, die sich teilweise trotzig behauptet, teilweise den sozialen Abstieg fürchtet. Das kulturelle Kapital des vorhandenen oder nicht vorhandenen College-Abschlusses ist das Asset, das in den postindustriellen USA über die Lebenschancen entscheidet. Und die räumliche Diskrepanz zwischen prosperierenden Regionen und solchen im ökonomischen Abstieg – zwischen denen übrigens die räumliche Mobilität so gering ist wie nie zuvor – ist erheblich. [...]

Die USA leiden an einem Meritokratie-Problem, wie es 1958 der britische Soziologe Michael Young hellseherhaft prophezeit hat und wie es im Rahmen einer postindustriellen Gesellschaft vollends prägend wird: Diese Gesellschaft prämiiert im Übermaß Bildung und kognitive Kompetenz, sofern diese sich in marktgängiger Leistung und Erfolg niederschlagen, während viele andere außerhalb der Wissensökonomie und außerhalb der prosperierenden Regionen über einen Mangel an Anerkennung klagen, der sich häufig über die Generationen vererbt.

Eine Schere tut sich auf in der US-Gesellschaft, die nicht nur die erhebliche materielle Ungleichheit betrifft, sondern ebenso die Asymmetrie der empfundenen Wertschätzung. Auch ökonomisch befinden sich die USA in einer Stagnation: Der Beginn der letzten großen technologischen Revolution, der Digitalisierung, liegt mehrere Jahrzehnte zurück. Da die USA an der Spitze ihrer Vermögensstruktur zu einer Gesellschaft von Rentiers geworden sind, wird mittlerweile so wenig wie nie in neue Unternehmen und riskante Innovationen investiert: Das Geld der Vermögenden steckt eher in den „sicheren Anlagen“.

Die Probleme sind somit bekannt, aber eine einfache Lösung ist nicht in Sicht. Dies wird durch eine zweite Ebene der Stagnation verstärkt: die immanente Blockade innerhalb des politischen Systems der USA. Dieses basiert auf einer Vielzahl von Checks and Balances – zwischen Exekutive, Legislative und Judikative, zwischen Bund und Ländern – und setzt so die Fähigkeit zu Kompromissen zwischen den politischen Lagern voraus. Diese ist allerdings seit den Neunzigerjahren einem unendlichen Konflikt gewichen, der durch eine entsprechende politisch-kulturelle Polarisierung in der Bevölkerung, mittlerweile angeheizt durch die Parallelöffentlichkeiten in den digitalen Medien, immer weiter auf Dauer gestellt wird. [...]

Die sozialen und politischen Problemstrukturen bestärken sich so gegenseitig. Die USA haben damit schon lange Züge einer „blockierten Gesellschaft“ (Michel Crozier) angenommen. [...] Es ist nicht ausgeschlossen, dass man doch wieder ins Gleis der Fortschrittserzählung wird überwechseln können. Realistischer erscheint es gegenwärtig, dass die bekannten Problemstrukturen sich reproduzieren. [...]

Andreas Reckwitz ist Professor für Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.
Andreas Reckwitz, „Ende Gelände“, in: Die Zeit Nr. 8 vom 18. Februar 2021

Glossar

Der **American Jobs Plan** ist Teil von Joe Bidens Regierungsprogramm. Der Plan soll die Arbeitslosigkeit senken, zur Erneuerung der Infrastruktur der USA beitragen und die Unabhängigkeit von China wahren. Neben diesem ist der zweite große Punkt im Regierungsprogramm der *American Families Plan*. Im November 2021 konnte ein Teil des Plans mit dem *Infrastructure Investment and Jobs Act* verabschiedet werden.

Der **American Rescue Plan** ist ein Konjunkturpaket der Regierung Biden, das während der Coronavirus-Pandemie die Wirtschaft ankurbeln soll. Dieses Paket wurde am 11. März 2021 vom Präsidenten unterzeichnet und beinhaltet u. a. pandemiebedingtes Arbeitslosengeld, eine Ausweitung der Krankenversicherung und Unterstützungszahlungen an einzelne Bundesstaaten und Kommunen.

battleground state: siehe *swing state*

Bible belt und **Rust belt:** Bezeichnungen für bestimmte Regionen der USA. Der *Bible Belt* („Bibelgürtel“) erstreckt sich von Texas im Südwesten und Kansas im Nordwesten bis Virginia im Nordosten und Florida im Südosten und zeichnet sich durch einen ausgeprägten evangelikal-protestantischen Charakter aus. Der *Rust Belt* („Rostgürtel“) bezeichnet die größte Industrieregion der USA und erstreckt sich entlang der Großen Seen von Chicago über Detroit, Cleveland, Cincinnati und Pittsburgh bis an die Ostküste.

Central Intelligence Agency (CIA) = oberste Behörde des Auslandsgeheimdienstes der USA. Die CIA darf auf Weisung des US-Präsidenten durch verdeckte Operationen politische und militärische Einflussnahme im Ausland betreiben.

checks and balances, Konkurrenz und Kontrolle der Machthabenden: Grundprinzip der konkurrierenden, sich gegenseitig kontrollierenden Staatsgewalten. Neben der horizontalen Gewaltenteilung in die gesetzgebende (Legislative), die ausführende (Exekutive) und die richterliche Gewalt (Judikative) gibt es eine vertikale Gewaltenteilung: Die Befugnisse zwischen den Einzelstaaten und dem Bundesstaat sind aufgeteilt.

Die **Christliche Rechte** ist eine seit den 1970er-Jahren aktive politische Bewegung, die sich u. a. als Reaktion auf die Liberalisierung des Abtreibungsrechts bildete. Sie besteht aus konservativen evangelikal- und katholischen Interessengruppen und ihrer Wählerschaft.

Civil Rights Act wird das 1964 verabschiedete Bürgerrechtsgesetz genannt, das Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder nationaler Herkunft unterbinden soll.

Civil Rights Movement wird die, besonders in den späten 1950er- bis 1960er-Jahren aktive Bürgerrechtsbewegung in den USA genannt, die sich insbesondere für die (juristische) Gleichberechtigung der Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner einsetzte. Der bekannteste Vertreter der Bewegung war Martin Luther King.

civil service (dt. öffentlicher Dienst in den USA)

Decoupling (dt. Entkoppelung): Um Chinas ökonomische und militärische Modernisierung zu drosseln, forcieren die USA anstelle der bisherigen Politik der Einbindung und Integration eine Strategie der wirtschaftlichen „Entkoppelung“, beispielsweise indem andere technologische Standards gewählt werden.

Demokraten ist der Name einer der zwei größten Parteien der USA (neben den Republikanern). War sie noch in ihren Anfängen (1792) eine konservative Partei, steht sie heute für Forderungen des links(liberalen) und progressiven Spektrums der Wählerinnen und Wähler. Die Parteifarbe ist blau, das Wappentier ein Esel.

Department of Homeland Security (dt. Heimatschutzministerium) entstanden 2002 unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September 2001. Seine Hauptaufgabe besteht im Schutz der US-Bevölkerung und des Staatsgebiets der USA vor terroristischen und anderen Bedrohungen.

Als **Departments** werden die Ministerien in den USA bezeichnet. Die Ministerinnen und Minister werden als *secretary* bezeichnet, z.B. der Außenminister als *Secretary of State* oder die Finanzministerin als *Secretary of Treasury*

Divided government (dt. geteilte Regierung) bedeutet, dass die Partei, die den Präsidenten stellt, nicht über die Mehrheit im Kongress (bestehend aus Senat und Repräsentantenhaus) verfügt.

Electoral College: In den USA wird der Präsident nicht direkt vom Volk gewählt, sondern indirekt über Wählerleute (*electors*), die im *Electoral*

College zusammengefasst sind. Jeder Bundesstaat erhält so viele Wählerleute, wie der Staat Abgeordnete im Repräsentantenhaus und Senatoren hat.

Evangelikal ist eine Fremdbezeichnung für eine spezifische Ausprägung des Protestantismus. Bei allen Unterschieden zwischen den evangelikal-Gruppierungen eint sie ihre konservative, meist strenggläubige Einstellung, auch zu politischen und insbesondere zu sexualitätsbezogenen Themen. Den Schöpfungsbericht der Bibel legen viele von ihnen wortwörtlich (kreationistisch) aus.

Exceptionalismus: selbstverständener Ausnahmecharakter der USA, der sich in unterschiedlicher Weise manifestiert: Zum einen in der Einstellung, selbstgenügsam der Welt als leuchtendes Vorbild zu dienen, zum anderen mittels aktiver Veränderung der Welt, sei es mit diplomatischen oder militärischen Mitteln, sei es durch Vorgehen im Alleingang oder mit Unterstützung anderer Staaten.

federal agencies werden die Bundesbehörden in den USA genannt. Die meisten *federal agencies* gehören zu einem Ministerium.

Filibuster: bezeichnet ein Blockade- oder Verschleppungsmanöver einer Minderheit im Senat. Durch Dauerreden werden Abstimmungen über missliebige Gesetzesvorhaben und Anträge der Mehrheit verhindert oder verzögert.

Unter **Gerrymandering** wird das Zuschneiden von Wahlbezirken einer Partei zu ihren Gunsten verstanden. *Gerrymandering* wird hauptsächlich in den USA und England angewandt, da dort Organe mit parteipolitischen Zielen die Wahlbezirksgrenzen bestimmen.

Ein **Impeachment**-Verfahren (Amtsenthebungsverfahren) wird vom Repräsentantenhaus eingeleitet und vom Senat entschieden, wenn der Verdacht besteht, dass ein hoher Staatsbeamter sein Amt missbraucht. Wenn das der Fall ist, dann kann dies zur Enthebung aus dem Amt führen. Die Regeln hierfür sind jedoch sehr streng.

Das **House of Representatives** (dt. Repräsentantenhaus) – die Volksvertretung – ist neben dem Senat eine der zwei Kammern des US-Kongresses. Es besteht aus 435 Abgeordneten, die ihren Wahlbezirk gemäß ihrer Einwohnerzahl repräsentieren. Gewählt werden die Abgeordneten für zwei Jahre.

Der **Kongress** bildet die US-Legislative. Er besteht aus zwei Kammern: dem Senat und dem Repräsentantenhaus. Die Kammern tagen getrennt, fast alle Beschlüsse müssen jedoch von beiden Kammern übereinstimmend getroffen werden. Der Präsident hat ein Vetorecht. Dieses kann mit einer Zweidrittel-Mehrheit beider Kammern überstimmt werden. Die Aufgaben des Kongresses sind die Gesetzgebung, die Haushaltsberatung und -beschlussfassung (**power of the purse**) und die Kontrolle des Präsidenten und der Exekutive (**oversight**). Sitz des Kongresses ist das Kapitol.

Der **National Defense Authorization Act** ist ein US-Bundesgesetz, das den Haushalt des Verteidigungsministeriums bestimmt. Der Beschluss des Etats bekommt mit dieser Norm jährlich Gesetzescharakter und ist die Voraussetzung für das Budget der US-Streitkräfte.

National Reconnaissance Office (NRO) (dt. Nationales Aufklärungsbüro). Der 1960/61 gegründete Militärsachverständigenrat ist für das militärische Satellitenprogramm verantwortlich.

National Security Agency (NSA) (dt. Nationale Sicherheitsbehörde) ist der größte Auslandsgeheimdienst der USA und zuständig für die weltweite Überwachung, Entzifferung und Auswertung elektronischer Kommunikation.

Mit dem „**New Deal**“ reagierte die Regierung unter dem damaligen Präsidenten Franklin D. Roosevelt auf die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise („Große Depression“). Um dem Marktversagen zu begegnen, führte die Regierung Sozialstaatsreformen durch und bündelte viele Kompetenzen beim Bund, wodurch der Föderalismus der USA überlagert wurde.

Political Action Committees (PACs), sind einflussreiche Lobbyorganisationen, die insbesondere Spenden für von ihnen favorisierte Kandidierende und Parteien sammeln bzw. Kampagnen gegen gegnerische politische Akteure gestalten. Die Spenden dürfen jedoch nur in sehr geringen Summen direkt an die Kandidierenden, Parteien oder andere PACs weitergegeben werden.

Als **popular vote** werden die Stimmen bezeichnet, die jeder und jede Einzelne abgibt. So gewann bspw. George W. Bush die Präsidentschaftswahlen 2000 über das *electoral college* (s. o.), sein Gegner Al Gore hatte jedoch insgesamt mehr Einzelstimmen bekommen. Ähnlich verhielt es

sich auch bei der Präsidentschaftswahl 2016, als Donald Trump gegen Hillary Clinton gewann.

Power of the purse (dt. Macht der Geldbörse): wirksamstes politisches Kontrollmittel; der Kongress muss bzw. darf die Haushaltsmittel bewilligen. Nicht nur bei der alljährlichen Haushaltsbewilligung, sondern ebenso bei budgetrelevanten Gesetzen geht es auch um die institutionelle Kraftprobe zwischen dem Weißen Haus und dem Kongress.

Als **primaries** werden die parteiinternen Vorwahlen in den USA bezeichnet, um deren jeweilige Kandidierende festzulegen.

Progressive Movement war eine politische Bewegung der Jahrhundertwende, interessiert an der Förderung sozialer und politischer Reformen, der Eindämmung der politischen Korruption in den Parteien und der Begrenzung des politischen Einflusses großer Konzerne. Viele Anhänger der progressiven Ära sahen die Chance, die progressive inländische Agenda im Ausland durchzusetzen und ausländische Gesellschaften so zu verbessern, andere wiederum waren besorgt wegen möglicher Nebenwirkungen von US-Interventionen und Kolonialismus.

Quadrilateral Security Dialogue (QUAD) (dt. quadrilateraler Sicherheitsdialog) ist ein Zusammenschluss zwischen den USA, Australien, Indien und Japan zu einem informellen Sicherheitsdialogforum. Der Dialog wird seit 2007 mal mehr, mal weniger betrieben.

Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) ist ein seit 2020 bestehendes Freihandelsabkommen zwischen den zehn ASEAN-Mitgliedstaaten und fünf weiteren Staaten in der Region Asien-Pazifik. Es ist die größte Freihandelszone der Welt.

Republikaner ist der Name einer der zwei größten Parteien der USA (neben den Demokraten). Gegründet 1854, setzte sich die Partei für die Abschaffung der Sklaverei ein. Heute steht sie für einen konservativen und wirtschaftsliberalen Kurs. Die Parteifarbe ist rot, das Wappentier ein Elefant.

revolving doors Mit jedem neuen Präsidenten wechseln in den USA etwa 7000 Fachleute ihre Position: entweder von außen nach innen oder, im Falle der ausscheidenden Administration, von innen nach außen. In diesem Drehtürsystem des ständigen *in-and-out* spielen neben Interessengruppen auch *Think Tanks* eine wichtige Rolle als „Ideenagenturen“.

Der **Senat** – die Vertretung der Einzelstaaten – ist neben dem Repräsentantenhaus eine der zwei Kammern des US-Kongresses. Er besteht aus 100 Senatorinnen und Senatoren (2 pro Bundesstaat), die auf sechs Jahre gewählt werden. Alle zwei Jahre steht ein Drittel der Senatssitze zur Wiederwahl an.

Als **swing-** oder **battleground state** wird in den USA ein Bundesstaat bezeichnet, in dem kein Kandidat oder keine Partei eine ausreichende Stammwählerbasis besitzt, um die Stimmen der Wähler in dem Bundesstaat zu gewinnen. Auf diese Staaten konzentrieren sich auch die Wahlkampfaktivitäten, weil es für die Kandidierenden oder Parteien keinen Sinn macht, Ressourcen in Staaten zu investieren, die sie sicher gewinnen oder verlieren werden (*safe states*).

Das **Tea Party Movement** entstand 2009 als Reaktion auf die umfangreichen staatlichen Rettungsmaßnahmen der Regierung George W. Bush im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008. Bezug nimmt der Name einerseits auf die sog. Boston Tea Party von 1773, andererseits auf den Leitspruch der Gruppe „*taxed enough already*“. Die Gruppe steht für einen neoliberalen Wirtschaftskurs und eine restriktive Immigrationspolitik.

Think Tanks sind Institutionen unterschiedlichster fachlicher sowie politischer Ausrichtung, die sich die Politikberatung und -beeinflussung zur Aufgabe gemacht haben. Auch in den Medien sind diese meinungsstark vertreten.

tie-breaking vote: im Falle einer 50-50-Pattsituation im Senat hat ein Mitglied der Exekutive, namentlich die Vizepräsidentin, die ausschlaggebende Stimme.

Unified government (dt. vereinte Regierung) bedeutet, dass der Präsident und die Mehrheit im Kongress (Senat und Repräsentantenhaus) derselben Partei angehören.

Zusammengestellt u. a. aus: bpb; USA Lexikon Digital; POLAYS Wahllexikon; Deutschlandradio; Deutsche Welle; *US Department of State*; Wikipedia

Quellen- und Literaturhinweise

Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M. / New York 1988 [2., um ein Nachw. erw. Aufl. 2005], 216 S.

Alesina, Alberto / Glaeser, Edward / Sacerdote, Bruce: Why Doesn't the United States Have a European-Style Welfare State? (= Discussion Paper Number 1933), Massachusetts 2001

Baker, Ross K.: House and Senate, New York / London 1995 [4. Aufl. 2008], 272 S.

Bothe, Michael: Die Entwicklung des Föderalismus in den angelsächsischen Staaten, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge 31 (1982), S. 109–167

Braml, Josef: Think Tanks versus „Denkfabriken“? U.S. and German Policy Research Institutes' Coping with and Influencing Their Environments (= Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik 68), Baden-Baden 2004, 622 S.

Ders: Amerika, Gott und die Welt. George W. Bushs Außenpolitik auf christlich-rechter Basis, Berlin 2005, 159 S.

Ders: Trumps Amerika – auf Kosten der Freiheit. Der Ausverkauf der amerikanischen Demokratie und die Folgen für Europa, 2. Aufl., Köln 2016, 282 S.

Brinkbäumer, Klaus: Nachruf auf Amerika: Das Ende einer Freundschaft und die Zukunft des Westens, Frankfurt a. M. 2018, 528 S.

Cantú, Francisco: No Man's Land. Leben an der mexikanischen Grenze, übers. v. Matthias Fienbork, München 2018, 240 S.

Coates, Ta-Nehisi: We were eight years in power. Eine amerikanische Tragödie, übers. v. Britt Somann-Jung, Berlin 2018, 416 S.

Denison, Andrew / Schild, Georg / Shabafrouz, Miriam Hg.): Länderbericht USA, übers. v. Heike Schlatterer/Karsten Petersen (= bpb-Schriftenreihe 10700), Bonn 2021, 608 S.

Department of the Treasury / Federal Reserve Board: Major foreign holders of treasury securities, 18.10.2021; online verfügbar unter <https://ticdata.treasury.gov/Publish/mfh.txt>

Desmond, Matthew: Zwangsgeräumt. Armut und Profit in der Stadt, übers. v. Volker Zimmermann / Isabelle Brandstetter, Berlin 2018, 536 S.

DiTomaso, Nancy: The American Non-dilemma. Racial Inequality without Racism, New York 2013, 403 S.

Feldmann, Linda: In Politics, the Rise of Small Donors, in: Christian Science Monitor, 28.06.2004; online verfügbar unter www.csmonitor.com/2004/0628/p01s01-uspo.html

Gellner, Winand: Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think Tanks in den USA und in Deutschland (= Studien zur Sozialwissenschaft 157), Opladen 1995, 276 S.

Gould, Elise / Wilson, Valerie: Black workers face two of the most lethal preexisting conditions for coronavirus — racism and economic inequality, Economic Policy Institute, 01.06.2020

Green, John et al.: Murphy Brown Revisited. The Social Issues in the 1992 Election, in: Cromartie, Michael (Hg.): Disciples and Democracy. Religious Conservatives and the Future of American Politics, Washington D. C. / Grand Rapids, MI, 1994, S. 43–78.

Hamilton, Alexander / Madison, James / Jay, John: Die Federalist Papers, übers. v. Barbara Zehnfpennig, Darmstadt 1993, 561 S.

Hecló, Hugh: Issue Networks and the Executive Establishment, in: Beer, Samuel / King, Anthony (Hg.): The New American Political System (= AEI studies 213), Washington D. C. 1978, 407 S.

Herrnstein, Richard J. / Marry, Charles A.: The bell curve. Intelligence and class structure in American life, 1. Aufl., New York 1994, 872 S.

Hesse-Kastein, Sebastian / Kastein, Julia: Great again? Reportagen aus einem zerrissenen Amerika, Halle 2020, 224 S.

Das politische System der USA

- Hochschild, Arlie Russell: Fremd in ihrem Land: Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten, übers. v. Ulrike Bischoff, Frankfurt a.M./New York 2017, 429 S.
- Horace, Matthew (mit Ron Harris): Schwarz Blau Blut. Ein Cop über Rassismus und Polizeigewalt in den USA, Berlin 2019, 270 S.
- Hurston, Zora Neale: Barracoon. Die Geschichte des letzten amerikanischen Sklaven, München 2021, 224 S.
- Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, 3. Aufl., München/Wien 2007, 563 S.
- Kaiser Family Foundation: Uninsured Rates for the Nonelderly by Race/Ethnicity, Zeitrahmen: 2019; online verfügbar unter www.kff.org/uninsured/state-indicator/nonelderly-uninsured-rate-by-raceethnicity/
- Klein, Ezra: Der tiefe Graben: Die Geschichte der gespaltenen Staaten von Amerika, übers. v. Katrin Harlaß, Hamburg 2020, 384 S.
- Lammert, Christian/Siewert, Markus B./Vormann, Boris (Hg.): Handbuch Politik USA, Wiesbaden 2020, 764 S.
- Lavariega Monforti, Jessica L. (Hg.): Latinos in the American Political System. An Encyclopedia of Latinos as Voters, Candidates, and Office Holders (2 Bde.), Santa Barbara 2019, 688 S.
- Lepore, Jill: Diese Wahrheiten: Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, übers. v. Werner Röllner, München 2019, 1120 S.
- Lippmann, Walter: The World Outside and the Pictures in Our Heads, 1922, neu abgedruckt in: Wilbur Schramm (Hg.): Mass Communications, 2. Aufl., Urbana 1975, S. 468–486
- Lösche, Peter/Ostermann, Anja (Hg.): Die Ära Obama. Erste Amtszeit (= bpb-Schriftenreihe 1290), Bonn 2012, 224 S.
- Mauch Christof/Ortlepp, Anke/Heideking, Jürgen: Geschichte der USA, 7., aktual. u. erg. Aufl., Stuttgart 2020, 592 S.
- McCombs, Maxwell E./Shaw, Donald L.: The Agenda-Setting Function of Mass Media, in: The Public Opinion Quarterly 36 (2/1972), S. 176–187
- o. A.: Small Donors, Open Secrets. Following the money in politics 2020; online verfügbar unter <https://www.opensecrets.org/2020-presidential-race/small-donors?curr=C&show=T>
- Obama, Barack Hussein: Inaugural Address, 20.1.2009; online verfügbar unter <https://obamawhitehouse.archives.gov/blog/2009/01/21/president-barack-obamas-inaugural-address>
- O'Rourke, Ronald: A Shift in the International Security Environment. Potential Implications for Defense – Issues for Congress, CRS Report for Congress R43838, Washington DC 26.10.2017, 32 S.
- Overhaus, Marco (Hg.): State of the Union. Langfristige Trends in der US-amerikanischen Innen- und Außenpolitik und ihre Konsequenzen für Europa (SWP-Studie 6/2021), 50 S.; online verfügbar unter https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021So6_Overhaus_State_of_Union.pdf
- Ders./Paul, Michael: Security and Security Dilemmas in Sino-American Relations, in: Barbara Lippert/Volker Perthes (Hg.): Strategic rivalry between United States and China causes, trajectories, and implications for Europe, Berlin 2020, S. 20–24
- Packer, George: Die letzte beste Hoffnung. Zum Zustand der Vereinigten Staaten, übers. v. Elisabeth Liebl, Reinbeck bei Hamburg 2021, 256 S.
- Patashnik, Eric M./Schiller, Wendy J. (Hg.): Dynamics of American Democracy. Partisan Polarization, Political Competition and Government Performance, Lawrence 2020, 360 S.
- Rensmann, Lars: Im Schatten des Trumpismus: Autoritärer Populismus in der Regierung und die Neuformierung der radikalen Rechten in den USA, in: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung (1/2021), S. 5–25, online verfügbar unter <https://doi.org/10.3224/zrex.v1i1.02>
- Rehnquist, William H.: All the Laws but One. Civil Liberties in Wartime [Reprint 2001], New York/Toronto 1998, 253 S.
- Rich, Andrew/Weaver, R. Kent: Advocates and Analysts. Think Tanks and the Politicization of Expertise, in: Cigler, Allan J./Loomis, Burdett A. (Hg.): Interest Group Politics, 5. Aufl., Washington D.C. 1998, S. 235–254
- Sabatier, Paul: Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen. Eine Alternative zur Phasenheuristic, in: Héritier, Adrienne (Hg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung (= Politische Vierteljahresschrift-Sonderheft 24), Wiesbaden 1993, S. 116–148
- Schlesinger, Arthur Jr.: The Imperial Presidency, Boston 1973, 505 S.
- Sebaldt, Martin: Transformation der Verbändedemokratie. Die Modernisierung des Systems organisierter Interessen in den USA, Wiesbaden 2001, 410 S.
- Sengl, Stefan: Das politische ABC der USA, Wien 2020, 168 S.
- Stevenson, Richard/Nagourney, Adam: Bush'04 Ready for One Democrat, Not 10, in: New York Times 29.09.2003
- Stiglitz, Joseph: Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, übers. v. Thorsten Schmidt, München 2012, 512 S.
- Taylor, Miles (bis 28.10.2020 anonym): I Am Part of the Resistance Inside the Trump Administration, New York Times 05.09.2018; online verfügbar unter www.nytimes.com/2018/09/05/opinion/trump-white-house-anonymous-resistance.html
- Thompson, John M.: Great Power Rising. Theodore Roosevelt and the Politics of U.S. Foreign Policy, New York 2019, 270 S.
- United States Government: Bill of Rights, 15.12.1791; online in dt. Übers. verfügbar unter https://usa.usembassy.de/etexts/gov/bill_of_rights.pdf
- Dies.: Voting Rights Act, 06.08.1965; online verfügbar unter www.ourdocuments.gov/doc.php?flash=false&doc=100#
- Dies.: Verfassung der vereinigten Staaten von Amerika, 17.09.1787; online verfügbar unter <https://usa.usembassy.de/etexts/gov/gov-constitutiond.pdf>
- Vogel, David: Fluctuating Fortunes. The Political Power of Business in America, New York 1989, 337 S.
- Ders.: Kindred Strangers. The Uneasy Relationship between Politics and Business in America, Princeton 1996, 415 S.
- Wayne, Stephen J./Mackenzie, Calvin G./Cole, Richard L.: Conflict and consensus in American politics, Australia/Belmont, CA 2007, 682 S.
- Welz, Wolfgang: Die Bundesstaatliche Struktur, in: Jäger, Wolfgang: Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, 3. überarb. u. aktual. Aufl., München/Wien 2007, S. 69–98
- Woodward, Bob: Furcht. Trump im Weißen Haus, übers. v. Sylvia Bieker, Reinbeck bei Hamburg 2018, 525 S.

Internetangebote

www.archives.gov

Nationales Archiv der USA (National Archives)

www.atlantik-bruecke.org

Atlantik-Brücke

www.bpb.de/internationales/amerika/usa/

Dossier – USA

www.bpb.de/shop/lernen/Spicker-Politik/317945/politisches-system-der-usa

Politisches System der USA – Faltblatt

www.bpb.de/mediathek/317806/die-us-praesidentschaftswahl-kurz-erklart

Lernvideo (2020) – Die US-Präsidentenwahl kurz erklärt, 4:49 Min.

www.bpb.de/shop/multimedia/dvd-cd/286700/i-am-not-your-negro
Dokumentarfilm „I am not your Negro“ – von der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung bis zur Black-Lives-Matter-Bewegung

www.fwu-shop.de/politische-systeme-im-vergleich-deutschland-und-usa-political-systems-germany-and-usa.html

Politische Systeme im Vergleich. Deutschland und die USA – bilinguale Lernvideos von 2016

<http://german.germany.usembassy.gov/germany-ger/dais.html>

Deutsch-amerikanische Kultur-Institute in Deutschland

www.germany.info/Vertretung/usa/de/01__Botschaft/Washington/00/_Start.html

Deutsche Botschaft in Washington, D.C.

www.loc.gov

Library of Congress

www.nga.org

Nationale Vereinigung der Gouverneure

www.presidency.ucsb.edu

The American Presidency Project der UC Santa Barbara – Onlineplattform mit Quellen und Materialien von und über US-Präsidenten

www.supremecourt.gov

Oberstes Gericht der USA (US Supreme Court)

www.house.gov

US-Repräsentantenhaus

www.senate.gov

US-Senat

<https://usaexperte.com/blog/>

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der USA

<https://uswahl.lpb-bw.de/parteien-amerika>

Parteien in den USA: Republikaner, Demokraten und andere

www.whitehouse.gov

Weißes Haus

Der Autor

Dr. Josef Braml ist seit Januar 2020 Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission – einer einflussreichen globalen Plattform für den Dialog eines exklusiven Kreises politischer und wirtschaftlicher Entscheider/innen Amerikas, Europas und Asiens zur kooperativen Lösung geopolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme.

Zuvor war er von 2006 bis 2020 bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) als Geschäftsführender Herausgeber und Redakteur des „Jahrbuch Internationale Politik“ und Leiter des Amerika-Programms tätig. Davor war er von 2002–2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Projektleiter des Aspen Institute Berlin (2001), Visiting Scholar am German-American Center (2000), Consultant der Weltbank (1999), Guest Scholar der Brookings Institution (1998–1999), Congressional Fellow der American Political Science Association (APSA) und legislativer Berater im US-Abgeordnetenhaus (1997–1998).

Josef Braml veröffentlichte zahlreiche Monographien, Aufsätze in Sammelbänden und Fachzeitschriften sowie publizistische Beiträge: <<https://usaexperte.com/analysen/>>.

Interessierte können seinem Blog www.usaexperte.com folgen, über den er aktuelle Analysen und Medienbeiträge anbietet.

Seine E-Mail-Adresse: josef.braml@usaexperte.com

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309
Internetadresse: www.bpb.de/izpb
E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Laura Gerken, Jutta Klaeren,
Christine Eckes (Volontärin)

Titelbild:

Flaggen vor einem Porträt George Washingtons von 1796 im Repräsentantenhaus; Kent Nishimura / Polaris / laif

Karte:

mr-kartographie, 99867 Gotha

Umschlagrückseite:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth; unter Verwendung von
[unsplash / kim deokryul](https://unsplash.com/photos/kim-deokryul)

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny,
Hirschenstraße 16, 90762 Fürth

Druck:

Druckhaus Ernst Kaufmann GmbH & Co. KG, 77933 Lahr

Vertrieb: IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise: vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 420 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: Dezember 2021

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Anforderungen

bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale für
politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax.: 03 82 04/66-273 oder www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnement-modalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



Von allen Seiten gut beleuchtet

Mehr zu Politik und Gesellschaft in den USA



Länderbericht USA | Bestell-Nr. 10700 |
4,50 Euro

**Diese Wahrheiten. Eine Geschichte der
Vereinigten Staaten von Amerika** |
Schriftenreihe | Bestell-Nr. 10560 | 7,00 Euro

**No Man's Land. Leben an der mexikanischen
Grenze** | **Schriftenreihe** | Bestell-Nr. 10328 |
4,50 Euro

**Schwarz Blau Blut. Ein Cop über Rassismus
und Polizeigewalt in den USA** | **Schriftenreihe** |
Bestell-Nr. 10593 | 4,50 Euro

**Am Scheideweg. Amerikas Christen und die
Demokratie** | **Schriftenreihe** | Bestell-Nr. 10611 |
4,50 Euro

**Ground Zero. 9/11 und die Geburt der
Gegenwart** | **Schriftenreihe** | Bestell-Nr. 10722 |
4,50 Euro

9/11 | **APuZ** | Bestell-Nr. 72128 | kostenlos

USA | **APuZ** | Bestell-Nr. 72117 | kostenlos

I am not your Negro | **DVD** | Bestell-Nr. 1979 |
7,00 Euro

www.bpb.de

bpb
Bundeszentrale für
politische Bildung